



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Hegemonie und Diskurs -
eine diskurstheoretische Kritik des gramscianischen
Hegemoniebegriffes“

Verfasser

Mag. Stephan Strasser

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt

A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt

Diplomstudium Politikwissenschaft

Betreuer

Univ.-Prof. Dr. Ulrich Brand

INHALTSVERZEICHNIS

1. EINLEITUNG UND ZIELSETZUNG	4
2. THEORETISCHE URSPRÜNGE: ANTONIO GRAMSCI.....	10
2.1. Die „Öffnung“ des Marxismus	10
2.2. Antonio Gramsci im historischen Kontext	11
2.3. Gramscis theoretisches Instrumentarium	12
2.3.1. Hegemonie, Zivilgesellschaft und Staat	13
2.3.2. Die Rolle der Intellektuellen und der Alltagsverstand	18
3. DAS (NEO-)GRAMSCIANISCHE FORSCHUNGSPROGRAMM	20
3.1. Anwendbarkeit des gramscianischen Instrumentariums zur Analyse globaler Hegemonie	21
3.1.1. Die Frage nach der Übertragbarkeit auf die internationale Ebene und nach den Akteuren	21
3.1.2. Internationale Hegemonie	23
3.2. Unterschiede zwischen den einzelnen theoretischen Strömungen	27
3.3. Defizite der (neo-)gramscianischen Theorie und Möglichkeiten ihrer Überwindung	32
3.3.1. Vernachlässigung der politischen Formen	32
3.3.2. Eingliederungsversuche von Phänomenen in ein gramscianisches Begriffsraster	36
4. ANNAHMEN ÜBER DAS WESEN DER SOZIALEN WELT	41
4.1. Struktur und Handlung	41
4.2. Selektivitäten - Die Begründung für gesellschaftliche Kohärenz	46

5. HEGEMONIE UND DISKURS	53
5.1. Die Einführung des Diskursbegriffes	53
5.2. Der Diskursbegriff in den Sozialwissenschaften – ein allgemeiner Überblick	57
5.3. Der gramscianische Diskursbegriff.....	59
5.4. Michel Foucault – die Formationsregeln von Wissen und der Diskurs.....	60
5.5. Michel Foucault als Hegemonietheoretiker?	64
5.5.1. Wissen, Macht und Subjekt	64
5.5.2. Hegemonie als Zusammenspiel von Herrschaftstechniken und "Techniken des Selbst"	67
5.6. Laclau und Mouffe: Der Versuch einer anti-essentialistischen Reformulierung marxistischer Theorie	70
5.6.1. Antagonismen, hegemoniale Kämpfe und die Bedeutung des Politischen.....	70
5.6.2. Der Subjektbegriff bei Laclau und Mouffe	74
5.6.3. Erklärung wichtiger Begriffe und Zusammenhänge	75
5.6.4. Fazit und Kritik	78
6. ZUSAMMENFASSUNG.....	83
LITERATUR	95
ABSTRACT	100

1. EINLEITUNG UND ZIELSETZUNG

Hegemonietheoretische Arbeiten beschäftigen sich mit der Frage, wie und warum sich ein dominantes Gesellschaftsmodell trotz Krisen und Widersprüche permanent reorganisieren und (zumindest über einen längeren Zeitraum hinweg) stabilisieren kann. Der Begriff Hegemonie¹ bezeichnet in der für diese Arbeit relevanten Bedeutung nicht nur die Vorherrschaft einer politischen Gruppe oder eines Staates, sondern steht für eine universale und sämtliche gesellschaftliche Bereiche und Gruppen einbindende Weltsicht.

Das Ziel dieser Arbeit besteht darin, eine theoretische Grundlage zu entwickeln, mit der Kämpfe unterschiedlicher politischer Kräfte um Hegemonie in der aktuellen globalisierten Gesellschaft plausibel erfasst werden können: Es wird nach einer theoretischen Erklärung gesucht, wie die Kohärenz hegemonialer Argumentations- und Deutungsmuster zu begründen ist und wie das strategische Handeln politischer Akteure dazu beiträgt: Offensichtlich gelingt es manchen Akteuren eher, ihre Sichtweisen und Forderungen zu universalisieren und für ihre Anliegen eine gesamtgesellschaftliche Verbindlichkeit zu erwirken, als anderen. Es wird erklärt, wie diese Selektivitäten dazu führen, hegemoniale Sichtweisen zu verstetigen, und wie auf diese Weise die relativ kohärente Zielrichtung hegemonialer Projekte im historischen Verlauf zu begreifen ist.

Folgende Überlegungen liefern die Ausgangspunkte für die weitere theoretische Auseinandersetzung: Hegemoniale Kämpfe sind immer Kämpfe um Bedeutungshoheit, bzw. um die Universalisierung einer Weltsicht. Es geht Akteuren darum, gute und schlagkräftige Strategien zu entwickeln, um die eigenen Positionen und Anliegen im Vergleich zu anderen als die „besseren“ (die neueren, die vernünftigeren und zukunftsträgigeren, etc.) darzustellen. Eine besondere Herausforderung besteht also darin, möglichst konsistente Deutungen zu lancieren, die erklären können, warum die Realisierung dieser Forderungen nicht nur das bestmögliche für diejenigen Kräfte erwirken würde, die sie hervorbringen, sondern letztendlich für die gesamte Gesellschaft. Wenn das gelingt, ist es möglich, dass die

¹Die gesamte Arbeit dient der theoretischen Weiterentwicklung und Diskussion eines primär auf der Theorie Gramscis basierenden Hegemoniebegriffes. Auf eine einfache Definition des Begriffes wird daher verzichtet.

ursprünglich partikularen Anliegen und Interessen schließlich hegemonialen Charakter erhalten. In alltäglichen politischen Konflikten ist häufig zu beobachten, dass Deutungen und Argumentationen in Abgrenzung zu einer gegnerischen Position formuliert werden. Eine besondere Schlagkraft haben scheinbar Strategien, die Erklärungen enthalten, warum die gegnerische Position die „schlechtere“ (ungeeigneter, veraltete, nicht mehr tragfähige), bzw. allgemein, für das gesamtgesellschaftliche Wohl die ungünstigere ist. Wichtiges Merkmal politischer Kämpfe ist also die Desartikulation gegnerischer Positionen, bzw. generell die Desorganisation antagonistischer politischer Projekte.

Von besonderer Bedeutung für den hier entwickelten Ansatz ist folgende Überlegung: Nicht alle Strategien, die Akteure entwickeln, haben die gleichen Chancen, sich durchzusetzen und schließlich gesamtgesellschaftlich verbindliche Veränderungen zu erwirken: Diejenigen Interessen und Forderungen, die mit etablierten Deutungs- und Argumentationsstrukturen kompatibel sind, erscheinen in der Öffentlichkeit plausibler, haben daher eine größere Durchsetzungskraft in politischen Kämpfen, und nisten sich schließlich tendenziell eher als strukturelle Verstärkungen im Zentrum eines sich immer wieder reorganisierenden Gesellschaftssystems ein, als diejenigen, die ein hegemoniales Projekt in einem tiefgreifenderen Sinn verändern wollen. Es ist also unwahrscheinlicher, dass Vorstellungen über eine grundsätzlich andere Organisation der Gesellschaft in absehbarer Zeit weitreichende Bedeutungen erlangen. Das hegemoniale Projekt trägt Selektivitäten in sich, die es stabilisieren und seine eigene Weiterentwicklung bis zu einem gewissen Grad beeinflussen, aber nicht vollständig determinieren: Es besteht immer auch die Chance auf Veränderung (siehe Abschnitt 4).

All diese Überlegungen spielen für die Erarbeitung eines theoretischen Rahmens zur Analyse globaler Hegemonie eine wichtige Rolle: Ziel dieser Arbeit ist es, diese Überlegungen *theoretisch* zu begründen: Dazu werden Einsichten aus unterschiedlichen gesellschaftstheoretischen Ansätzen herangezogen und aufeinander bezogen: Die Arbeit beschäftigt sich also mit der Entwicklung eines Rahmens zur theoretischen Erfassung der diskursiv-ideologischen Praktiken zur Erzeugung von Sinn, zur Universalisierung einer Weltsicht und zur hegemonialen Verankerung und Stabilisierung dieser Weltsicht.

Im folgenden Abschnitt werden die einzelnen Theorieelemente, die in diese Arbeit eingeflossen sind, und der argumentative Aufbau der Arbeit kurz vorgestellt.

Die Arbeit beginnt mit einer Erklärung des sich auf Gramsci beziehenden Hegemoniebegriffs (Abschnitt 2.). Hegemonie wird nicht -wie in (neo-)realistischen Ansätzen (siehe Abschnitt 3.) – als Vorherrschaft eines mächtigen Staates oder einer mächtigen gesellschaftlichen Gruppe verstanden, sondern als eine besondere und komplexe Form der Herrschaftsausübung, bei der es den Herrschenden durch Einsatz verschiedener Strategien gelingt, ihre eigenen Deutungsmuster und Sichtweisen so zu verallgemeinern, dass sie von den Beherrschten nicht nur akzeptiert, sondern sogar als alternativlos angenommen werden (siehe Abschnitt 2.3.1.). Zur Erfassung von „Hegemonie“ auf internationaler Ebene bedarf es einer transnationalen Reformulierung der gramscianischen Hegemoniekonzeption und der damit zusammenhängenden begrifflichen Kategorien (siehe Abschnitt 3.1.). Unterschiedliche Vorstellungen was die Übertragung des gramscianischen Instrumentariums auf die internationale Ebene betrifft haben zu einer größeren Bandbreite an theoretischen Bestimmungen und Schwerpunktsetzungen bei den jeweiligen AutorInnen geführt. Die für diese Arbeit bedeutendsten (neogramscianischen) Ansätze werden in Abschnitt 3.2. knapp vorgestellt, in Abschnitt 3.3. werden theoretische Defizite diskutiert. Ein wichtiges Problem besteht in der unzureichenden theoretischen Vermittlung zwischen gesellschaftlichen Strukturen und Akteurshandeln. In den meisten der hier erwähnten (neo-)gramscianischen Ansätze wird eine Sichtweise abgelehnt, die auf ein ahistorisches essentialistisches Strukturierungsprinzip der Gesellschaft (einer a-priori gesetzten Kapitallogik) verweist, allerdings gelingt es nicht, die Existenz und das Wesen gesellschaftlicher Strukturen überzeugend aus einer handlungstheoretischen Perspektive heraus zu erfassen. Dieses Problem wird im Abschnitt 4.1. genauer diskutiert.

Im Abschnitt 4.2. wird ein Vorschlag zur Lösung dieses Problems präsentiert, der sich auf Bob Jessops Konzept der „strategischen Selektivität“ bezieht: Gesellschaftliche Strukturen werden aus dieser Sicht als verstetigte (über politische Formen² abgesicherte) Manifestationen vergangener Strategien erfasst. Allerdings haben nicht alle Strategien, über die Akteure ihre Anliegen und Forderungen lancieren, die gleichen Erfolgchancen. Das bestehende hegemoniale System privilegiert nämlich bestimmte, mit dem hegemonialen Projekt eher kompatible Interessen, während andere tendenziell marginalisiert werden. Akteure formulieren

² Etwa Reglements, die mit staatlichen oder überstaatlichen Zwangsmechanismen ausgestattet sind.

ihre Strategien also so, dass sie eine größtmögliche Aussicht auf Erfolg haben, was wiederum zur Reproduktion und strukturellen Verstetigung des bereits bestehenden hegemonialen Systems beiträgt. Erfolgreich ist eine Strategie, wenn sie eine gesamtgesellschaftliche Verbindlichkeit ursprünglich partikularer Anliegen erwirkt oder zumindest eine zentrale Bedeutung in der Gesellschaft erlangt. Es ist also – vereinfacht formuliert – die Strukturierungsmacht des Bestehenden, das die Entwicklung des Zukünftigen auf strategisch selektive Art beeinflusst. Unter dieser Annahme kann die relativ kohärente Zielrichtung kapitalistischer Vergesellschaftung mit ihren strukturellen Verstetigungen erklärt werden, ohne auf die Existenz einer a-historischen, essentialistischen Strukturierungsmacht zu verweisen (siehe Abschnitt 4.2.).

Ein weiteres zentrales Problem neogramscianischer Arbeiten besteht darin, dass sie über ein unzureichendes Instrumentarium zur Erfassung des Zwangscharakters globaler Herrschaft verfügen: Die gramscianischen Kategorien Konsens und Zwang alleine liefern keine ausreichende Begründung für die relativ stabilen Formen globaler Hegemonie: Die Annahme, die Einbindung nicht-hegemonialer Kräfte in ein hegemoniales Projekt sei das Resultat des Zusammenwirkens zwischen konsensual erwirktem Einverständnis unter den unterschiedlichen politischen Kräften einerseits und angewendetem oder angedrohtem Zwang bei Nichtkooperation andererseits, kann den Erfolg globaler hegemonialer Sichtweisen und Deutungsmuster nicht zufriedenstellend erklären: Der Zwangscharakter globaler Hegemonie drückt sich vor allem auch in der Fähigkeit hegemonialer Kräfte aus, auf Sichtweisen anderer politischer Gruppen Einfluss zu nehmen, konkurrierende politische Projekte zu desorganisieren und alternative Argumentations- und Deutungsmuster zu desartikulieren. Metaphorisch ausgedrückt „raubt“ die hegemoniale Deutungslogik anderen politischen Akteuren die Sprache zur Formulierung von Alternativen (siehe Abschnitt 3.3. und 5.1.).

Die (neo-)gramscianischen Hegemoniekonzeptionen widersprechen dieser Sichtweise nicht grundsätzlich, allerdings bleibt das Instrumentarium zur Erfassung der Kämpfe um Bedeutungen in den genannten Ansätzen etwas wage: Zur Analyse politischer Kämpfe um hegemoniale Argumentationen und Deutungen ist es daher zielführend, Einsichten aus anderen sozialwissenschaftlichen Theorien, nämlich aus den Diskurstheorien, zu nutzen. Diskurse werden dieser Sichtweise entsprechend nicht als passive sprachliche Abbildungen der einen realen Welt gedacht, sondern

als artikulatorische Praxen, welche die soziale Welt aktiv konstituieren und organisieren³ (vgl. Jäger 2001: 23). Im Abschnitt 5. wird der Begriff Diskurs eingeführt und auf die zuvor angestellten hegemonietheoretischen Überlegungen bezogen. Dazu fließen theoretische Einsichten des französischen Philosophen Michel Foucault (siehe Abschnitt 5.4. und 5.5.) und Elemente aus der Diskurs- und Hegemonietheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe in die Arbeit ein (siehe Abschnitt 5.6.): Für Foucault sind Diskurse Regelsysteme, die darüber entscheiden, was wahr oder falsch, bzw. denkbar oder undenkbar ist, und was von wem wie gesagt oder nicht gesagt werden darf. Diskurse haben eine eigene Materialität: sie sind gleichzeitig Aussagesysteme und auch Strukturierungsprinzipie von Aussagen. Sie sind nicht nur Instrumente politischer Kämpfe, sondern „dasjenige, worum und womit man kämpft“ (Foucault 1991: 11). Foucault setzt sich auch mit hegemonietheoretischen Zusammenhängen, nämlich der für diese Arbeit wichtigen Frage nach dem Umlenken politischer Kräfte in eine von dominanten Akteuren gewünschte Richtung auseinander (siehe Abschnitt 5.5.).

Trotz teilweise berechtigter Einwände gegen diese Hegemonietheorie (siehe Abschnitt 5.6.) liefern die TheoretikerInnen Ernesto Laclau und Chantal Mouffe einen wichtigen Beitrag zur Erfassung diskursiver Auseinandersetzungen um Bedeutungen. Sie erklären auf theoretische Weise, wie in politischen Kämpfen um die hegemoniale Einbindungen diskursiver Elemente in bestehende Deutungssysteme gerungen wird. Da es nicht nur eine einzige Einbindungsmöglichkeit in ein Bedeutungsgefüge gibt, sondern mehrere, gibt es das Politische: In politischen Kämpfen wird entschieden, welche Einbindungsvariante sich durchsetzt, wobei mächtigere Akteure im Vorteil sind. Politik bedeutet also die temporäre Auflösung von Unentscheidbarkeiten im Interesse bestimmter Akteure. Hilfreich ist auch die Vorstellung, dass die Identität eines Deutungssystems - und damit der innere Zusammenhang - nur gewährleistet ist, wenn es sich von einem „Außen“ abgrenzen kann (siehe Abschnitt 5.6.). Nicht zufriedenstellend erklärt wird in dieser Theorie, wie und warum sich bestimmte diskursive Verbindungen tendenziell eher durch politische Kämpfe hindurch behaupten und gesamtgesellschaftliche Verbindlichkeiten erwirken, andere aber nicht. Offensichtlich gibt es „hegemoniale Knotenpunkte“ (Laclau/Mouffe 1991: 198) in verschiedenen „Starrheitsgraden“. Dieser Punkt wird in Abschnitt 5.6.4. genauer diskutiert. Es wird argumentiert, dass eine Vorstellung von (diskursiven)

³ Das bedeutet, dass spezielle Annahmen über das Wesen der sozialen Welt zu treffen sind (siehe Abschnitt 4.).

Selektivitäten und eine genauere qualitative Differenzierung hegemonialer Knotenpunkte hinsichtlich ihres Zwangscharakters und ihrer gesellschaftlichen Verbindlichkeit dazu beitragen kann, das Problem der mangelnden Erklärbarkeit relativ stabiler hegemonialer Formationen plausibler zu erfassen, als über Laclaus und Mouffes Signifikationslogik alleine.

Der hier vorgestellte Theorieentwurf soll eine überzeugende *theoretische* Grundlage bieten, um das strategische („diskursive“) Handeln konkreter internationaler Hegemonialapparate, wie etwa der Internationalen Finanzorganisationen, zu erfassen⁴. Es finden sich in der Arbeit keine weiterführenden Auseinandersetzungen über konkrete methodische Instrumentarien zur Analyse von hegemonialen Diskursen und auch keine empirischen Untermauerungen. Die Fragestellung wird mittels einer vergleichenden Literaturanalyse bearbeitet.

⁴ In einer aktuellen Arbeit beschäftige ich mich mit der Politik der Internationalen Finanzorganisationen (v.a. der Bretton-Woods-Institutionen) aus der hier vorgestellten theoretischen Perspektive.

2. THEORETISCHE URSPRÜNGE: ANTONIO GRAMSCI

2.1. Die „Öffnung“ des Marxismus

Seit den 1970er Jahren sind zahlreiche Arbeiten entstanden, die das theoretisch-begriffliche Instrumentarium Antonio Gramscis aufgegriffen, weiterentwickelt und zur Analyse Internationaler Politik verwendet haben. Hier soll eine kurze Darstellung der für dieses Theorievorhaben wichtigsten Begriffe seiner Arbeit geboten werden. Das ist auch insofern von Bedeutung, weil Gramscis begriffliches Instrumentarium in zahlreichen in Anschluss an ihn entstandenen jüngeren Ansätzen zur Internationalen Politischen Ökonomie eine wichtige Rolle spielt. Das Hauptaugenmerk wird in diesem Abschnitt also auf theoretische Kategorien gelegt, welche Anschlussmöglichkeiten an das hier entwickelte theoretische Design eröffnen sollen. Dieses richtet sich vor allem nach der Frage aus, was Hegemonie im Sinne Gramscis bedeutet und wie sie sich herstellt und reproduziert (einen Überblick liefern ebenso Anderson 1977, Bieling 2006: 436, Candeias 2007: 17, Haug 2004: 1-26, Kebir 1991, Merckens/Diaz 2007, Scherrer 2007).

Gramscis fragmentarische Ausführungen sind als theoretische Wegweiser zu betrachten, denen verschiedene AutorInnen auf unterschiedliche Art gefolgt sind, um daraus eigene theoretische Schlussfolgerungen abzuleiten. Nach der Niederlage des revolutionären Marxismus waren Gramscis kritische Auseinandersetzungen mit marxistischer Philosophie wesentlich dafür verantwortlich, marxistisches Denken als Theorietradition im Westen wieder zu etablieren (vgl. Bieling 2006, Anderson 1977). Hans-Jürgen Bieling setzt sich mit der Frage auseinander, ob Gramsci als früher Neomarxist bezeichnet werden kann (Bieling 2006: 436). Auffällig ist, dass sich viele AutorInnen die eine „offenere“ Marxinterpretation forderten, wie etwa Anderson, Poulantzas, Laclau und andere auf die Gedanken und Kategorien Antonio Gramscis bezogen (diese Theorieströmung wird auch als „westlicher Marxismus“ bezeichnet, vgl. Bieling 2006: 436). Den Grund dafür haben Andreas Merckens und Victor Rego Diaz auf den Punkt gebracht, nämlich weil Gramsci „[...] *analytische Herangehensweise [...] der reduktionistischen und deterministischen Schließung von Begriffs-, Geschichts-, und Praxisdeutung verbaut, die sein Werk aber auch erst vielfach anschlussfähig und umstritten macht*“ (Merckens/Diaz 2007: 8).

Ohne Zweifel war eine derartige Öffnung⁵ notwendig, um trotz der Niederlage des auf eine bestimmte Deutung des Marxismus basierenden (Real-)Sozialismus als Gesellschaftsordnung dem marxischen Instrumentarium für eine fundamentale Gesellschaftsanalyse wieder Attraktivität und Plausibilität zu verleihen (vgl. Bieling 2006).

2.2. Antonio Gramsci im historischen Kontext

Obwohl in dieser Arbeit auf geschichtliche Verläufe und biographische Details verzichtet wird, ist es sinnvoll, hier eine Ausnahme zu machen, denn die theoretischen Innovationen Gramscis sind nur im historischen Kontext und bezogen auf seinen eigenen Werdegang zu begreifen. Die Notwendigkeit, marxistisches Denken radikal zu erneuern, ergab sich für ihn unmittelbar aus den gesellschaftlichen Entwicklungen seiner Zeit. Das waren zum einen die Niederlage der Linken und der Aufstieg des Faschismus in Italien und zum anderen die Erstarrung des revolutionären Marxismus durch das stalinistische Regime in der Sowjetunion (vgl. Bieling 2006: 439, Candeias: 2007: 15). Aus gutem Grund wird daher in vielen Gramsci-Rezeptionen auf die persönlichen Umstände, unter denen seine Arbeiten entstanden sind, eingegangen: Gramsci wurde 1926 im Zuge der Ausweitung diktatorischer Vollmachten durch die Faschisten inhaftiert und leistete den wichtigsten Teil seiner intellektuellen Arbeit als Schriftsteller im Gefängnis. Die dort entstandenen Notizen, die von Gramsci eigentlich nicht zur Publikation gedacht waren, wurden gegen Ende des Zweiten Weltkrieges unter dem Titel „Gefängnishefte“ herausgegeben. Seine theoretischen Ansichten finden sich über 32 Hefte⁶ verstreut wieder (vgl. Candeias 2007). Gerade dieser fragmentarische Charakter ist dafür verantwortlich, dass sein Werk immer wieder neu entdeckt und theoretisch zusammengesetzt werden kann. Er eröffnet verschiedenartige Anschlussmöglichkeiten für eine kritische Auseinandersetzung mit Politik, denen viele AutorInnen eher geneigt sind zu folgen, als geschlossenen und zusammenhängenden Theoriewerken, die als Ganzes zu betrachten und diskutieren sind (vgl. Kebir 1991: 36, Candeias 2007: 17).

⁵ Stuart Hall hat dafür den Begriff „offener Marxismus“ verwendet (Hall 1989: 59).

⁶ <http://www.perspektiven-online.at/2008/02/22/rezensionen-nr4/>

Das Besondere an Gramscis Werk ist auch, dass er völlig neue Begriffe in die marxistische Theorie einführt. Dieser erneuerte Sprachgestus hatte vor allem zwei Gründe: Zum einen war er notwendig aus Gründen der Tarnung, um Notizen vor der faschistischen Zensur zu retten, zum anderen sollte er auch ein fundamentales Erneuerungsprogramm des Marxismus repräsentieren (vgl. Bieling 2006: 436). Das hat darüber hinaus auch den Vorteil, dass sich Gramsci nicht erst von der Erblast traditionell marxistisch besetzter Begriffe befreien musste (vgl. Kebir 1991: 37). Das prominenteste Beispiel dafür ist die Bezeichnung „Philosophie der Praxis“, die Gramsci für sein theoretisches Programm wählte und hinter der sich ein Tarnwort für „Marxismus“ verbirgt (vgl. Bieling 2006: 436).

2.3. Gramscis theoretisches Instrumentarium

Das zentrale Interesse Gramscis lag daran, die marxistische Deutung der Reproduktion kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse zu reformulieren, da er erkannte, dass weder „der stumme Zwang der Verhältnisse“ (Scherrer 1998b: 7), also die strukturelle Beziehung zwischen den Eigentümern der Produktionsmittel und den Lohnabhängigen, noch die Anwendung von Gewalt eine kapitalistische Gesellschaft auf Dauer zusammenhalten kann. Es müsse demnach eine andere Erklärung dafür geben, wie es der dominanten Klasse immer wieder gelingt, die Reproduktionsbedingungen in ihrem Interesse herzustellen (Candeias 2007). Angeleitet von dieser Frage entwickelt Gramsci seine theoretischen Kategorien und Begriffe, wie Hegemonie, Zivilgesellschaft, passive Revolution, etc. und bricht damit *„mit verbreiteten reduktionistischen Interpretationen des Schemas von Basis und Überbau“* (Candeias 2007: 18). Im Gegensatz zur orthodox marxistischen Gesellschaftssicht unterstellt Gramsci keiner Struktur a priori eine Dominanz, Strukturen müssen vielmehr *„als innerlich zusammenhängend und notwendig aufeinander bezogen und in Wechselwirkung“* (Gramsci zit. nach Candeias 2007: 19) verstanden werden.

2.3.1. Hegemonie, Zivilgesellschaft und Staat

Die zentrale Kategorie in Gramscis Konzeption stellt der Begriff Hegemonie dar. Hegemonie bedeutet mehr als nur Vorherrschaft, es bedeutet eine besonders stabile und verfestigte Form der Herrschaft. Hegemonie kann eine gesellschaftliche Gruppe oder Klasse nur erlangen, wenn es ihr gelingt, die aktive Zustimmung der breiten Masse, vor allem auch der Beherrschten zu erlangen. Je größer die Zustimmung der Subalternen ist, umso stabiler und verfestigter ist die Hegemonie. Die Frage lautet also, wie die führende Gruppe die Zustimmung der Subalternen erreichen kann (vgl. Anderson 1977, Bieling 2006, Candeias 2007). Das kann für Gramsci einerseits dadurch geschehen, dass bei der Ausgestaltung der konkreten Politik die Interessen der Beherrschten mitberücksichtigt werden. Etwa kann das über Klassenbündnisse passieren, in denen die führende Gruppe bestimmte „Opfer“ bringt und den Beherrschten gewisse Zugeständnisse macht:

„Die Tatsache der Hegemonie setzt zweifelsohne voraus, dass die Interessen und Tendenzen der Gruppen berücksichtigt werden, über die Hegemonie ausgeübt werden soll, und dass durch Kompromisse ein gewisses Gleichgewicht hergestellt wird – d.h., dass die führende Gruppe Opfer im ökonomisch-korporativen Sinne bringen muss. Es steht aber auch außer Zweifel, dass sich diese Opfer und dieser Kompromiss nicht auf das Wesentliche beziehen [...]“ (Gramsci zit. nach Anderson 1977: 26).

Andererseits, und das ist das Besondere in Gramscis Überlegungen und der zentrale Gedanke, der das Einbeziehen konstruktivistischer Überlegungen nahe legt, bedeutet Hegemonie auch die Fähigkeit einer (der „hegemonialen“⁷) Gruppe, auf die Interessenformationsprozesse und Sichtweisen der subalternen Gruppen einzuwirken (vgl. Scherrer 2007: 73, Candeias 2007). Eine Herrschaftsstruktur kann als hegemonial im Sinne Gramscis bezeichnet werden, wenn sich die Bedürfnisse und Interessen der unterworfenen Subjekte so redefinieren lassen, dass sie zu („echten“) Interessen der Beherrschten werden (vgl. Candeias 2007: 19). Das setzt voraus, dass es der führenden Gruppe gelingt, ihre Partikularinteressen zu universalisieren, das heißt, die

⁷ Gemäß der ursprünglichen Bedeutung aus dem Altgriechischen: vorangehen, führen (vgl. Candeias 2007: 19).

eigenen Interessen, Deutungsmuster, und Sichtweisen so zu verallgemeinern, dass sie von den Subalternen akzeptiert oder sogar als alternativlos hingenommen und daher nicht mehr hinterfragt werden (vgl. Candeias 2007: 19). Diese von Gramsci initiierte Perspektive soll in der vorliegenden Arbeit besondere Berücksichtigung finden. Nach Gramscis Verständnis beinhaltet Hegemonie die Organisation der Güterproduktion, die Fähigkeit, Interessen anderer Gruppen in ihr Gesellschaftskonzept zu integrieren und die kulturelle Führung. Darüber hinaus differenziert Gramsci die Hegemoniewerdung einer Gruppe in drei aufeinander folgende Phasen. Auf eine primär auf die eigene ökonomische Klasse (die sich über die Stellung im Produktionsprozess definiert) und ihre Eigeninteressen bezogene korporativ-ökonomische Phase, folgt eine ethisch politische Phase (vgl. Candeias 2007: 19). In dieser gelingt es der Gruppe bereits, ihre Interessen zu universalisieren. In der letzten, der hegemonialen Phase, ist sie schließlich dazu in der Lage, ihrem hegemonialen Projekt eine staatliche Form zu geben und sie dadurch abzusichern und auf Dauer zu stellen (Bieling 2006: 450, Candeias 2007: 19). Nun hat die Hegemonie, die außerhalb des Staates, in der Zivilgesellschaft, ihre Wurzeln hat, die universelle Ebene des Staates erreicht und kann mit staatlichem Zwang „gepanzert“ werden (Gramsci 1991: Heft 6: 783). Gramsci hält fest, dass „[...] in den allgemeinen Staatsbegriff Elemente eingehen, die dem Begriff der Zivilgesellschaft zuzuschreiben sind (in dem Sinne, könnte man sagen, dass Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie, gepanzert mit Zwang).“ (Gramsci 1991: Heft 6: 783). Dieser Zwang wird dann auch vom Großteil der Gesellschaft als „legitim“ akzeptiert (vgl. Candeias 2007, Bieling 2006).

Wenn eine Einheit zwischen der sozioökonomischen Basis, der politischen Gesellschaft und der Zivilgesellschaft erreicht wird, spricht Gramsci von einem „historischen Block“ (Anderson 1977: 27, vgl. Bieling 2006: 455). Für die Entstehung eines derartigen Machtblockes ist vor allem eine gelungene Einbindung von „Führenden“ und Geführten in die Gesellschaft im Rahmen eines gesamtgesellschaftlichen Kompromisses entscheidend. Die Entstehung eines geschichtlichen Blockes ist aber im Sinne Gramscis nicht nur das Verdienst der dominanten gesellschaftlichen Gruppe, ihre Interessen zu universalisieren, sondern erfordert auch Anstrengungen vonseiten der

Beherrschten (vgl. Candeias 2007). Auch sie müssen aktiv zur Reproduktion von Hegemonie beitragen, indem sie (vor allem diskursive) Strategien finden, um ein Selbstverständnis zu entwickeln, in dem die gesellschaftlichen Widersprüche nicht mehr als solche erscheinen (dieser Punkt wird im Abschnitt 5. aus anderen theoretischen Perspektiven nochmals aufgegriffen und diskutiert). So verstandene Hegemonie bedeutet nicht, die „Widersprüche [diskursiv] zu beseitigen, sondern ihnen unter bestimmten Bedingungen eine Form zu geben“ (Demirovic 1987: 63 zit. nach Candeias 2007: 21) und zwar derart, dass sie für die Subalternen hinnehmbar erscheinen. An diesem Prozess müssen sich Herrschende und Beherrschte aktiv beteiligen. Dieser Gedanke wird bei Gramsci also nicht auf „ein[en] bloße[n] Trick zur Täuschung der Massen“ (Anderson 1977: 38) reduziert, um zu erreichen, dass diese sich in die kapitalistische Gesellschaft integrieren.

Wenn die Widerspruchsbearbeitung fehlschlägt, ist die hegemoniale Konstellation bedroht und es können so genannte gegenhegemoniale Projekte an Bedeutung gewinnen und das ehemals hegemoniale Projekt ablösen, was schließlich zur generellen Auflösung des damit verbundenen historischen Blocks führen kann (Candeias 2007: 2). Mit anderen Worten muss es gelingen, gesellschaftliche Widersprüche in kohärente Deutungsmuster zu integrieren, um sie gegen antagonistische Angriffe (zumindest zeitweise) zu immunisieren. Dieser Punkt, der auf Gramsci zurückgeht, spielt für die hier diskutierten theoretischen Standpunkte eine wichtige Rolle (siehe Abschnitt 5.). Es bedarf also *permanenter* Anstrengungen vonseiten derjenigen Kräfte, die an der Beibehaltung der vorherrschenden Machtverhältnisse interessiert sind, das aktuelle hegemoniale Projekt zu verteidigen und subalterne Kräfte zu integrieren. Mit dem Begriff „passive Revolution“ werden „inkrementelle Veränderungen“ (Bieling 2006: 453) gesellschaftlicher Verhältnisse bezeichnet, die von den bereits führenden nationalen oder internationalen Eliten ausgehen, um hegemoniale Herrschaft auszubauen bzw. einer drohenden Destabilisierung des hegemonialen Projektes vorzugreifen. Es handelt sich also um keine Revolution im eigentlichen Sinn, da ihr keine von der Basis ausgehende Umwälzung der Gesellschaft vorangeht (vgl. Bieling 2006: 453), in den Worten Gramscis kann man eine derartige Änderung als „Revolution ohne Revolution“ bezeichnen (Gramsci 1991: Heft 1: 102), bzw. eine „Revolution im Überbau“

(Buci-Glucksmann 1981: 61), die dazu dient, Machtverhältnisse abzusichern (vgl. auch Anderson 1977, Röttger 2007). Das ist deshalb unter Umständen notwendig, da gegnerische (antagonistische) Kräfte permanent daran arbeiten, die Hegemonie zu Fall zu bringen. Wenn sie in ihren Bemühungen erfolgreich sind und es schaffen, dass konsensuale Techniken nicht mehr funktionieren, wird von den (noch) hegemonialen Kräften staatlicher Zwang angewendet, der eine weiter sich fortschreitende Auflösung des bestehenden hegemonialen Projektes verhindern soll oder aber ein verändertes, wieder „funktionstaugliches“ Projekt einleiten kann. In Gramscis Terminologie wird die „Hegemonie [...] gepanzert mit Zwang“ (Gramsci 199:1 Heft 6: 783), der im Fall einer Hegemoniekrise gegen jene angewendet werden kann, welche die Hegemonie nicht akzeptieren (vgl. Anderson 1977, Bieling 2006). Aber auch in stabilen hegemonialen Verhältnissen gibt es gesellschaftliche Widersprüche: der Staat trägt widersprüchliche gesellschaftliche Kräfteverhältnisse in sich, sie erhalten in ihm aber eine andere, nämlich eine politische Form und werden dementsprechend zu politischen Widersprüchen zwischen verschiedenen Staatsapparaten. Der Staat kann aufgrund seiner besonderen Form gegenüber der Gesellschaft relativ autonom agieren (vgl. Candeias 2007: 22⁸). Die besonderen Charakteristika und Eigenschaften des kapitalistischen Staates werden in später entstandenen staats-theoretischen Arbeiten, die ebenfalls Gramscis Überlegungen wieder aufgreifen, genauer thematisiert (vgl. Poulantzas 1978, Jessop 1990, 2003, 2008). Aber auch im gramscianischen Modell spielt der Staat eine zentrale Rolle. Er hat nicht nur die Aufgabe, den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch Repression „zu panzern“, sondern auch ideologische Funktionen, wie die Organisation von Weltauffassungen und von Rationalitätsstandards, was ihn zu einem Erzieher macht (vgl. Candeias 2007: 22). „Konsens“ wird also in der zivilen Gesellschaft und unter Beteiligung vieler (von Gramsci so bezeichneter) Hegemonialapparate, wie Organisationen, Institutionen, Verbände, Gewerkschaften etc. organisiert. Mittels zahlreicher partikularer Diskurse wird letztlich – im Fall einer erfolgreichen Verbindung der einzelnen Partikularinteressen – ein für die gesamte Gesellschaft gültiges Wissen erzeugt. Dieses wird schließlich zum Maßstab dessen, was als

⁸ Candeias bedient sich zur Darstellung des Staatsverständnisses bei Gramsci teilweise der Begrifflichkeiten von Nicos Poulantzas.

gesellschaftlich anerkannt, vernünftig und legitim gilt. Es sind also vor allem die zivilgesellschaftlichen Hegemonialapparate, die mittels zahlreicher Diskurse gesamtgesellschaftliche Konformität erzeugen und damit Hegemonie produzieren und reproduzieren. Die Trennung zwischen Staat und Zivilgesellschaft ist aber nur eine begriffliche.

Besonders wichtig ist Gramsci und den AutorInnen, die sich auf ihn beziehen, vor allem die Betonung der Zusammenhänge und der gegenseitigen Einflussnahmen (vgl. Bieling 2006: 446, Candeias 2007: 23). Einerseits beziehen sich die zivilgesellschaftlichen Organisationen auf den Staat und kämpfen um Absicherung ihrer Vorstellungen durch die staatliche Form (dieser Punkt wird später von Autoren, die an Gramsci anschließen, wie Nicos Poulantzas und Bob Jessop systematischer abgehandelt, vgl. Poulantzas 1978, Jessop 1990, 2003, 2008, siehe Abschnitt 3.).

Andererseits ist aber auch die Zivilgesellschaft „vermacht und herrschaftsförmig organisiert“ (vgl. Candeias 2007: 23). Um den organischen Zusammenhang beider Sphären der Gesellschaft, der staatlichen und der zivilgesellschaftlichen, zu erfassen, wird der Begriff des integralen oder erweiterten Staates, wie er im Deutschen auch bezeichnet wird, verwendet (vgl. Röttger 2004: 1254-1266).

Die Frage, warum die Revolution „im Osten“ erfolgreich sein konnte, „im Westen“ aber nicht, bringt Antonio Gramsci zur Theorie des „erweiterten Staates“ (vgl. Bieling 2006: 444). Er nahm an, dass die Revolution deswegen im Osten stattfand, weil dort „der Staat alles bedeutete“, während hingegen die Zivilgesellschaft „in ihren Anfängen und galertenhaft“ (Gramsci 1991: Heft 7: 874) war. Im Westen allerdings „bestand zwischen Staat und Zivilgesellschaft ein richtiges Verhältnis, und beim Wanken des Staates gewährte man sogleich eine robuste Struktur der Zivilgesellschaft.“ (Gramsci 1991: Heft 7: 874). Sie war die eigentliche Basis der Macht und „[d]er Staat [...] nur ein „vorgeschobener Schützengraben“ (Gramsci 1991: Heft 7: 874) einer starken und ausdifferenzierten Zivilgesellschaft (vgl. Anderson 1977: 34). Der erweiterte Staat besteht also aus der politischen Gesellschaft im engeren Sinn plus der Zivilgesellschaft. Mit diesen Kategorien übereinstimmend entwickelt Gramsci also die Vorstellung der mit Zwang gepanzerten Hegemonie: Die Zivilgesellschaft selbst ist ein Ort, der primär für die Produktion eines ebenfalls

herrschaftsförmig organisierten Kompromisses verantwortlich ist, während Zwang vor allem durch den Staat ausgeübt werden kann, da dieser ja (legitimerweise) mit diversen Repressionsmöglichkeiten ausgestattet ist.

2.3.2. Die Rolle der Intellektuellen und der Alltagsverstand

Eine besondere Rolle in Gramscis Konzept spielen die verschiedenen Intellektuellengruppen, denen quasi die Rolle von Architekten der Hegemonie zukommt (Bieling 2006: 442, Anderson 1977). Sie sind für Gramsci die Produzenten und Organisatoren von Wahrheiten und Deutungsmustern und somit für die „Aus- oder Umformulierung eines politischen bzw. ethischen Führungsanspruches“ (Bieling 2006: 442) zuständig. Dazu ist es aber nötig, nicht nur ein „Intellektueller zu sein“, sondern die Funktion des Intellektuellen in der Gesellschaft auszuüben (vgl. Gramsci zit. nach Demirović/Jehle 2004: 1267), um Sichtweisen und Deutungen in der Gesellschaft verankern, bzw. einen „neuen Alltagsverstand [...] prägen“ zu können (vgl. Demirović/Jehle 2004: 1269). Damit eine soziale Gruppe die gesellschaftliche Führung übernehmen kann, bedarf es Experten, die dazu in der Lage sind, hegemoniale Projekte zu formulieren. Dementsprechend muss jede soziale Gruppe, die Anspruch auf gesellschaftliche Führung erhebt, ihre eigenen Intellektuellen hervorbringen (vgl. Bieling 2006: 442). Sie werden gemäß der Bezeichnung, die ebenso auf Gramsci rückführbar ist, organische Intellektuelle genannt. Intellektuelle sind für Gramsci „Funktionäre des Überbaus“ (Gramsci zit. nach Bieling 2006: 443), die sowohl in der Zivilgesellschaft, als auch in der politischen Gesellschaft dafür verantwortlich sind, ihren Führungsanspruch gegenüber anderen sozialen Gruppen zu vermitteln oder zu verteidigen. Die Arbeit der Intellektuellengruppen unterscheidet sich dahingehend, ob es sich um Intellektuelle handelt, die daran arbeiten, ein bereits bestehendes und durch staatlichen Zwang abgesichertes hegemoniales Projekt zu stabilisieren, oder um Intellektuelle, deren Ziel darin besteht, eine hegemoniale Ordnung zu verändern. Dieser Punkt wird zum eigentlichen zentralen theoretischen Kernthema in einer anderen Theorie, einer von Laclau und Mouffe entworfenen Theorie „des Politischen“, und dort theoretisch genau diskutiert (vgl. Abschnitt 5.6). Während die Erstgenannten also vor der Aufgabe stehen, die „aktive bzw. passive

Zustimmung der Beherrschten zu organisieren und die Disziplinierung durch den staatlichen Zwangsapparat zu legitimieren“ (Bieling 2006: 443), wollen die Zweitgenannten genau das Gegenteil. Sie sind darum bemüht, das hegemoniale Projekt zu desorganisieren, hegemoniale Diskurse zu desartikulieren, und gegen-hegemoniale Deutungsmuster und Sichtweisen in der Gesellschaft zu verankern.

Ein für Gramscis Werk wichtiger Begriff, der oben bereits erwähnt wurde, ist „der Alltagsverstand“ und der gesunde Menschenverstand (im Italienischen: *senso commune*, vgl. Jehle 2004: 165). Oben wurde darauf verwiesen, dass eine Gruppe nur hegemonial werden kann, wenn es ihr gelingt, ihre Weltsicht zu universalisieren und im Alltagsverstand quasi als „Normalität“ zu verankern. Der Alltagsverstand ist im Sinne Gramscis aber nicht nur etwas (letztendlich) durch die geistigen Eliten geformtes und beliebig Modellierbares, sondern hat eine größere Bedeutung. Die Formbarkeit hat nämlich ihre Grenzen, da Sichtweisen und Deutungen bis zu einem gewissen Grad mit dem im Volkswissen vorhandenen „gesunden Menschenverstand“ (*buen senso*) vereinbar sein müssen. Obwohl der Alltagsverstand verschiedene und unzusammenhängende Impulse in sich aufnimmt, stellt er für Gramsci eine Basis an Wissen dar, die kritisch auszuarbeiten ist (vgl. Jehle 2004: 165). Durch politische Erziehung soll das intellektuelle Potential in der Gesellschaft gefördert werden, was schließlich wiederum begünstigt, dass das Volk (bzw. die Arbeiterschaft, vgl. Bieling 2006: 444) eigene „organische Intellektuelle“ hervorbringt.

3. DAS (NEO-)GRAMSCIANISCHE FORSCHUNGSPROGRAMM

Bereits seit Beginn der 1980er Jahre wird von zahlreichen AutorInnen versucht, die theoretischen Kategorien Gramscis auch für die Analyse internationaler Politik fruchtbar zu machen (vgl. Bohle 2005: 197, Scherrer 1998a: 160-174, Bieling/Deppe 1996, Borg o.J.). Der Begriff Neogramscianismus steht dabei für einen durch die Überlegungen Gramscis inspirierten Theoriezweig. Antonio Gramsci hatte bei seinen Überlegungen vor allem die Ebene des Nationalstaates im Blick. Die im Abschnitt 2. thematisierte „Öffnung des Marxismus“ und das Infragestellen von marxistischen Letztbegründungen stellen eine wichtige theoretische Grundlage, für die Weiterentwicklung des gramscianischen Instrumentariums zur Analyse internationaler Politik dar. Dennoch ist nicht klar, ob eine Hegemoniekonzeption im Sinne Gramscis angesichts der gestiegenen Komplexität, Intensität und der veränderten Reichweiten politischer und ökonomischer Austauschprozesse über den Nationalstaat hinaus überhaupt Gültigkeit haben kann. Es ist selbstverständlich, dass Gramscis Überlegungen nur dann heute noch von analytischem Wert sind, wenn sie potentiell dazu in der Lage sind, das komplexe Phänomen „Hegemonie“ in der aktuellen globalen Gesellschaft und damit in allen auftretenden raum-zeitlichen Facetten adäquat zu erfassen. Um diesen Punkt haben sich in den letzten Dekaden einige AutorInnen⁹, wie Robert Cox, Stephen Gill, Kees van der Pijl und Otto Holman (siehe unten) gekümmert, mit unterschiedlichen theoretischen Festlegungen und Schwerpunktsetzungen, die in den folgenden Abschnitten kurz erörtert werden. Bevor auf Stärken und Schwächen einzelner theoretischer Strömungen eingegangen wird, wird die Frage diskutiert, inwiefern eine Übertragung der gramscianischen Konzeption auf die Ebene internationaler Politik überhaupt möglich und sinnvoll ist.

⁹ Das ist eine Auswahl bekannter und für dieses Vorhaben bedeutender Vertreter der neogramscianischen Schule.

3.1. Anwendbarkeit des gramscianischen Instrumentariums zur Analyse globaler Hegemonie

3.1.1. Die Frage nach der Übertragbarkeit auf die internationale Ebene und nach den Akteuren

Gramscis Theorie baut auf einer „korrespondierende[n] Struktur“ zwischen Zivilgesellschaft und politischer Autorität auf (Bohle 2005: 213). Eine politische Autorität im Sinne Gramscis fehlt aber auf der internationalen Ebene, weshalb in neogramscianischen Ansätzen der Zivilgesellschaft eine besonders bedeutende Rolle zukommt. Inwiefern die Annahme, „dass die zivilgesellschaftlichen Kräfte selbst die für die neue Ordnung notwendigen Zwangs- und Konsenselemente erzeugen“ (Bohle 2005: 213), plausibel ist und den tatsächlichen Machtverhältnissen auf der Internationalen Ebene gerecht wird, ist ein wichtiger theoretischer Diskussionspunkt.

Die zentralen hegemonietheoretischen Fragen können jedenfalls auch in Bezug auf die internationale Ebene in den Begriffen Gramscis formuliert werden: Wie kann es der herrschenden Gruppe gelingen, ihre Interessen als die der Allgemeinheit darzustellen und wie wird dabei auf Interessensformationsprozesse anderer gesellschaftlicher Gruppen Einfluss genommen. Außerdem wird gefragt, bis zu welchem Grad das hegemoniale System flexibel für die Integration antagonistischer Positionen ist und wie unter den gegebenen Umständen ein aktiver Konsens der Regierten zu erreichen ist. Fest steht auf jeden Fall, dass es zur Bearbeitung eines neogramscianischen Forschungsprogramms einer transnationalen Reformulierung der gramscianischen Hegemoniekonzeption und der damit zusammenhängenden begrifflichen Kategorien bedarf. Für Erik Borg stellen sich in dem Zusammenhang „[...] automatisch zwei Fragen: Wie vermitteln sich die nationalen Kämpfe um Hegemonie mit jenen auf inter- bzw. transnationaler Ebene, und wer tritt an die Stelle der Klassen als Subjekte der Kämpfe? Wiederum Klassen bzw. Klassenfraktionen bzw. Staatenblöcke?“ (Borg¹⁰ o.J.). Diese Frage spaltet die neogramscianischen Arbeiten in zwei unterschiedliche Gruppen: eine misst den Kräften des Marktes eine größere Bedeutung zu, dafür aber Staaten- bzw. Staatenblöcken eine geringere, bei der anderen Gruppe ist es genau umgekehrt. Den verschiedenen (neo-)gramscianischen Entwürfen liegt also keine „gemeinsame Sichtweise“ des

¹⁰ <http://www.sopos.org/aufsaeetze/3bbdcd9ea0c9f/1.html>

Verhältnisses zwischen Markt und Staat zugrunde, was zur Folge hat, dass die jeweiligen Autoren die genannten Kategorien nicht nur sehr verschieden gewichten, sondern auch unterschiedlich aufeinander beziehen (siehe unten). Dennoch ist klar zu betonen, dass in den (neo-)gramscianischen Arbeiten zwar einerseits idealistische und andererseits realistische Bevorzugungen sichtbar sind, klare einseitige realistische oder idealistische Determinierungen werden aber als theoretische Probleme erkannt, die man lösen möchte (vgl. Bieling/Deppe 1996, siehe Abschnitt 3.2.). Im Gegensatz zu theoretischen Ansätzen, die dem realistischen Paradigma folgen, wird im Neogramscianismus¹¹ der (National-)Staat nämlich nicht *grundsätzlich* als primärer Akteur und der Markt *grundsätzlich* als diesem untergeordnete Kategorie aufgefasst. Ebenso wird vermieden, den Staat *grundsätzlich* als von der globalen Ökonomie determinierte Restgröße zu begreifen, wie es die idealistische Sichtweise nahe legt (vgl. Scherrer 1998, Bieling/Deppe 1996). Das neogramscianische Theoriewerk erhebt vielmehr den Anspruch, ein Instrumentarium zu bieten, das dazu in der Lage sein soll, zwischen diesen beiden Positionen zu vermitteln, was insgesamt zur Steigerung der Plausibilität (neo-)marxistischer Arbeiten beigetragen hat (vgl. hier vor allem Gill 1993, 2000, 2003; Cox 1987, 1993; Cox/Sinclair 1996). Vor allem im Vergleich zu realistisch argumentierenden Arbeiten, aber auch zur ursprünglichen und primär auf den Nationalstaat bezogenen Konzeption Gramscis, werden in neogramscianischen Arbeiten die Verhältnisse zwischen der internationalen Zivilgesellschaft und den (ebenso international zu denkenden) Nationalstaaten differenzierter konzipiert (siehe unten). In den neogramscianischen Ansätzen wird versucht, den Begriff der „Klassen“ auf die internationale Ebene zu übertragen (vgl. Borg o.J.: 2, Scherrer 1998: 160). Soziale Akteure werden dann etwa zu internationalen Klassenfraktionen gruppiert, für die Begriffe, wie die „transnationale Manager-Klasse“ eingeführt werden (vgl. Cox 1987: 359). Ein Versuch der Globalisierung des Zivilgesellschaftsbegriffes ist aber nicht die einzige Anpassung, die vorgenommen wird. Im Gegensatz zu anderen Ansätzen, die sich mit dem Prozess neoliberal-imperialer Globalisierung auseinandersetzen (für eine kritische Auseinandersetzung vgl. Brand 2007: 218) werden vom Großteil der (neo-)gramscianischen AutorInnen die Nationalstaaten nicht ausschließlich als Vollstreckungsinstrumente globaler Kapitalinteressen gesehen oder als Bearbeiter der durch fortschreitende Globalisierung verursachten

¹¹ Der Begriff Neogramscianismus steht also nicht für ein „einheitliches“ Forschungsprogramm.

Probleme. Das Handeln verschiedener nicht-staatlicher Akteure vermittelt sich zum Teil über Staaten (vgl. Cox 1993, Borg o.J., 2001) und schreibt sich erst über diesen „Umweg“ in die internationale Politik ein. Ulrich Brand schlägt daher vor, durch Einbezug von Einsichten aus der von Nicos Poulantzas entwickelten historisch-materialistischen Staatstheorie das „(neo-)gramscianische Forschungsprogramm zu präzisieren“ (Brand 2007: 164). Der Nationalstaat wird auch im Internationalen nicht getrennt von seinem Umfeld analysiert, sondern im Sinne des gramscianischen „erweiterten Staates“ verstanden, der die zivile und die politische Gesellschaft umfasst (vgl. Bieling 2007: 145). Vor allem in der Zivilgesellschaft finden bedeutende Kämpfe um Deutungsmacht statt. Auf unterschiedlichen Ebenen wirkende soziale Kräfte beziehen sich auf den Staat, der eine Art „institutionalisierte Arena von Klassenkämpfen“ (Cox aus Bieling/Deppe 1996 : 2, Cox 1987) darstellt, und versuchen über die staatlichen Apparate ihre partikularen Interessen in eine politische Form zu überführen.

3.1.2. Internationale Hegemonie

Die Frage, inwiefern ein Hegemoniebegriff, der sich an Gramscis auf den Staat bezogene Vorstellung von Hegemonie anlehnt, für die internationale Ebene brauchbar ist, soll hier nochmals genau diskutiert werden: Stephen Gill äußert Zweifel daran, dass auf internationaler Ebene so etwas, wie „Hegemonie“ im gramscianischen Sinn, überhaupt zu erreichen ist:

„Hegemony is even more difficult to achieve (and therefore much rarer if not theoretically impossible) at the international level, where there is no single world state or a fully developed international civil society, although it can be argued that there is a substantial framework, both of international law and of international organisation (and thus a set of international norms, rules and values) which is partly interwoven with an internationalised structure of production and exchange (and thus a complex web of private and informal linkages, some of which involve state agents).“ (Gill 1993: 41).

Die Feststellung, dass auf internationaler Ebene ein übergeordnetes Bezugssystem existiert, dem bestimmte zusammenhängende und aufeinander abgestimmte Normen, Regeln und Werte eingeschrieben sind, ist Gill's Ausgangspunkt zur theoretischen

Neufassung von transnationaler Hegemonie. Hegemonie wird nicht „[...] als Dominanz eines ökonomisch und militärisch mächtigen Nationalstaates verstanden, sondern als ein konsensual abgestützter Modus transnationaler Vergesellschaftung, einschließlich der diesem zugrunde liegenden Klassenbeziehungen, ideologischen Verhältnisse sowie Herrschafts- und Konsensstrukturen.“ (Bieling/Deppe 1996: 2).

Robert Cox sieht Hegemonie als Struktur von Werten und Bedeutungen von der Beschaffenheit der (sozialen) Ordnung, die das gesamte System der staatlichen- und nicht-staatlichen Entitäten durchdringt (vgl. Cox 1993: 62). In einem hegemonialen Zustand erscheinen diese Werte und Bedeutungen als natürliche Ordnung und werden kaum hinterfragt. Auch auf globaler Ebene ist Hegemonie ein Ausdruck gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und kann bei einem adäquaten Zusammenwirken von ziviler Gesellschaft und politischer Gesellschaft erreicht werden. Die Zivilgesellschaft ist auch auf internationaler Ebene ein wichtiger Kampfplatz um moralische und intellektuelle Führung. Sie ist der Ort, in dem politische Akteure um Deutungshoheit ringen, indem sie ihre Problemsicht als einzige und beste Option *für Alle* darstellen und andere Sichtweisen bzw. antagonistische Projekte desartikulieren.

Für die Frage, wie der Ausbau einer hegemonialen Ordnung im Internationalen gelingen kann, ist der ebenfalls von Gramsci geprägte und für die Analyse internationaler Beziehungen übernommene Begriff des „historischen Blocks“ sehr bedeutend. Ein historischer Block bezeichnet im ursprünglichen Sinn eine aus dem kohärenten Zusammenspiel von Staat und Zivilgesellschaft geformte solide Struktur (vgl. Cox 1993: 56, Bieling/Deppe 1996: 2). Von einem historischen Block im Internationalen ist dann zu sprechen, wenn ausgehend von einer hegemonialen Klasse eine ideologische und politische Superstruktur etabliert werden kann, in der ideologische Aspekte und die politische Organisation mit materiellen Strukturen, wie sozialen Beziehungen und physischen Bedingungen der (materiellen) Produktion, in einem kohärenten Verhältnis verbunden werden (vgl. Cox 1993: 56). Die Entwicklung der materiellen Bedingungen ist also nicht einseitig von den Superstrukturen vorgegeben, sondern die Superstrukturen werden auch umgekehrt vom materiellen Umfeld geprägt. Schon bei Gramsci sind Ideen und materielle Konditionen immer aneinander gebunden und beeinflussen einander wechselseitig in einem dialektischen Prozess, ohne im reduktionistischen Sinne voneinander ableitbar zu sein (vgl. Cox 1993: 56). Der internationale historische Block wird meist als „Allianz

der herrschenden Klassen der in dem Block vereinten Nationen“ (Jacobitz 1991: 11 zit. nach Bieling/Deppe 1996: 4) verstanden. Die Staaten, bzw. die Eliten der jeweiligen Staaten vereint ein gemeinsamer dominanter Produktionsmodus („dominant mode of production“, Cox 1993: 62), ein historischer Block ist also mehr als eine Ordnung unter Staaten. Ein internationaler historischer Block kann als gelungene Stabilisierung dieses Produktionsmodus gesehen werden. Diese gelingt nur, wenn sich auch andere Faktoren, wie „spezifische gesellschaftliche Reproduktionsmuster und komplementäre institutionelle und regulative Organisationsformen sowie diskursiv-ideologische Praktiken der Konsensgenerierung“ (Bieling 2007: 145) zu den Produktionsbedingungen stimmig verhalten, bzw. mit diesen (mehr oder weniger widerspruchsfrei) in Einklang zu bringen sind. Eine derartige stabile Situation bedeutet also eine gelungene Universalisierung des politischen Projektes und damit eine diskursiv-ideologische Integration gegenhegemonialer Kräfte. Wie das gelingen kann, wird im Anschluss unter Verweis auf den Diskursbegriff näher beleuchtet.

„Den Intellektuellen“ kommt jedenfalls für die Etablierung eines globalen hegemonialen Projektes eine besonders wichtige Rolle zu. Sie sind auf organische Weise mit einer (ihrer) sozialen Klasse verbunden und erfüllen eine wichtige Funktion:

„They perform the function of developing and sustaining the mental images, technologies and organisations which bind together the members of a class and of an historic bloc into a common identity.“ (Cox: 1993: 57).

Sie sind also die Architekten einer verschiedene Akteure einbindenden Klassenidentität und für die globale Universalisierung von Diskursen und Praktiken verantwortlich. Im Falle einer (verfestigten) hegemonialen Konstellation, wäre der Zusammenhang zwischen einer Intellektuellengruppe und den von ihnen vertretenen Klasseninteressen nicht mehr unmittelbar erkennbar. Mit anderen Worten wäre es in diesem Fall gelungen, partikuläre Interessen glaubhaft als gesamtgesellschaftliche zu etablieren. Eine Partei würde im Sinne Gramscis die Rolle eines „collective intellectual“ spielen (Cox: 1993: 57). Bei den Intellektuellen handelt es sich um Wissenschaftler, die ihren Dienst bei verschiedenen Organisationen, wie der Weltbank, dem IWF, bei Think-Thanks, wie der Mont Pelerin Society, bei

verschiedenen renommierten Universitäten, etc. erfüllen. Ihnen kommt die Aufgabe zu, das hegemoniale Deutungssystem zu pflegen und zu warten, es gegen antagonistische Attacken zu verteidigen, und es wieder zu reparieren, falls derartige Attacken Schäden verursacht haben. Sie arbeiten auch daran, mit dem hegemonialen Deutungssystem bislang unverbundene Elemente diskursiv an das hegemoniale System anzubinden. Diese Punkte können weiter unten mit Verweis auf den Diskursbegriff genauer analysiert werden.

Je besser es den dominanten Akteuren gelingt, im Vorfeld auf die subalternen Kräfte so Einfluss zu nehmen, dass diese aus eigener Überzeugung und aktiv das hegemoniale Projekt unterstützen, umso mächtiger ist es und umso weniger ist es auf Elemente des Zwanges angewiesen (siehe Abschnitt 2.). An dieser Stelle sei bereits ein Kritikpunkt vorweggenommen: die Frage, wann Konsens endet und Zwang beginnt, ist für die internationale Ebene meist besonders schwierig zu beantworten, da die jeweiligen Akteure über verschiedene Taktiken verfügen, um ihren Willen durchzusetzen, die nicht eindeutig mit einer der beiden Kategorien zu erfassen sind. Dieser Punkt wird weiter unten genau thematisiert.

Zusammenfassend wird festgehalten, dass ein hegemoniales Projekt in Bezug auf die internationale Ebene so erfolgreich ist, wie es „[...] zum allgemein akzeptierten Maßstab gesellschaftlicher Modernisierung wird und sich über entsprechende transnationale Regulierungsformen stabilisiert.“ (Bieling/Deppe 1996: 2). Mit den transnationalen Regulierungsformen wird die gramscianische Kategorie der politischen Gesellschaft auf die internationale Ebene übertragen. Die in der Einführung dargestellte Übertragung von Gramscis Hegemoniebegriff auf die Internationale Ebene birgt eine Reihe von theoretischen Ungewissheiten, die zu wissenschaftlichen Kontroversen zwischen den Hauptvertretern „des Neogramscianismus“ geführt haben: Das Fehlen einer Zentralmacht auf internationaler Ebene, sowie die konzeptionell problematische Rolle der Nationalstaaten im aktuellen globalen Kapitalismus führen zu einer größeren Bandbreite von theoretischen Bestimmungen und Schwerpunktsetzungen.

3.2. Unterschiede zwischen den einzelnen theoretischen Strömungen

Wie oben bereits ausgeführt, gibt es vor allem in der Beurteilung des Verhältnisses zwischen Staaten- und Klassenperspektive bei einzelnen AutorInnen der neogramscianischen Schule Unterschiede (siehe unten). Differenzen gibt es auch hinsichtlich der Einschätzung, inwiefern die neuen globalen Prozesse und Dynamiken, sowie die sich bildenden Allianzen, „bereits die Konturen eines [im Sinne Gramscis] neuen hegemonial strukturierten historischen Blocks“ (Bieling/Deppe 1996: 3) aufweisen. Im folgenden Abschnitt werden drei der prominentesten Ansätze mit ihren Gemeinsamkeiten und Differenzen kurz vorgestellt:

Robert Cox wirft die Frage auf, ob und wie das gramscianische Hegemoniekonzept auf die Internationale Ebene zu übertragen ist (vgl. Cox 1993, Cox/Sinclair 1996). Cox unterscheidet prinzipiell hegemoniale Phasen von jenen, in welchen andere Formen der Dominanz überwiegen und bezeichnet die als „non-hegemonic“ (Cox 1993: 60). In seiner Argumentation findet aber internationale Hegemonie immer zunächst in einem mächtigen Nationalstaat ihren Ursprung, wo sie das Resultat einer umfassenden Revolution ist. Laut Cox beschränkt sich die Wirkung der Revolution aber nicht auf diesen Staat allein, sondern setzt auch Energien frei, die schließlich staatliche Grenzen transzendieren.

„The revolution not only modifies the internal economic and political structures of the state in question but also unleashes energies which expand beyond state's boundaries. A world hegemony is thus in its beginnings an outward expansion of the internal (national) hegemony established by a dominant class.“ (Cox 1993: 61).

Schließlich müssen die dominanten Akteure, die im dominanten Staat bereits eine hegemoniale Ordnung etablieren konnten, auch die dominanten Gruppen anderer Staaten erreichen. Nur so kann eine zunächst ursprünglich nationale Hegemonie internationalisiert werden:

„Such a structure of meanings [i.e. a hegemonic order] is underpinned by a structure of power, in which most probably one state is dominant but that state's dominance is not sufficient to create hegemony. Hegemony derives from the dominant social strata of the dominant states in so far as these ways of doing and thinking have acquired

the acquiescence of the dominant social strata of other states.” (Cox zit. nach Gill 1993: 42).

Die transnationale Zivilgesellschaft hat in Cox’ Konzeption zwar eine wichtige aber eine dem internen staatlichen Kräfteverhältnis des dominanten Staates untergeordnete Bedeutung: Nachdem direkte Dominanz einzelner Staaten über die anderen zu keinem Konsens und daher zu keiner hegemonialen Ordnung führen würde, müssen diejenigen Staaten, die Hegemonie anstreben, eine Möglichkeit finden, die anderen Staaten bzw. die dort tonangebenden Akteure, in einen Kompromiss einzubinden, was voraussetzt, dass deren Interessen in der (neuen) hegemonialen Ordnung berücksichtigt sein müssen (vgl. Cox 1993: 61). Um das zu erreichen, ist bei Cox die globale Zivilgesellschaft gefragt, deren Rolle es ist, die transnationale Hegemonie quasi für die anderen Staaten vorzubereiten. Dazu bedarf es natürlich einer transnationalen Artikulation der zivilgesellschaftlichen Kräfte.

„Such an order would hardly be conceived in inter-state terms alone, for this would likely bring to the fore oppositions of state interests. It would most likely give prominence to opportunities for the forces of civil society to operate on the world scale (or on the scale of the sphere within which hegemony prevails). The hegemonic concept of world order is founded not only upon the regulation of inter-state conflict but also upon a globally conceived civil society, i. e., a mode of production of global extent which brings about links among social classes of the countries encompassed by it.” (Cox 1993: 61).

Die Zivilgesellschaft ist für Cox also ein Instrument zur Schaffung einer (zunächst) nationalen Hegemonie, die dann erst über (National-)Staaten universalisiert und auf die Internationale Ebene übertragen werden kann. Dennoch ist globale Hegemonie mehr als eine Ordnung unter Staaten (Cox 1993: 62). Sie ist

„[...] a complex of international social relationships which connect the social classes of the different countries. World hegemony is describable as a social structure, an economic structure, and a political structure.” (Cox 1993: 62).

Nur wenn soziale, politische und ökonomische Strukturen in einem kohärenten Verhältnis stehen, kann es eine globale hegemoniale Konstellation geben.

Zivilgesellschaftlichen Kräften wird zwar eine „eigenständige transnationale Qualität“ attestiert, sie sind aber auch zukünftig an den Nationalstaat gebunden, da dieser den „einzig adäquaten Handlungsrahmen zur Entwicklung eines neuen, gegenhegemonialen historischen Blocks“ darstellt (Borg o.J: 3). Andererseits führt die „Internationalisierung des Staates“ aber im Zusammenhang mit der „Internationalisierung der Produktion“ lt. Cox auch dazu, dass der Staat zum Exekutor der Interessen internationaler hegemonialer Kräfte wird, die – etwa bezogen auf die aktuelle globalisierte Ökonomie - eine neoliberale Umstrukturierung im Staat erwirken wollen (vgl. Cox/Sinclair 1996: 108). Die Umgestaltung der Gesellschaft unter neoliberalen Bedingungen bewirkt, dass Nationalstaaten immer weniger selbst die Richtung der globalen gesellschaftlichen Entwicklung mitgestalten können und immer mehr zu „Transmissionsriemen weltökonomischer Anpassungszwänge im Zeichen des Neoliberalismus“ (Borg o.J.¹²) verkommen: „The state becomes a transmission belt from the global to the national economy [...]“ (Cox/Sinclair 1996: 302). Diese Einschätzung provoziert eine umfassende Kritik an dem passiven und funktionalistischen Staatsverständnis (vgl. Brand 2007, Brand/Görg/Wissen 2007, siehe unten).

Einen wichtigen Beitrag zur neogramscianischen Diskussion leistet Stephen Gill, der das begriffliche Instrumentarium von Robert Cox weitgehend übernimmt aber andere theoretisch Akzente setzt. Ein wesentlicher Unterschied in Gill's theoretischer Bestimmung besteht in der deutlichen Abgrenzung zur weitgehend noch realistisch inspirierten Grundhaltung, dass für das Erreichen von Hegemonie auf internationaler Ebene ein mächtiger Nationalstaat verantwortlich sei, der schließlich auch Macht über andere Staaten erreicht. Diese Sicht bezeichnet Gill als „unsatisfactory definition“ (Gill 1993: 42), weil soziale Kräfte mit einer territorialen Einheit verbunden werden, während das globale System als Totalität zu denken sei, und soziale Kräfte, die innerhalb dieses Systems operieren, nicht territorial gebunden oder determiniert sind. Diese Aussage darf allerdings nicht zur Annahme verleiten, dass die verschiedenen räumlichen Ebenen im Akteurshandeln keine Rolle spielen würden. Der Stoßrichtung der Kritik ist insofern zuzustimmen, da sie Einwand gegen eine zu triviale Konzeptualisierung des Nationalstaates erhebt. Aber selbst von Stephen Gill, der die Bedeutung internationaler Klassen im Gegensatz zur Staatenperspektive besonders betont, wird nicht angezweifelt, dass die Dominanz

¹² <http://www.sopos.org/aufsaetze/3bbdcd9ea0c9f/1.phtml>

eines politisch oder ökonomisch überlegenen Nationalstaates existiert hat bzw. auch weiterhin existieren kann und bei der Gestaltung eines transnationalen historischen Blockes eine entscheidende Rolle spielt. Dass die USA und die in ihr versammelten sozialen Kräfte am deutlichsten dazu beigetragen haben, dass der globale Kapitalismus seine heutige Form erlangt hat, wird nicht in Abrede gestellt. Dies wird aber nicht als theoretisches Fundament oder gar als Notwendigkeit zur Erlangung von Hegemonie verstanden, sondern als eine historische Tatsache (vgl. Gill 1993).

„Cementing this order was what we term a new international historic bloc of social forces, centred in the USA, which came to be the socio-political centrepiece of the post-war organic alliance in the ‘West’. This bloc originated in the outward expansion of emerging social forces within the USA.” (Gill/Law 1993: 96).

Für die Zukunft bleibt offen, ob sich transnationale Hegemonie mit oder ohne die Vorherrschaft eines einzigen und besonders dominanten Nationalstaates weiterentwickelt, bzw. mit anderen Worten, ob die ideologische Führungskraft weiterhin von *einer* dominanten Gruppe *eines* Nationalstaat ausgehen wird oder nicht (vgl. Bieling/Deppe 1996). Gill leistet damit einen Beitrag zur Beseitigung realistischer Festlegungen, diesem neogramscianischen Ansatz wird aber andererseits eine unzureichende konzeptionelle Erfassung der Rolle internationaler Staatsapparate und Regime vorgeworfen (vgl. Brand 2007). Das theoretische Fundament in Gills Arbeiten spielen transnational agierende Klassenfraktionen. Vor allem die transnationale Managerklasse wird zum Gestalter einer neuen „Hegemonie des transnationalen Kapitals“ (Borg o.J.: 3), welche die auf dominante Nationalstaaten basierende Hegemonie ablöst. Während Nationalstaaten an Gestaltungskraft verlieren, bauen die dominanten Kapitalfraktionen ihre Definitionsmacht beständig aus, indem sie ihre neoliberal-monetaristischen Vorstellungen in internationalen Organisationen und Regimen, wie dem IWF, der Weltbank, dem GATT, der G7, usw., verankern und auf diese Weise ihre Interessen universalisieren.

„Forums like the G7 (and its private counterparts such as the World Economic Forum and the Trilaterale Commission) are important also because their existence highlights the vanguard forces, and how they may serve to generate strategic consensus [...]. Not least, these forums indicate the conditions of entry into the ‘core’ institutions in the global economy. G7 attempts to mobilise allied consensus around president Bush’s

concept of a 'new world order' reflects the complex interplay between ideas, institutions, and material capacities [...], and how, under certain conditions, these might be synergised into a coherent concept of action" (Gill 1993: 8).

Die internationalen Staatsapparate und Regime erfüllen also gemäß dieser theoretischen Bestimmung vor allem den Zweck, partikulare kapitalistische Interessen in der internationalen Politik zu verankern und sie in eine politische Form zu gießen. Indirekt erzeugen zivilgesellschaftliche Kräfte also - so gesehen - weitgehend „selbst die für die neue Ordnung notwendigen Zwangs- und Konsenselemente“ (Bohle 2005: 213). Der seit den 1970er und 1980er Jahren sich herausbildende neue „transnationale historische Block sozialer Kräfte“ (Gill 1993: 33) löst allmählich den alten sich in der Krise befindlichen historischen Block mit seinen fordistischen Konsensstrukturen ab und findet seinen Ausdruck im so genannten New Constitutionalism (Gill 1992:177), „der die Vernetzung des globalen Kapitals und die Intensivierung der Marktdisziplin und damit die Kommodifizierung von Sozialbeziehungen vorantreibt“ (Bieling/Deppe 1996: 3). Angesichts neuer Produktions- und Finanzbeziehungen sieht Gill bereits die Konturen eines neuen transnationalen Akkumulationsregimes. Eine besondere Bedeutung in Gills Ansatz spielen die „organischen Intellektuellen“. Bezogen auf den sich herausbildenden post-fordistischen historischen Block streicht Gill etwa die Bedeutung professioneller Ökonomen hervor, die für große internationale Organisationen, wie den IWF oder die Weltbank, arbeiten und eine entscheidende Rolle bei der Formulierung hegemonialer Projekte spielen (vgl. Gill 1993: 24). Vor allem auch die privaten und informellen Netzwerke und Think Tanks, wie das World Economic Forum, die Trilaterale Kommission oder die Mont-Pélerin Gesellschaft, sind – wie bereits erwähnt - für die Universalisierung neoliberaler Ideen von entscheidender Bedeutung (Bieleing/Deppe 1996: 3, Scherrer 1998b: 9). Gill legt sich nicht genau fest, inwiefern der von ihm skizzierte neue Konstitutionalismus bereits als Teil einer hegemonialen Ordnung im Sinne Gramscis zu verstehen ist. Er hebt einerseits die zunehmende Universalisierung neoliberalen Gedankengutes und die Wirkung hegemonialer Strategien hervor, betont aber andererseits auch den autoritären Charakter des Neoliberalismus, der von sich aus nicht in der Lage ist, Widersprüche hegemonial zu bearbeiten und daher auf Elemente des Zwanges angewiesen ist. Diesen

Zusammenhang bringt Gill mit dem Begriff des „disziplinierenden Neoliberalismus“ (Gill 1992: 177, Gill 2000) zum Ausdruck.

Einen weiteren Beitrag für die Übertragung gramscianischer Kategorien auf die globale Ebene leisteten Kees van der Pijl und Otto Holman von der Universität Amsterdam. In ihren als „Amsterdam School“ bezeichneten theoretischen Arbeiten wird transnationalen Klassen oder Klassenfraktionen die größte Gestaltungskraft zugesprochen, Nationalstaaten dementsprechend eine geringere. Im Amsterdamer Ansatz wird Hegemonie weniger als in welcher Form auch immer vermachteter Konsens, oder als Ausdruck von Kräfteverhältnissen verstanden, sondern eher als Herrschaft von Kapitaleliten, die über manipulative Strategien ihr Handeln legitimieren (vgl. Scherrer 1998b, Borg o.J: 4).

3.3. Defizite der (neo-)gramscianischen Theorie und Möglichkeiten ihrer Überwindung

3.3.1. Vernachlässigung der politischen Formen

Obwohl die (neo-)gramscianische Schule den Anspruch erhebt, einseitige Priorisierungen entweder des Staates oder der Ökonomie überwunden zu haben, kann dem (neo-)gramscianischen Forschungsprogramm wenn schon nicht eine explizite Priorisierung, dann doch umgekehrt eine konzeptionelle Vernachlässigung einer der beiden Kategorien attestiert werden (vgl. Bieling 2007: 144, Bieling/Deppe 1996, Borg o.J., Brand/Görg/Wissen 2007, Brand 2007, Scherrer 1998a). Auf jeden Fall trifft der Vorwurf zu, es gäbe Defizite in der Vermittlung zwischen der Klassen- und Staatenperspektive. Die Kritiken richten sich meist gegen die bekanntesten Vertreter (neo-)gramscianischer Ansätze, wie gegen Robert Cox und Stephen Gill.

Von Kritikern wird etwa häufig der Einwand gebracht, (neo-)gramscianische Ansätze würden zu unreflektiert eine „Top-Down“, bzw. „Outside-in“ Perspektive einnehmen (vgl. Brand 2007: 163, Brand/Görg/Wissen 2007: 219, Borg o.J.: 4). Der Blick würde demnach zu einseitig auf Kapitaleliten gelenkt, die als steuernde Elemente das Weltgeschehen weitestgehend bestimmen, während den Nationalstaaten eher eine passive Rolle zugeschrieben wird (vgl. Brand 2007: 163).

Staaten verkommen konzeptionell letztendlich zu Erfüllungsgehilfen globaler Kapitalinteressen, deren Aufgabe lediglich darin besteht, die politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten im Inneren so aufzubereiten, dass sie den Anforderungen des globalen Kapitals entsprechen. Diese Konzeptualisierung provoziert innerhalb der neomarxistischen Diskussion Bedenken, da sie „analytisch Klassen [bzw. deren internationales Pendant, siehe oben] gegenüber Staaten privilegiert“ (Brand/Görg/Wissen 2007: 218). Ulrich Brand et al. verorten in diesem Verständnis einen doppelten Funktionalismus: Einerseits wird der Staat in Umkehrung des (neo-)realistischen Paradigmas „als Komplement zur Internationalisierung der Produktion gesehen“ (Brand/Görg/Wissen 2007: 219), andererseits wird der Staat zum Vollstrecker von Kapitalinteressen, bzw. „zum passiven Transmissionsriemen oder zum Opfer internationaler Entwicklungen“ (Brand/Görg/Wissen 2007: 219). Eine genauere Auseinandersetzung mit der Rolle der Staaten bei der Formulierung globaler hegemonialer Projekte legt eine Neukonzeptualisierung dieses passiven Staatsverständnisses nahe (vgl. Brand 2007). Hans-Jürgen Bieling spricht „[...] vorsichtiger formuliert“, von einer „staatstheoretische[n] Vagheit in der neo-gramscianischen IPÖ¹³“ (Bieling 2007: 144). Gewissermaßen gegenteilig zum realistischen Paradigma wird die Transformation des Staates also „globalistisch abgeleitet“ (Bieling/Deppe 1996: 4, vgl. auch Scherrer 1998a).

Auch der Rolle internationaler Regime für die Gestaltung eines hegemonialen Projektes wird zu wenig Beachtung geschenkt. Eine Konsequenz dieser Blickrichtung ist dann eben die Rückführung gesellschaftlicher Veränderungen auf das Wirken von Kapitaleliten. Ihnen wird eine große Geschichtsmächtigkeit zugeschrieben. Das versperrt den Blick auf die Umkämpftheit sozialer Prozesse und vermittelt den Eindruck „die Nachkriegsgeschichte wäre gemäß den Plänen dieser Eliten verlaufen“ (Scherrer 1998a: 169) und würde auch weiterhin so verlaufen. Bieling sieht das Problem der mangelnden Theoretisierung des Staates darin, dass „unter den Bedingungen der neuen Welt(un)ordnung der alte Nationalstaat [...] nicht mehr gedacht werden kann“ (Bieling 2007: 144). Dieses Problem durch konzeptionelle Aufwertung anderer transnationaler Akteure (NGOs, Think tanks, etc.) lösen zu wollen, wird aber ebenso als nicht zielführend erkannt, da „[...] die transnationale Hegemonie – und die sie stützenden Mechanismen der Konsensgenerierung,

¹³ Internationale Politische Ökonomie

Kompromissfindung, Umverteilung sowie der politischen Organisation und Absicherung – ohne den Staat bzw. ohne neue Formen von Staatlichkeit zu verstehen“ (Bieling 2007: 144) unmöglich ist. Als Antwort auf die Frage nach der Überwindung dieser eingeschränkten Klassen- bzw. „Elitenperspektive“, bzw. der „staatstheoretischen Lücke“ (Brand 2007: 161) werden von einigen Autoren Ansätze vorgestellt, in denen die Nationalstaaten und auch die verschiedenen internationalen Staatsapparate eine aktivere und konzeptionell extra zu analysierende Rolle bei der Realisierung und Organisierung globaler hegemonialer Konstellationen einnehmen (vgl. Brand 2007, Brand/Görg/Wissen 2007, Bieling/Deppe 1996).

Ulrich Brand widmet sich der Frage nach der theoretischen Neufassung von Staatlichkeit auf internationaler Ebene: Er bezieht sich dabei auf die staatstheoretischen Arbeiten von Nicos Poulantzas und geht davon aus, dass eine exaktere theoretische Auseinandersetzung mit der Rolle des (internationalen) Staates für die Analyse globaler Politik notwendig ist (vgl. Brand 2007, Brand/Görg/Wissen 2007). Zwar haben bei der Überführung hegemonialer Positionen in eine politische Form internationale Abkommen und Staatsapparate, wie die Weltbank, der IWF oder die WTO eine große Bedeutung, allerdings wird zu Recht angezweifelt, dass diese internationalen Formen lediglich als Indiz und Zwischenstadium eines sich entwickelnden „Weltstaates“ zu betrachten sind (Brand 2007: 161). Denn es sind vor allem die mächtigen Staaten, die ihre Interessen in diesen Apparaten artikulieren und auch politisch absichern können. Auch wenn die internationale Zivilgesellschaft in neo-gramscianischen Ansätzen einen zentralen Platz einnimmt, sind gerade in Hinblick auf die Übertragung des gramscianischen Zivilgesellschaftsbegriffes auf die Internationale Ebene Defizite bei diesen Ansätzen auszumachen. Deshalb, weil die Verwobenheit zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren, bzw. Kräften des Marktes einerseits und Staaten andererseits nicht adäquat erfasst wird (vgl. Brand 2007: 165). Brand hält die staatstheoretischen Überlegungen von Nicos Poulantzas für geeignet, die Zusammenhänge zwischen den gramscianischen Begriffen „Zivilgesellschaft“ und „erweiterter Staat“ auch für die Internationale Ebene theoretisch plausibler zu erfassen (vgl. Brand 2007, Brand/Görg/Wissen 2007).

Nicos Poulantzas versuchte in den 1970er Jahren die Rolle des Staates zur Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft zu begründen: „Eine wichtige theoretische Innovation der 1970er Jahre bestand darin, den Staat weder als

neutralen Akteur, noch als Instrument der herrschenden Klassen und Kräfte zu verstehen, sondern als soziales Verhältnis.“ (Brand 2007: 165). Der Staat ist also kein Organ zur eingeschränkten Realisierung der Interessen des Kapitals, sondern ein Terrain in dem unterschiedliche politische Kräfte ihre Interessen artikulieren. Er ist dazu da, für die Kämpfe zwischen den unterschiedlichen politischen Akteuren „Regeln“ aufzustellen, sodass die Konflikte zwischen den Akteuren (bzw. den Klassen) in geordneten Bahnen ablaufen können (vgl. Brand 2007: 166). In den Worten Poulantzas ist der Staat „eine materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen.“ (Poulantzas 1978: 159). Der Staat ist aber nicht nur ein Terrain der „geordneten Austragung sozialer Konflikte“ (Brand 2007: 166), sondern verstetigt die Kräfteverhältnisse, indem vormals partikulare Interessen (gemäß den im Staat vorherrschenden Kräfteverhältnissen) in eine politische Form übergeführt werden, also sich zu verbindlichen und allgemein zu akzeptierenden Regeln und Strukturen verdichten. Gesellschaftliche Akteure versuchen also ihre Interessen rechtlich, finanziell und diskursiv durchzusetzen und im Staat bzw. über die staatlichen Formen ihre Positionen auf Dauer zu stellen. Die Strategien der Akteure sind häufig genau darauf ausgerichtet, für ihre partikularen Ziele und Interessen eine durch die staatliche Form garantierte Verbindlichkeit zu erkämpfen. Der Staat ist aufgrund seiner besonderen institutionellen Materialität mit einer relativen Autonomie gegenüber den unmittelbaren sozialen Kräften ausgestattet. Obwohl sich partikulare Interessen also nicht direkt in den Strukturen eines demokratischen Staates verankern lassen, kämpfen politische Kräfte um die größtmögliche Realisierung ihrer Anliegen. Durch die staatliche Form abgesicherte Interessen bekommen einen besonderen Charakter, da sie dann (zumindest vom Großteil der Staatsbürger) als Interessen der Allgemeinheit anerkannt werden (müssen) und so auf Dauer gestellt werden können. Gesellschaftliche Konflikte und Widersprüche existieren auf diese Weise im Staat zwar weiter, aber verändern ihre Form und transformieren sich zu politischen Konflikten. „Der Staat ist die zentrale Institutionalisierung und damit Verstetigung politischer Führung und Herrschaft [...]“ (Brand 2007: 166).

In kritischen Ansätzen ist vor allem die Annahme von großer Bedeutung, dass das Kräfteverhältnis im Staat nicht einfach eine Reflexion der gesamtgesellschaftlichen Kräfte ist, denn der Staat ist nicht für alle politischen Forderungen und Anliegen in gleicher Weise offen. Es gibt im Zugang zum Staat und

zur staatlichen Macht Asymmetrien, bzw. „strukturelle Selektivitäten“ (Poulantzas 1978: 165). Diese Einsicht kann quasi als ein theoretisches Fundament weiterführender gesellschaftstheoretischer Ansätze bezeichnet werden. Den auf internationaler Ebene wirkenden Selektivitäten wird in dieser Arbeit (vor allem aus einer diskurstheoretischen Perspektive) besondere Bedeutung geschenkt.

Zu bedenken ist auch, dass die „offizielle“ Position eines Landes auf internationaler Ebene bereits das Ergebnis unterschiedlicher (nationaler) Selektivitäten darstellt. Was etwa Delegierte verschiedener Staaten in internationalen Verhandlungen als die nationale Position lancieren, reflektiert die Position, die der im Inneren eines Landes vorherrschenden Kräfteverteilung entspräche oft kaum (vgl. Redl/Strasser 2010).

3.3.2. Eingliederungsversuche von Phänomenen in ein gramscianisches Begriffsraster

3.3.2.1. Hegemoniale, gegenhegemoniale und subalterne Kräfte?

In den hier diskutierten hegemonietheoretischen Ansätzen wird meist eine Zweiteilung der Gesellschaft in hegemoniale und gegen-hegemoniale Kräfte angenommen: Diejenigen, die wesentliche Teile des hegemonialen Projektes aktiv unterstützen, ausbauen und gegen antagonistische Angriffe verteidigen, werden als hegemoniale Kräfte bezeichnet, während diejenigen sozialen Akteure, die es in wichtigen Grundzusammenhängen ablehnen und bekämpfen wollen, als gegenhegemoniale Kräfte bezeichnet werden können. Tatsächlich gibt es etwa Kämpfe zwischen Akteuren, die ein hegemoniales Projekt zwar in ihrem Kern unterstützen, es aber in bestimmte unterschiedliche Richtungen weiterentwickeln wollen. Andererseits gibt es Akteure, die ein hegemoniales Projekt grundsätzlich ablehnen, bzw. wesentliche hegemoniale Deutungen und Sichtweisen anfechten. Aber gerade auch unter den „gegen-hegemonialen Kräften“ gibt es viele Kämpfe um die „richtige und beste“ Alternative zu hegemonialen Deutungen. In einer weiteren Diskussion und vor allem dann in den diskurstheoretischen Überlegungen wird eine Aufspaltung in zwei Akteurskonstellationen (hegemonial/gegenhegemonial) zurückgewiesen. Stattdessen wird untersucht, wie unterschiedliche Akteure ihre

Strategien und Positionen in Bezug auf einen permanent umkämpften hegemonialen Diskurs artikulieren und sich so verschiedene Subjektpositionen entwickeln (siehe Abschnitt 5).

Als „Subalterne“ können etwa Akteure bezeichnet werden, deren Sichtweisen und Anliegen durch das hegemoniale Projekt marginalisiert und deren Deutungen desartikuliert werden.

3.3.2.2. Hegemonie als Zustand oder Prozess?

Es ist zu klären, wie Hegemonie verstanden werden soll, ob als Zustand oder als permanenten Prozess. Um die Zielrichtung hegemonialer Bestrebungen nicht aus den Augen zu verlieren, wäre es wirkungsvoll, Hegemonie als einen graduellen Annäherungsprozess an einen theoretischen Endzustand, dessen Gestalt im Laufe der politischen Auseinandersetzungen immer neu erdacht und verändert wird, zu verstehen, aber nicht als diesen selbst. Ein derartiges prozesshaftes Verständnis würde auch dazu beitragen, Paradoxien und Widersprüchlichkeiten in den neo-gramscianischen Analysen zu vermeiden, die Bieling und Deppe zu Recht kritisieren:

„Letztendlich enden die neo-gramscianischen Analysen in einer paradoxen Situationsbeschreibung: Wenn sie von neoliberaler Hegemonie in einer post-hegemonialen Ära sprechen, bringen sie zum Ausdruck, dass auf der einen Seite die Struktur und die Regulation der Weltordnung eher instabil erscheint, andererseits überall neoliberale Strategien auf dem Vormarsch sind.“ (Bieling/Deppe 1996: 4)

Es wird dementsprechend eine Überarbeitung der Hegemoniekonzeption gefordert. Statt die gesamte gesellschaftliche Untersuchung am Bild der Pax Americana auszurichten und den jetzigen Zustand als Differenz zu dieser zu analysieren, sollte stärker der „Projektcharakter von Hegemonie“ (Bieling/Deppe 1996: 5) herausgearbeitet werden und der prozesshafte und umkämpfte Charakter hegemonialer Projekte (Brand 2007: 165) im Vordergrund stehen (vgl. auch Borg 2001, o.J., Scherrer 2007). Ulrich Brand erkennt (auf André Drainville verweisend) in den neo-gramscianischen Arbeiten das Defizit, dass „tendenziell von einer

kohärenten, widerspruchsfreien und durchgreifend wirkenden Hegemonie ausgegangen wird“ (Brand 2007: 163), die es so aber nicht gibt.

Eine letztendlich immer willkürliche Ja/Nein-Entscheidung, ob es sich im Falle des Neoliberalismus bereits um Hegemonie, oder um fragmentierte Hegemonie (vgl. Brand 2007: 162), oder um gar keine Hegemonie, sondern um eine posthegemoniale Weltordnung (vgl. Gill 1993) handelt, wäre mit einer prozesshaften Hegemoniekonzeption (siehe oben) im Grunde zu vermeiden. Stattdessen sollte etwa der Neoliberalismus als hegemoniales Projekt eher qualitativ beschrieben werden, indem sein Zwangscharakter in all seinen Facetten untersucht wird: Folgenden Fragen sollte man sich widmen: welche sozialen Kräfte setzen *welche* Interessen *wie* durch, auf welche Art bzw. wie (erfolgreich) werden Widersprüche bearbeitet und wie werden Zusammenhänge und Bedeutungen diskursiv so verändert und wieder neu zusammengesetzt, dass sie mit einem neoliberalen Gesellschaftsprojekt immer wieder kompatibel erscheinen. Und wem nützen diskursive Veränderungen? Es ist der Kampf um Bedeutungshoheiten zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Sichtweisen zu rekonstruieren und zu analysieren, wie antagonistische Kräfte bestehende hegemoniale Sinnfixierungen desartikulieren bzw. dies zumindest versuchen und wie auf der anderen Seite hegemoniale Kräfte darauf reagieren, wie sie durch diskursive Artikulationen und Verknüpfungen Zusammenhänge und Bedeutungen wieder neu zusammenstellen und in die dominante Deutungslogik integrieren wollen. Jedenfalls gilt:

„Das Fragen nach den spezifischen Qualitäten einer konkreten hegemonialen Situation ist in jedem Fall fruchtbarer als der Rekurs auf den binären Code „Hegemonie: ja/nein“, als dessen Maßstab weiterhin die Pax americana dient“ (Borg o.J: 5).

Hegemonie drückt sich etwa in den permanenten Verteidigungsprozessen von gerade gültigen Universalitäten gegenüber Versuchen ihrer Entlarvung als Partikularinteressen aus, oder als Suchprozesse neuer Universalisierungsmöglichkeiten. Ob eine konkrete hegemoniale Stabilisierungsstrategie von Herrschaftsverhältnissen nun deswegen erfolgreich ist, weil sie mehrere und vormals antagonistische Interessenslagen in das veränderte hegemoniale Projekt einschließt, deswegen, weil es antagonistische Forderungen desartikuliert und so Gegenkräfte

de facto entmachtet bzw. „sprachlos macht“, oder aber weil mit repressiven oder gar gewaltsamen Maßnahmen Interessen durchgesetzt werden, sollte anhand konkreter Untersuchungen entschieden werden¹⁴. Für diese Aufgabe bietet der Begriff des „hegemonialen Projektes“ eine gute theoretische Basis, da er ein Verständnis von Hegemonie als permanenten Prozess nahe legt. Kurz: Hegemonie muss in (diskursiven) Kämpfen, wo es darum geht, allen glaubhaft zu machen, dass die eigene Weltsicht die bessere ist, und andere Deutungsweisen falsch oder unsinnig sind, immer wieder aufs Neue reproduziert werden. Zur Analyse derartiger Kämpfe bieten diskurstheoretische Überlegungen eine gute Basis (siehe Abschnitt 5.).

3.3.2.3. Konsens und Zwang

Ein weiteres zentrales analytisches Problem einer hegemonietheoretischen Untersuchung ist die Notwendigkeit, die Strategien zum Erhalt von Hegemonie in nur zwei Kategorien, nämlich in konsensuale und Zwangsstrategien aufspalten zu müssen. Vor allem bei marxistisch argumentierenden Autoren gibt es Bestrebungen die gramscianische Vorstellung des Konsenses zu kritisieren, da sie mit dem „Zwangscharakter bürgerlicher Herrschaft“ (Scherrer 1998b: 7) nicht vereinbar ist. Andererseits ist der Einsatz von typischen Zwangselementen im Sinne Gramscis in der Praxis in vielen Fällen nicht (oder nicht allein) für die Reproduktion hegemonialer Konstellationen verantwortlich¹⁵.

Die Konsequenz ist, dass AutorInnen der (neo-)gramscianischen Schule das Element des Konsenses stärker hervorheben (wie etwa Stephen Gill, vgl. Gill 1990), was wiederum dazu führt, anzunehmen, gesellschaftliche Gruppen wären ohne weiteres mit dem Gesellschaftssystem einverstanden. Zu Recht wird die daraus abgeleitete Konsequenz kritisiert (Scherrer 1998b: 7), nämlich der nicht mehr klar feststellbare Herrschaftscharakter der kapitalistischen Gesellschaft. Dieses Problem hat in ähnlicher Weise auch bereits Gramsci beschäftigt (vgl. Anderson 1977: 45-46). Statt die Art der Herrschaftsausübung allein mit den Kategorien Konsens und Zwang

¹⁴ Die jeweiligen Strategien müssen einander nicht unbedingt ausschließen.

¹⁵ Es besteht kein Zweifel daran, dass der Einsatz verschiedener Druckmittel in der Durchsetzung hegemonialer Sichtweisen eine große Rolle spielt.

erklären zu wollen, sollte eine genauere Auseinandersetzung mit der Frage stattfinden, wie auf das Verhalten der Subalternen Einfluss genommen wird, wie eine Deutungslogik hegemonial wird, wie alternative gesellschaftliche Projekte desorganisiert, Diskurse desartikulierte und aus dem Bereich des Denkbaren und Sagbaren verbannt werden. Ebenso soll die (foucaultsche) Frage gestellt werden, wie hegemoniale Kräfte auf Sichtweisen anderer gesellschaftlicher Gruppen Einfluss nehmen und wie Eliten die Selbstregierungsprozesse der Subalternen leiten, etc. (siehe Abschnitt 5.5.). Zur Überwindung vieler hier vorgestellter Defizite kann der Diskursbegriff einen wichtigen Beitrag leisten.

4. ANNAHMEN ÜBER DAS WESEN DER SOZIALEN WELT

4.1. Struktur und Handlung

Die (neo-)gramscianischen Ansätze lassen sich in zwei theoretische Lager aufteilen, die sich hinsichtlich der Gewichtung und des Zusammenhanges von gesellschaftlichen Strukturen und sozialem Handeln unterscheiden. Aus Illustrationsgründen werden hier zwei Extrempositionen skizziert, die als „orthodox-marxistisch“ und „post-positivistisch“ bezeichnet werden können (Scherrer 1998a: 164). In der Praxis gibt es viele Arbeiten, die einen theoretischen Weg einschlagen, welcher zwischen den beiden Positionen vermitteln soll. Einen Überblick und eine kritische Auseinandersetzung mit den Stärken und Schwächen verschiedener Lösungsversuche liefert etwa Jessop (vgl. Jessop 2008: 21-52), der sich aus einer auf Poulantzas und Gramsci beziehenden Perspektive dem Problem stellt. Die folgende Darstellung¹⁶ ist zwar sehr schemenhaft und absichtlich trivial gehalten, soll aber das Problem verdeutlichen:

Aus orthodox-marxistischer Sicht wird angenommen, dass dem Kapitalismus eine einzige und unveränderbare Kapitallogik mit „eisernen Bewegungsgesetzen“ (Jessop 2008: 33) eingeschrieben ist, die auch gleichzeitig für die Reproduktion des kapitalistischen Gesellschaftssystems sorgt. Soziale Akteure werden aus dieser Sichtweise vor allem (gemäß ihrer Klassenzugehörigkeit) als „Träger von Strukturen“ (Scherrer 1998a: 166) betrachtet, die nur hinsichtlich ihrer Beziehung zum Kapital oder ihrer Stellung im Produktionsprozess zu erfassen sind. Die Vorstellung eines ahistorischen Strukturierungsprinzips ist nicht mit einem gramscianischen Hegemoniebegriff vereinbar. Gramsci betont zwar die Wirkung struktureller Bedingungen, sie sind für ihn aber durch gesellschaftliche Auseinandersetzungen veränderbar (vgl. Scherrer 1998a: 165). In der (neo-)gramscianischen Tradition bewegen sich vor allem die niederländischen Sozialwissenschaftler Kees van der Pijl und Otto Holman am weitesten in Richtung eines ökonomistischen Gesellschaftsverständnisses. Hegemonie wird daher eher als „manipulative Strategien der Legitimationsbeschaffung“ (vgl. Scherrer 1998a: 165) verstanden.

¹⁶ Die Idee stammt von Christoph Scherrer (1998a) und verdeutlicht die Situation sehr anschaulich.

Viele Nachfolger Gramscis (wie etwa Stephen Gill und Robert Cox) nehmen eine andere Position ein, die tatsächlich mit Gramscis Sichtweise vereinbarer zu sein scheint. Sie lehnen die dogmatische Grundannahme einer a-priori gesetzten Kapitallogik ab und führen gesellschaftliche Entwicklung auf das Handeln von Akteuren zurück. Die Form der (kapitalistischen) Gesellschaft ist aus dieser Sicht ein Abbild der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse (vgl. Jessop 2008: 33).

Der Bezug zu Marx wird dabei zwar auch über den Begriff der Klasse hergestellt, er hat hier aber eine andere Bedeutung als in der oben beschriebenen Sicht. Eine Extremposition nehmen in dieser Hinsicht Perspektiven (Scherrer 1998a: 170) ein, die *alle* essentialistischen Apriorismen der marxistischen Tradition zurückzuweisen versuchen und eine „radikale Kontingenz“ (Nonhoff: 2007: 17, vgl. Laclau 2007, Laclau/Mouffe 1991) fordern. Dieser theoretische Weg wird als „Post-Positivismus“ oder, wie bei Laclau und Mouffe, als Post-Marxismus bezeichnet. Eine radikal post-positivistische Sicht würde also, neben der Zurückweisung ökonomischer Bewegungsgesetze und des Etatismus – also der „Vorstellung, dass die Ausdehnung der Rolle des Staates das Allheilmittel für sämtliche Probleme ist“ (Scherrer 1998a: 170) – auch die Ablehnung des Klassenbegriffes bedeuten, da sich *die Klasse* aus dieser Sicht ebenso aus dem Kapitalismus ableiten lässt und daher eine a priori gesetzte Kategorie bzw. eine essentialistische Konstruktion darstellt (siehe Abschnitt 5.6). Diese beiden Sichtweisen sind von ihrer Ontologie her miteinander unvereinbar.

Im folgenden Abschnitt wird versucht, aufzuzeigen, warum ein Verzicht auf dogmatische Letztbegründungen nicht zur Aufgabe eines Strukturbegriffes zur Erfassung kapitalistischer Gesellschaften führen muss. Es wird argumentiert, wie eine theoretische Perspektive begründet werden kann, die Akteurshandeln und gesellschaftliche Strukturen vereint. Bob Jessop hat in diesem Punkt eine bedeutende Arbeit geleistet, wobei es ihm nicht darum geht, die Positionen mechanisch miteinander zu verbinden, „[...] to produce the complete picture“ (Jessop 2008: 34). Die oben dargestellte Unvereinbarkeit stellt kein Problem *per se* für einzelne Ansätze dar, da die Verbindungen zwischen Strukturen und sozialem Handeln sich aus der jeweiligen Perspektive heraus logisch ergeben und somit nicht als Problem wahrgenommen werden können.

Das Problem besteht vielmehr an der mangelnden Erklärungskraft beider Zugänge in Bezug auf konkrete politische Phänomene, wenn man die jeweils andere

Perspektive ausklammert: Zurecht kann kritisiert werden, dass vielen handlungstheoretisch argumentierenden Arbeiten eine theoretisch plausible Begründung der verfestigten gesellschaftlichen Formen (deren Existenz zwar unterschiedlich zu interpretieren, aber nicht zu bestreiten ist) fehlt, wie der orthodox-marxistischen Betrachtung eine Auseinandersetzung mit der Frage, wie sozialer Wandel, bzw. die sich von ihrer Gestalt verändernde kapitalistische Gesellschaft, interpretiert werden kann ohne die Rolle, die des Akteurshandeln dabei spielt, zu rededizieren. Mit anderen Worten führt eine mangelhafte Vermittlung zwischen gesellschaftlichen Strukturen und sozialem Handeln nicht nur zu theoretischen Diskrepanzen zwischen zwei unterschiedlichen Positionen, sondern auch zu Erklärungsengpässen innerhalb der Ansätze selbst. Bob Jessop nimmt diesen Punkt sehr ernst und spricht in dem Zusammenhang von einem „false dilemma“ (Jessop 2008: 33).

Die angedeuteten Widersprüche werden vor allem von Kritikern der jeweils „anderen Position“ sichtbar gemacht: Beide Seiten führen Einwände an, die überzeugend sind: Den Klassentheoretikern (und vielmehr noch den „radikalen“ Post-Positivisten) wird der Vorwurf gemacht, dass sie „das Wesen kapitalistischer Vergesellschaftung“ (Scherrer 1998a: 170) nicht adäquat erfassen und die Konstitution von verschiedenen gesellschaftlichen Positionen und Interessen, wie die der Arbeiterklasse oder der Kapitaleliten, nicht erklären können. Darüber hinaus wird – gemäß dieser Sicht - weder die dialektische Beziehung zwischen diesen Interessen erfasst, noch die Frage geklärt, wie durch soziale Kämpfe die übergeordnete Reproduktion der Gesellschaft gewährleistet werden kann (vgl. Jessop 2008: 33). Ein besonders zentraler Kritikpunkt an diesem Verständnis ist, dass durch das Ausklammern struktureller Zwänge suggeriert wird, die Akteure könnten (mehr oder weniger) frei handeln. Folglich kann auch nicht erklärt werden, warum die sozialen Kämpfe doch eine relativ kohärente Tendenz aufweisen und eher zu einer Reproduktion des kapitalistischen Systems führen, anstatt zu einem Kollaps, der in Barbarei mündet (Jessop 2008: 34). Die Unterbelichtung struktureller Zwänge hat zur Folge, dass ein Konsens häufig etwa als aktive Zustimmung der Beherrschten zum hegemonialen Projekt gedeutet werden muss (vgl. Anderson 1977), ohne den latenten Zwangscharakter zu thematisieren, in dessen Rahmen der Konsens zu verstehen ist. Die theoretische Konsequenz daraus ist, dass den Kapitaleliten dann die Rolle der Architekten des Kapitalismus zugeschrieben werden muss, wie oben

bei der Diskussion neogramscianischer Ansätze bereits erörtert wurde. Denn nachdem strukturelle Zusammenhänge, die das Handeln der Akteure anleiten, ausgeblendet werden, bleibt als Ansatz zur Erklärung der Reproduktion und des Voranschreitens kapitalistischer Vergesellschaftung (auch der „neoliberalen Globalisierung“) und ihrer Stabilisierbarkeit nur noch der Verweis auf das strategische Handeln der Kapitaleliten, wodurch tatsächlich der Eindruck entsteht „die Nachkriegsgeschichte wäre gemäß den Plänen dieser Eliten verlaufen“ (Scherrer 1998a: 169). Insgesamt ist aber die Annahme, das Handeln mächtiger Akteure alleine würde automatisch zu Kohärenz führen, wenig überzeugend.

Die Kritik gegen die orthodox-marxistische Interpretation besteht vor allem darin, alle theoretischen Begründungen gesellschaftlicher Zusammenhänge, die auf eine a-priori gesetzte „objektive“ Bezugsgröße verweisen, als unbegründbar zurückzuweisen, da die Vorstellung einer abstrakten und unveränderbaren Kapitallogik ohne Beziehung zu menschlichem Handeln für die Kritiker gar nicht denkbar ist. Die Einwände weisen in diese Richtung und bedürfen hier keiner Erörterung in all ihren möglichen Facetten.

Nun stellt sich die Frage, ob sich ein (neo-)gramscianisches Forschungsprogramm für eine dieser Positionen entscheiden muss und letztendlich die damit verbundenen Widersprüche in Kauf zu nehmen hat, oder ob es einen Weg gibt zwischen diesen beiden Positionen zu vermitteln. Christoph Scherrer meint „[...] eine Entscheidung steht an, da sich deren erkenntnistheoretische Fundamente gegenseitig ausschließen“ (Scherrer 1998a: 171), was prinzipiell nicht von der Hand zu weisen ist.

In der folgenden Argumentation wird allerdings ein Weg eingeschlagen, der sich an Bob Jessops theoretischer Auseinandersetzung mit den oben skizzierten Widersprüchen orientiert: Jessop will in seinen Ausführungen (vgl. Jessop 2008) die Existenz und das Wesen gesellschaftlicher Strukturen aus einer handlungstheoretischen Perspektive heraus begründen: Er sieht den Kapitalismus und kapitalistische Entwicklung als soziales Verhältnis, steht also vor der theoretischen Herausforderung, gesellschaftliche Strukturen, denen er einen besonders bedeutenden Stellenwert einräumt, mit einer (wie er es selbst bezeichnet) klassentheoretischen Konzeption zu vereinen (vgl. Jessop 2008). Es muss also ein Weg gefunden werden, wie Strukturen in dieser Klassenperspektive zu erfassen sind.

Kurz gefasst (dieser Zusammenhang wird im nächsten Abschnitt genauer diskutiert) entwickelt er unter Zuhilfenahme theoretischer Überlegungen aus unterschiedlichen Theorieansätzen eine Vorstellung von Strukturen als im Laufe der Zeit verdichtete Handlungen. Er geht also davon aus, dass sich soziale Praktiken zu Strukturen verstetigen können. Das häufig damit verbundene Problem der theoretisch kaum überzeugend zu begründenden Kohärenz kapitalistischer Entwicklung wird dabei besonders genau untersucht, und mit dem Begriff der „strategischen Selektivität“ wird ein theoretisches Instrumentarium eingeführt, mit dem dieses Problem nach Ansicht Jessops zu lösen ist. Kern seiner Überlegungen ist, dass die Weiterentwicklung der Gesellschaft bis zu einem gewissen Grad bereits durch die Geschichte vorgegeben ist: Manche gesellschaftlichen Vorstellungen sind leichter durchzusetzen, weil sie zu dem bereits bestehenden Gesellschaftsprojekt besser passen als andere. Auf diese Weise wird das hegemoniale Projekt ständig reproduziert und so verstetigt (dies wird im nächsten Abschnitt näher ausgeführt). Vorweggenommen sei aber hier schon, dass Jessop einen theoretischen Weg eingeschlagen hat, der sein Werk anschlussfähig an eine diskurstheoretisch fundierte Hegemonietheorie macht (siehe Abschnitt 5.): Denn nicht nur das Handeln dominanter Akteure oder der Klassen selbst liefert für Jessop automatisch eine Erklärung für Hegemonie. Es ist die ständige Notwendigkeit gesellschaftlicher Akteure ihr Handeln und ihre Diskurse strategisch, also in Bezug auf ein bereits existierendes hegemoniales Gesellschaftsprojekt „zu gestalten“, bzw. abzustimmen und ihre Anliegen passend zu artikulieren, die zu einer permanenten Reformulierung und sich fortsetzenden Stabilisierung des hegemonialen Gesellschaftsprojektes führt. Diese Perspektive ist für weiterführende Überlegungen sehr wichtig.

4.2. Selektivitäten - Die Begründung für gesellschaftliche Kohärenz

Im folgenden Abschnitt wird die Frage diskutiert, wie die relative Kohärenz gesellschaftlicher Entwicklungen zu erklären ist, ohne auf ein ahistorisches essentialistisches Strukturierungsprinzip verweisen zu müssen. Wenig überzeugend ist, wie oben bereits angekündigt, die Annahme, der freie Wille und das Handeln (wichtiger) gesellschaftlicher Akteure (etwa der so genannten „Kapitaleliten“), wären allein dafür verantwortlich und immer genau berechnend darauf ausgerichtet, die kapitalistische Gesellschaft insgesamt zu stabilisieren und zu reproduzieren. Für Bob Jessop ist es also die Strukturierungsmacht des bereits Bestehenden (siehe oben), die die Entwicklung des Zukünftigen tendenziell beeinflusst. Er entwickelt aus einer staatstheoretischen Perspektive heraus eine Theorie, die gesellschaftliche Strukturen und individuelles Handeln erklären soll:

Die Eigenschaften des Staates sind gemäß dieser Erklärung eine Voraussetzung dafür, dass eine relativ stabile gesellschaftliche Ordnung erreicht werden kann. Die Funktion des Staates geht über eine instrumentelle Notwendigkeit zur Erfüllung kapitalistischer Verwertungsinteressen hinaus. Er ist ein Verhältnis, in dem sich soziale Kräfte materiell verdichten (vgl. Poulantzas 1978: 168). Seine Aufgabe besteht darin, ein geordnetes Terrain für die Austragung gesellschaftlicher Konflikte und für die Erarbeitung eines Kompromisses zwischen Gruppierungen mit unterschiedlichen Interessen zu bieten. Das bedeutet zwar, dass hegemoniale Kräfte ihre Anliegen und Forderungen nicht direkt durchsetzen können, sondern sie mit denen anderer gesellschaftlicher Gruppen abstimmen müssen. Das Resultat politischer Konfrontationen ist aber „ein Kompromiss“, der von besonderem Wert bzw. von besonderer Materialität ist, da er – quasi abgesegnet durch die offizielle Beteiligung verschiedener, auch subalternen Kräfte - als gesamtgesellschaftlicher Kompromiss bezeichnet werden kann, bzw. als solcher dann auch von der gesamten in einem Staat lebenden Bevölkerung anerkannt zu werden hat. Das hat zur Folge, dass offene Gewaltanwendung äußerst selten notwendig ist.

Jessop definiert den Kern des Staatsapparates als

„[...] distinct ensemble of institutions and organisations whose socially accepted function is to define and enforce collectively binding decisions on a given population in the name of their ‘common interest’ or ‘general will’. (Jessop 2008: 9).

Genau die Art und Weise, wie der “generell will” oder die “common interests” zustande kommen und die Frage, inwiefern man in Anbetracht der Strategien, die angewandt werden (müssen), um Konsens zu erzeugen, dann tatsächlich von „gemeinsamen Interessen“ sprechen kann, ist die Frage, die im Rahmen konkreter kritischer politikwissenschaftlicher Forschung zu klären ist.

Den Kern kritischer Gesellschaftstheorie bildet, wie oben bereits angedeutet, die Annahme, dass der Staat nicht für alle politischen Forderungen und Anliegen in gleicher Weise offen ist. Es gibt im Zugang zum Staat und zur staatlichen Macht Asymmetrien, bzw. „Selektivitäten“: Bob Jessop knüpft dabei theoretisch an die Staatskonzeption Poulantzas an, will sie aber von Determinismen und strukturalistischen Engpässen befreien (vgl. Jessop 1990, 2008) und kritisiert die unzureichende Erfassung von Selektivitäten im Zugang zu staatlichen Entscheidungszentren.

Aus der Sicht Jessops privilegieren die jeweiligen Staatsformen bestimmte, mit dem bereits bestehenden hegemonialen Projekt eher kompatible Interessen, während andere tendenziell marginalisiert werden: „Indeed, the common interest or generell will is always asymmetrical, marginalizing or defining some interests at the same time as it privileges other.” (Jessop 2008: 11). Allerdings sind diese Selektivitäten nicht als endgültig fixierte Zugangsbestimmungen zur staatlichen Macht zu verstehen, sondern müssen in hegemonialen Kämpfen immer wieder aufs Neue erkämpft und verteidigt werden. Ebenso ist es möglich, dass sie sich durch soziale Kämpfe hindurch verändern und dadurch anderen Kräften und Ideen zu besseren Zugangschancen zur staatlichen Macht verhelfen. Die Realisierungschancen von Veränderungen sind jedoch durch die bestehenden Selektivitäten bereits vorgegeben. Jessops Ansatz zufolge werden Interessen durch strategisches auf den Staat gerichtetes Handeln lanciert, es findet ein Kampf zwischen konkurrierenden Strategien der jeweiligen Akteure statt. Um den durch existierende Selektivitäten (siehe unten) zwar bevorzugten oder erschweren aber

potentiell doch offenen Zugang gesellschaftlicher Kräfte zur staatlichen Politik und die Bedeutung politischer Kämpfe zur Reproduktion oder Veränderung dieser Selektivitäten besser zum Ausdruck zu bringen, verwendet Jessop den Begriff „strategische Selektivität“.

Auch wenn in Jessops Arbeiten der empirischer Fokus auf den Nationalstaat und die staatliche Macht gerichtet ist, geht er davon aus, dass die Erklärungskraft seines Ansatzes nicht nur für den Nationalstaat im engeren Sinn gilt (vgl. Jessop 2008: 22). Der strategisch-relationale Ansatz soll einen Analyserahmen bieten, der dazu in der Lage ist, „[...] the complex forms of articulation among state institutions and between state and non-state institutions in the overall reproduction of capital accumulation and political domination“ (Jessop 1990: 117) zu analysieren. Jessops Kategorien müssen also nicht auf die Untersuchung von Prozessen innerhalb eines Staates eingeschränkt werden: Statt von „staatlicher Politik“ könnte man für die hier angestellten theoretischen Überlegungen auch generell von Artikulationsprozessen auf politischen Terrains (wie auch internationale Staatsapparate) sprechen, über die es möglich ist, gesamtgesellschaftliche Verbindlichkeiten (Regeln, Strukturen, Gesetze etc.) zu erwirken.

In diesem Abschnitt steht der Begriff der strategischen Selektivität im Vordergrund, der zum konzeptionellen Kern eines komplexen politikwissenschaftlichen Theorieprojektes geworden ist, welches das Ziel verfolgt, konzeptionelle Probleme und Engführungen der historisch-materialistischen Theorietradition zu überwinden. Von besonderer Bedeutung für die hier angestellten Überlegungen ist der Rekurs auf eine andere Theorietradition, nämlich die Luhmannsche Systemtheorie (vgl. Jessop 2008), zur präziseren theoretischen Bestimmung der relativen Autonomie des Staates. In diesem Ansatz wird die „Schwerfälligkeit“ und „Pfadabhängigkeit“ verschiedener Teile der Gesellschaft, wie der Ökonomie, der Kultur etc. besonders berücksichtigt. Diese gesellschaftlichen Bereiche (in der Sprache der Systemtheorie „Subsysteme“) haben ihre jeweils speziellen über längere Zeit gewachsenen Strukturen, Regeln und Diskurse, etc., und sind relativ widerstandsfähig gegen Veränderungsversuche durch auf sie einwirkende politische Kräfte. Hier ist eine gewisse Ähnlichkeit zur Diskurstheorie Foucaults zu erkennen: Foucault betont die Notwendigkeit, diskursive Regeln zu kennen und anwenden zu können, um in einem gesellschaftlichen Bereich (etwa einer wissenschaftlichen Disziplin) überhaupt wahrgenommen zu werden (siehe

Abschnitt 5.4.). Die Subsysteme (im Sinne Luhmanns) sind zwar relativ autonom, aber doch interdependent, das heißt, sie müssen in einem funktionstüchtigen Verhältnis zueinander stehen. Auf diese Weise ist die Vorstellung der relativen Autonomie des Staates konkreter und präziser zu erfassen.

Die Ökonomie als Subsystem ist für Jessop aber nicht eines unter vielen (im systemtheoretischen Sinn), sondern hat eine herausragende Bedeutung im Systemgefüge, sie dominiert andere Teile der Gesellschaft (Jessop 2008: 26). Diese Annahme ist für Jessops Vorhaben, marxistische Theorie (konkret: das orthodox marxistische Konzept der ökonomischen Determinierung in letzter Instanz) anti-essentialistisch zu reformulieren, besonders zentral:

„These arguments prompted me to propose that the orthodox Marxist concept of economic determination in the last instance can be fruitfully replaced by ecological dominance. This refers to the capacity of one system in a self-organizing ecology of self-organizing systems to cause more problems for other systems than they can cause for it. Recontextualized in geographical historical materialism, it can provide a more rigorously strategic-relational concept that can resolve many of the problems associated with economic determinism“ (Jessop 2008: 26).

Für Jessop geht der Begriff der strategischen Selektivität also weit über ein Instrument zur Feinanalyse des kapitalistischen Staates hinaus und wird zum Vermittler zwischen gesellschaftlichen Strukturen und Akteurshandeln, erhält also eine tragende Bedeutung für die Beantwortung der Frage nach dem Wesen von Gesellschaft.

„[...] social structure can be studied in strategic-relational terms as involving structurally inscribed strategic selectivity; and action can likewise be analysed in terms of its performance by agents with strategically calculating structural orientation“. (Jessop 2008: 41).

Folglich wird auch anstatt von einer einzigen und unveränderlichen Kapitallogik auszugehen, die mögliche Parallelexistenz mehrerer konkreter, kontingenter und konkurrierender Kapitallogiken angenommen (Jessop 2008: 33). Bezogen auf den Nationalstaat sind auch verschiedene hegemoniale Projekte denkbar, wobei sich die Gestalt von Hegemonie immer aus dem Zusammenspiel von strukturellen

Verfestigungen und Handlungen ergibt (vgl. Jessop 2008: 34). Bob Jessop verwendet sogar den Begriff der strukturellen Determinierung. Diese wird aber nicht als essentialistische Festlegung, sondern als materielle Verdichtung von (vergangenen) Strategien aufgefasst:

“In turn the moment of structural determination should be considered as the crystallisation or material condensation of past strategies (both successful and unsuccessful).” (vgl. Jessop 2008: 34)

Die Ausarbeitung von Klassenstrategien hängt dabei von den gerade existenten Formen von Klassendominanz ab. Struktur und Handlung hängen also dialektisch zusammen, das *eine* trägt jeweils Elemente das *anderen* in sich. Auf diese Weise wird bei Jessop der Begriff der Struktur zu einem Synonym für eine meist über eine lange Zeitspanne sich erstreckende materiell besonders verdichtete Strategie (wobei eine Strategie natürlich in dem Kontext nicht als Partikularmaßnahme, sondern bereits als Ergebnis hegemonialer Auseinandersetzungen verstanden wird).

„In this context I would like to suggest that the alternative logics of capital should be examined in terms of competing accumulation strategies and that the field of class struggles should be examined in terms of competing hegemonic projects.“ (Jessop 2008: 34)

Das Grundproblem vieler handlungs- oder klassentheoretischer Überlegungen ist die mangelnde Beantwortbarkeit der Frage, wie die relative Kohärenz kapitalistischer Strukturen zu erklären ist. Gerade in diesem Punkt liegt die Stärke des hier diskutierten Ansatzes. Obwohl der Begriff der strategischen Selektivität speziell für die Analyse des Staates entwickelt wurde, hat der Ansatz also aufgrund seiner Fokussierung auf gesellschaftliche Strategien das Potential, eine theoretische Grundlage zur Erklärung der relativ kohärenten Zielrichtung kapitalistischer Vergesellschaftung *generell* zu bieten. Die Frage, wie und warum bestimmte Institutionen und politische Formen eine relative Beharrlichkeit und Widerstandsfähigkeit gegenüber unmittelbar einwirkende Kräfte entwickeln, wird also unter Zuhilfenahme systemtheoretischer Überlegungen beantwortet (vgl. Jessop 2008: 44).

Den Kern des Ansatzes bildet die Vorstellung von

„[...] structurally-inscribed strategic selectivities [...] and the capacity of social forces to engage in strategic context analysis and pursue strategies that are more or less well adapted to these selectivities – including strategies oriented to circumventing and/or modifying their associated constraints.” (Jessop 2008: 36).

Ein hegemoniales System ist demnach ein System strategischer Selektivität, das bestimmte soziale Kräfte und ihre angewendeten Strategien privilegiert, während es andere marginalisiert, bzw.

„[...] a system whose structure and modus operandi are more open to some types of political strategy than others.“ (Jessop 2008: 36).

Auch die Identität von Akteuren (etwa die Klassenidentität) ist nicht ex-ante vorgegeben und (ver-)formt sich relational durch das Zusammenspiel zwischen den bereits bestehenden Strukturen und den Strategien sozialer Kräfte, die sich auf diese Strukturen beziehen. Obwohl also Jessop letztendlich die Verbindung zwischen Struktur und Handlung als rekursiven Zusammenhang zwischen diesen beiden Kategorien auffasst, lehnt er herkömmliche Handlungstheorien, die in ähnlicher Weise argumentieren, als ahistorisch ab, da Strukturen nur in einem größeren zeitlich-räumlichen Kontext zu begreifen sind (vgl. Jessop 2008: 42): Die Vorstellung strategisch-relationaler Zusammenhänge und der ihnen eingeschriebenen Selektivitäten erlaubt es, Klassen und Klassenhandeln und auch das „Kapitalverhältnis“ als solches so zu erklären, dass der Anschluss an die gramscianische Theorietradition gefunden wird, vor allem behält der Ansatz die nötige Offenheit zur Erklärung sozialen Wandels:

„[...] structures are strategically rather than structurally selective, there is always scope for actions to overflow or circumvent structural constraints“ (Jessop 2008: 47).

Durch die Anwendung bestimmter Strategien (also auch Strategien, die auf eine Transformation des bestehenden Systems abzielen) können soziale Kräfte eine Veränderung in der Problemwahrnehmung erwirken und die gerade als gültig geltenden Wissensformen und Deutungen erschüttern und schließlich neue prägen.

Diese Prozesse sind unter Einbezug diskurstheoretischer Überlegungen genauer zu erfassen (siehe unten). Die Veränderungen können sich schließlich auch institutionell verdichten, etwa in dem sie in eine politische Form überführt werden (indem etwa ein Gesetz verabschiedet wird). Auf diese Weise erlangen sie eine besondere Stabilität und auch eine besondere „diskursive Materialität“, sie werden zu gültigem hegemonialen Wissen. Sobald sich Strategien auf diese Weise verdichtet haben, ist es für alle Akteure, die strategische Interessen an der Veränderung oder Stabilisierung des hegemonialen Systems haben, notwendig, ihre eigenen Strategien unter Berücksichtigung dieses gültigen (hegemonialen) Wissens zu formulieren. Das, was als „legitimes Interesse“ eines Akteurs in einem Konflikt bezeichnet werden kann, wird durch die strukturellen Ermöglichkeiten und Zwänge des hegemonialen Systems selbst, sowie durch das Handeln anderer Akteure, die ihr Handeln ebenso strategisch koordinieren müssen, bis zu einem gewissen Grad vorgegeben. Die Interessen, die als Konsequenz der Ausübung von Macht durch das hegemoniale System entweder gefördert oder behindert werden, sind somit also auch unter strategisch relationalen Gesichtspunkten zu betrachten (vgl. Jessop 2008: 44).

Das auf die Ermöglichkeiten und Zwänge reagierende Handeln der einzelnen Akteure trägt wiederum zur strukturellen Verfestigung bzw. zur generellen Reproduktion der Selektivitäten bei. Dennoch ist der genaue Verlauf und die Entwicklung des Zusammenhanges von Handlungen und ihren Effekten auf das hegemoniale Projekt aber ex ante niemals genau prognostizierbar, es gibt auch kein absolut rationales Handeln („[...] failure is an ever-present possibility“, Jessop 2008: 47).

5. HEGEMONIE UND DISKURS

5.1. Die Einführung des Diskursbegriffes

Die Zusammenhänge zwischen Akteurshandeln, Strategien und Strukturen werden in der von Jessop präsentierten Theorie zwar präzise eingeführt und exakt aufeinander bezogen, bleiben aber insgesamt eher abstrakt und theoretisch. Es geht ihm nicht so sehr darum, aufzuzeigen, wie die einzelnen Akteure ihre hegemonialen Kämpfe austragen. Diese Feststellung ist kein Kritikpunkt an der theoretischen Arbeit. Im politischen Alltag geht es Akteuren vor allem darum, gute und schlagkräftige Strategien zu entwickeln, um die eigenen Interessen und die eigene Position im Vergleich zu anderen als die bessere (die neuere, die durchdachtere und zukunftssträchtiger etc.) darzustellen. Und es muss der Öffentlichkeit vor allem überzeugend erklärt werden können, warum diese Position nicht nur das bestmögliche für diejenigen bringt, die die Position lancieren, sondern letztendlich für alle (etwa wenn es darum geht Parlamentswahlen zu gewinnen, etc.). Die Herausforderung besteht vor allem darin, Argumente zu finden, warum die vertretene Position auch für andere Akteure und Gruppierungen die beste ist.

In den Begriffen Gramscis wird eine Sichtweise hegemonial, wenn sie andere (subalterne) Kräfte und deren Interessen berücksichtigt und in konsistenter Weise in die eigenen Deutungsmuster einbindet. Es geht politischen Kräften darum, eine möglichst widerspruchsfreie Argumentationsstruktur aufzubauen, aus der hervorgeht, warum die „eigene Ansicht“ die bessere ist. Dazu ist es häufig sinnvoll, Begründungen und Argumentationsmuster zu erarbeiten, die erklären, warum die gegnerische Position die schlechtere (ungeeigneter, veraltete, nicht mehr tragfähige, etc.), bzw. allgemein, für das gesamtgesellschaftliche Wohl die ungünstigere ist. Das ist aber unter Umständen nicht einfach: Etablierte Sichtweisen haben aufgrund ihrer permanenten Präsenz und der ständigen Bezugnahmen auf sie durch wichtige Akteure oft fast den Charakter von „Naturgesetzen“ bzw. von nicht hinterfragbaren Wahrheiten. Derartige Wissensbestände haben fast „epistemische Macht“¹⁷ (Brand 2009: 287) und sind relativ widerstandsfähig gegen

¹⁷ Ein Beispiel für ein derartiges hegemoniales Deutungsmuster ist etwa der „Global Governance“ – Diskurs (für eine kritisch-hegemonietheoretische Rekonstruktion siehe Brand 2009: 287-302).

Desartikulationsversuche. Sie sind also insgesamt nur sehr schwer „erfolgreich“ zu attackieren, damit ist gemeint, so zu attackieren, dass es etwa unter mächtigen Akteuren auch zu ernsthaften Debatten über die Gültigkeit dieser Sichtweisen kommt.

Wichtig für das vorliegende Konzept ist vor allem folgender Punkt: Forderungen und Argumente, die besser zu den bereits bestehenden Deutungsmustern passen, erscheinen plausibler und haben eine bessere Chance, dass sie in der Politik „ernst genommen“ werden, d.h. dass sie zu einer breiteren Diskussion führen, dass sie in die „hohe Politik“ Einzug halten, bzw. dass sie schließlich auch Veränderungen erwirken. Andererseits würden Aussagen, Kritikpunkte und Argumente, die zur dominanten Sichtweise in Widerspruch stehen, etwa solche, die ein hegemoniales Projekt in einem tiefgreifenderen Sinn in Frage stellen, vermutlich sehr schnell als utopisch oder unsinnig abgewiesen werden und nicht einmal zu einem für eine potentielle Veränderung notwendigen Diskussionsprozess führen, da sie „undenkbar“ sind, bzw. (nach Foucault „unsagbar“, siehe unten).

Diskurse tragen also Selektivitäten in sich und können zu hegemonialen Diskursen werden, wenn sie erklären können, warum die vertretene Position für die gesamte Gesellschaft, also auch für die subalternen Akteure, die bessere ist, und wenn diese Erklärung auch akzeptiert wird. Zur Analyse konkurrierender Sichtweisen und Deutungen ist es sinnvoll, Einsichten aus anderen sozialwissenschaftlichen Theorien, nämlich aus den Diskurstheorien, zu nutzen. Der Begriff „Diskurs“ wurde zwar bereits mehrfach verwendet, ohne dass aber genau erklärt wurde, was damit gemeint ist. Mit dem Diskursbegriff haben Sozialwissenschaftler ein sehr feines und durchdachtes Instrumentarium zur Analyse politischer Kämpfe entwickelt, daher ist es sinnvoll, den Begriff (als wissenschaftliche Kategorie) genauer zu erklären und an die hegemoniethoretischen Überlegungen anzubinden. Aus diskurstheoretischer Sicht geht es einerseits darum, das Handeln von Akteuren zu untersuchen und zu rekonstruieren, das dafür verantwortlich ist, dass sich dominante Sichtweisen ständig reproduzieren und auf neue gesellschaftliche Bereiche ausbreiten. Andererseits wird auch gefragt, wie dominante Deutungen in Frage gestellt, desartikuliert und schließlich wieder neu – eventuell unter Privilegierung oder Marginalisierung anderer Kräfte– zusammengesetzt werden können. Strategische Selektivitäten im Sinne Jessops (siehe Abschnitt 4.2.) können also unter Verwendung des Diskursbegriffes

erfolgversprechend untersucht werden. Bob Jessop selbst bewegt sich in seiner letzten Phase („The Third Phase in the Strategic-Relational Approach“, Jessop 2008: 47) ebenso in diese Richtung und stellt klar, dass eine Integration diskurstheoretischer Elemente sein Vorhaben bereichern kann: „These ideas [i.e. diskurstheoretische Überlegungen] are fully compatible with, and, indeed, mark an advance within, the strategic-relational approach [...]“ (Jessop 2008: 49).

Dazu bedarf es einer theoretischen Begründung, was unter dem Begriff „Diskurs“ zu verstehen ist: Der Begriff an sich wird in vielen gesellschaftstheoretischen Arbeiten verwendet (einen Überblick liefern Jäger 2001, Keller 2001, 2003, 2004, 2005), bezeichnet aber jeweils unterschiedliches. Von Bedeutung für das hier entwickelte theoretische Konzept ist, dass den Diskursen eine eigene Materialität zugeschrieben wird. Diskurse werden nicht als passive und sprachliche Widerspiegelungen der *einen* realen Welt konzipiert, sondern als artikulatorische Praxen verstanden, welche die soziale Welt aktiv konstituieren und organisieren (vgl. Jäger 2001: 23).

„Diskurse lassen sich als mehr oder weniger erfolgreiche Versuche verstehen, Bedeutungszuschreibungen und Sinn-Ordnungen zumindest auf Zeit zu stabilisieren und dadurch eine kollektiv verbindliche Wissensordnung in einem sozialen Ensemble zu institutionalisieren.“ (Keller 2004: 7).

Von Bedeutung ist die Annahme, dass Diskurse ein „Eigenleben“ führen, also „Materialitäten sui generis“ darstellen (Jäger 2001: 144). Um eine derartige Konzeption sozialer Wirklichkeit einzuführen, ist es notwendig, eine eng gedachte realistische Perspektive (im philosophischen Sinn) zu überwinden. Eine Sichtweise, die in vielen jüngeren kritischen gesellschaftstheoretischen Ansätzen ebenfalls Anerkennung findet (wie etwa bei Bob Jessop, vgl. Jessop 2008). Auch Stephen Gill äußert sich dazu in ähnlicher Weise:

„Of course, we can accept that there is a certain intransigent reality to society and nature (which we can never fully know or explain because of its scale and complexity). Therefore, this reality is to a certain extent independent of, but none the less interdependent with, the process of knowledge production. Further, the truth of social reality is made more intractable because it involves the thought and inter-subjective meanings of individuals who have different forms of self-consciousness.

[...] Our ideas of what is or can be are produced conceptually and our conceptual frameworks are partly produced by the environment or society.” (Gill 1993: 27, 28).

Für die Untersuchung sozialer Prozesse ist also nicht die ohnehin nie zu ergründende eine Realität relevant, sondern die Bedeutungen, die Dingen eingeräumt wird und die das Handeln gesellschaftlicher Akteure anleiten. Diese sind Ergebnis gesellschaftlicher Artikulationen, werden also gesellschaftlich konstruiert. Mit anderen Worten: Im Rahmen einer Hegemonietheorie, wie sie hier beschrieben wird, werden „Wirklichkeiten“ analysiert, die als sozial konstruiert gedacht sind. Diskurse werden also nicht nur als Erscheinungen der gesellschaftlichen Realität betrachtet, sondern erzeugen diese, denn über Diskurse wird um die „richtige“ Sichtweise gerungen (siehe unten). Was welche Dinge bedeuten, wie Dinge zusammenhängen, welche Verbindungen gut oder richtig sind und welche nicht, wird (für einen bestimmten Zeitraum) über diskursive Kämpfe festgelegt.

Unter den auf Gramsci verweisenden AutorInnen bekennen sich Laclau und Mouffe (siehe unten) am Deutlichsten dazu (allerdings aus ihrer eigenen theoretischen Perspektive): Sie setzen das Soziale mit dem Diskursiven gleich (siehe Abschnitt 5.6.). Ein Diskurs ist also nicht, wie es manche (neo-)gramscianischen Arbeiten eventuell intendieren (siehe Abschnitt 5.3.),

„[...]bloßer Teil des ideologischen Überbaus, sondern umfasst sowohl linguistische wie nicht-linguistische Praxen, inklusive ihrer Verfestigung in soziale Institutionen, Strukturen und Funktionen. Diskurs – und darin eingeschlossen: Macht – ist deshalb nicht länger als eine Ebene sozialer Wirklichkeit zu verstehen, sondern wird zum eigentlichen Medium, worin gesellschaftliche Wirklichkeit verhandelt und fixiert wird. (Marchart 2007: 105).

Der folgende Abschnitt setzt sich tiefgreifender mit dem Diskursbegriff und seine theoretischen Hintergründe auseinander.

5.2. Der Diskursbegriff in den Sozialwissenschaften – ein allgemeiner Überblick

Der Diskursbegriff als wissenschaftliche Kategorie hat seine Wurzeln im französischen Strukturalismus und Poststrukturalismus ab Mitte der 1950er Jahre. An die Sprachtheorie von Ferdinand de Saussure anschließend versteht der Strukturalismus¹⁸ unter „Diskurse [...] abstrakte und objektive Regelstrukturen.“ (Keller 2004: 14). Ab Mitte der 1960er Jahre distanzieren sich einige Strukturalisten von diesem Diskursverständnis und beschäftigen sich mit dem Bezug „(abstrakte[r]) symbolische[r] Ordnungen“ (Keller 2004: 14) zur konkreten sozialen Welt. Die Strukturalismuskritik problematisiert vor allem den wissenschaftliche Objektivismus, die Ahistorizität und die Abstraktion vom Handeln sozialer Akteure (von Produzenten und Rezipienten von Wissen), sowie von konkreten gesellschaftlichen Ereignissen (wie sozialen Praktiken), was schließlich zur Entstehung weiterer sehr unterschiedlicher Ansätze führt, die unter der Bezeichnung Neo- und Poststrukturalismus¹⁹ auftreten (vgl. Keller 2004). Gemeinsam ist all den genannten Strömungen und Ansätzen, dass Diskurse als Systeme von Zeichen verstanden werden und dass einzelne Zeichen weder beliebig mit Bedeutungen versehen werden können (da es sonst keine „sinnvolle“ Verständigung gäbe), noch als einfache sprachliche Abbildungen real existenter Phänomene zu begreifen sind. Weitgehend Einigkeit besteht auch in der Annahme, dass den Verbindungen der einzelnen Zeichen Regelstrukturen zugrunde liegen (vgl. Keller 2004).

In den 1980er Jahren hat der so genannte „linguistic turn“ (die linguistische Wende) auch die Sozialwissenschaften erreicht, wobei die damit zusammenhängenden Neuerungen in vielen Arbeiten über die schlichte Analyse von Sprache hinausgeht: Die soziale Welt wird über „kollektiv erzeugte symbolische Sinnsysteme oder Wissensordnungen“ (Keller 2007: 7) vermittelt. Allerdings unterscheiden sich die „verschiedenen Paradigmen [...] nach dem theoretischen, methodischen und empirischen Stellenwert, den sie dieser Einschätzung einräumen.“ (Keller 2007: 7). Zur Bezeichnung von kollektiven Wissensordnungen und (Be-)Deutungssystemen hat sich also der Begriff des Diskurses etabliert. Allerdings hat er abhängig vom

¹⁸ Vertreter sind Claude Lévi-Strauss, Jacques Derrida, u.a. (siehe Keller 2004: 16)

¹⁹ Roland Barthes, Michel Foucault, Pierre Bourdieu, Louis Althusser und Jacques Lacan sind als Begründer dieser Entwicklung zu nennen (vgl. Keller 2004).

jeweiligen sozialwissenschaftlichen Paradigma sehr unterschiedliche Bedeutungen, was mit den verschiedenen erkenntnistheoretischen Fundamenten der einzelnen Paradigmen zusammenhängt. Beispielweise haben Diskurse für bestimmte (neo-)marxistische Ansätze, die die soziale Welt nach den „Plänen von Kapitaleliten“ konstruiert sehen (siehe oben), vor allem die Bedeutung von Strategien zur Täuschung der Subalternen, während sie in anderen Ansätzen als Synonym für Gesellschaft stehen (siehe dazu Laclau 2007, Laclau/Mouffe 1991).

Allgemein gilt:

„Der Bezug auf den Begriff Diskurs erfolgt dann, wenn sich die theoretischen Perspektiven und die Forschungsfragen auf die Konstitution und Konstruktion von Welt im konkreten Zeichengebrauch und auf zugrunde liegende Strukturmuster oder Regeln der Bedeutungs(re-)produktion beziehen. Diskurse lassen sich als mehr oder weniger erfolgreiche Versuche verstehen, Bedeutungszuschreibungen und Sinn-Ordnungen zumindest auf Zeit zu stabilisieren und dadurch eine kollektiv verbindliche Wissensordnung in einem sozialen Ensemble zu institutionalisieren.“ (Keller 2004: 7).

Die theoretischen Bestimmungen des Diskursbegriffes unterscheiden sich ebenso nach dem Forschungsinteresse. Aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive sind – ganz allgemein - Kämpfe sozialer Akteure um Deutungsmacht, bzw. - noch allgemeiner - die Konstruktionsprozesse symbolischer Ordnungen von Interesse²⁰, egal wie Macht- und Herrschaftsverhältnisse zwischen Akteuren (soziale Gruppen oder Klassen) in den einzelnen Ansätzen theoretisch begründet werden. Es wird davon ausgegangen,

„...dass soziale Akteure in kollektiven Interpretationsprozessen interaktiv Wirklichkeitsdefinitionen und symbolische Ordnungen aushandeln. Letztere sind dann als gesellschaftlich stabiler Wissens- und Deutungsvorrat den Handelnden und ihrem Zeichengebrauch immer schon vorgängig.“ (Keller 2004: 34).

²⁰ so etwa bei Pierre Bourdieu und den diskurstheoretischen Auslegungen seiner Sozialtheorie oder bei dem so genannten „symbolischen Interaktionismus“ (vgl. Keller 2004).

Das Aushandeln von Wirklichkeitsdefinitionen wird bei den meisten AutorInnen aber nicht nur als von den Akteuren bewusst gelenkter Prozess verstanden, der zielgerichtet die endgültige Fixierung bestimmter Bedeutungsmuster in einem sozialen Ensemble verfolgt.

Eine besondere Forschungsperspektive nehmen AutorInnen ein, die primär an der Strukturierung von Wissen interessiert sind, wie der französische Philosoph Michel Foucault, der gemeinhin als sehr wichtiger Impulsgeber für die Diskurstheorien gesehen wird (vgl. Keller 2001, 2004; Jäger 2001). Laut Foucault entwickelt jeder gesellschaftliche Bereich Regeln und Gesetzmäßigkeiten, die vor allem sprachlich vermittelt werden. Obwohl Foucault es (über weite Zeitstrecken seines Schaffens) nicht primär als seine Aufgabe angesehen hat, die Entstehung von Diskursen oder diskursiven Praktiken mit Theorien über die Gesellschaft zu verbinden (vgl. Lemke 1997), können von den Werken Foucaults wichtige Überlegungen abgeleitet werden, wie Wissen formalisiert und strukturiert ist (siehe unten).

5.3. Der gramscianische Diskursbegriff

Gramsci antizipiert Zusammenhänge, die auch für viele diskurstheoretische Ansätze von Bedeutung sind. Er begreift Sprache als Träger zur Vermittlung einer Weltanschauung. Seine Gedanken zur Rolle der Intellektuellen, die für die Universalisierung von Ideologien zuständig sind, zum so genannten „Alltagsverstand“ (vgl. Jehle 2004: 165) und zur „passiven Revolution“ und insbesondere zur Integration subalternen gesellschaftlicher Gruppen in das hegemoniale Projekt sind den Überlegungen sehr ähnlich, die in den Diskurstheorien eine Rolle spielen. Der hegemoniethoretische Ansatz Laclaus und Mouffes basiert sogar auf einer diskurstheoretischen Neuinterpretation der Texte Gramscis (siehe unten) und hat zum Ziel, eine (sich auf Gramsci beziehende) Hegemoniethorie diskurstheoretisch zu reformulieren. Aber auch in vielen anderen der bereits diskutierten (neo-)gramscianischen Arbeiten wird der Begriff „Diskurs“ verwendet. Wofür er in den einzelnen Ansätzen konkret steht, ist aus dem Kontext ableitbar, meist aber für (vor allem sprachlich-vermittelte) Strategien der Eliten zum Ausbau des hegemonialen

Projektes (Scherrer 1998a: 166, vgl. Bieling/Deppe 1996: 3). Bei Stephen Gill finden sich Stellen, wo der Begriff fast den Charakter eines von den Eliten entworfenen Rezeptes zur Gestaltung der Gesellschaft erhält:

„New constitutionalism [...] may have become the de facto discourse of governance for most of the global political economy. This discourse involves a hierarchy of pressures and constraints on government autonomy that vary according to the size, economic strength, form of the state and civil society and prevailing national and regional institutional capabilities [...]“ (Gill 2003: 134-135).

5.4. Michel Foucault – die Formationsregeln von Wissen und der Diskurs

Foucaults Interesse galt weniger der theoretischen Erfassung gesellschaftlichen Handelns²¹, sondern den Formationsregeln von Wissensordnungen, wobei er sich vom Strukturalismus distanziert. Foucault gilt als Ideenspender für viele diskurstheoretische Arbeiten. Er selbst will sich einer paradigmatischen Zuordnung entziehen und wehrt sich gegen Versuche, zugeordnet zu werden (vgl. Lemke 1997), was einen Bezug auf Foucault über paradigmatische Grenzen hinweg erleichtert (vgl. Jäger 2001, Keller 2004). Foucault selbst spricht eine offene Einladung aus, seine Bücher als „kleine Werkzeugkisten“ (Foucault 1976: 53) zu sehen, aus denen sich die Leute beliebig bedienen können, um mit den darin enthaltenen Ideen „Machtsysteme kurzzuschließen, zu demontieren oder zu sprengen“ (Foucault 1976: 53).

Zunächst noch stark vom Strukturalismus geprägt interessiert sich Foucault für Regelstrukturen innerhalb gesellschaftlicher und vor allem wissenschaftlicher Teilgebiete. Er durchsucht dazu unterschiedliche diesen Gebieten zugrunde liegende Wissensvorräte und identifiziert innerhalb bestimmter geschichtlicher Epochen disziplinäre Grenzen überschreitende Grundmuster, bzw. Gemeinsamkeiten, die er Episteme nennt (vgl. Keller 2004). Diese Regelstrukturen, die Foucault als diskursive Formationen bezeichnet, determinieren, was richtig und falsch, denkbar oder

²¹ zumindest die meiste Zeit seines theoretischen Schaffens (siehe unten).

undenkbar, sagbar oder nicht sagbar ist, bzw. was von wem wie gesagt oder nicht gesagt werden darf. Die Regeln, von Foucault auch als „Formationsregeln“ bezeichnet, „strukturieren, welche Aussagen überhaupt in einem bestimmten Ort erscheinen können“ (Keller 2004: 45). Sie sind innerhalb dieser Epoche mehr oder weniger stabil, aber nie vollständig fixierbar, sondern in historisch kontingenter Form veränderbar. Gerade für die zeitlichen Veränderungen interessiert sich Foucault besonders. Dementsprechend bezeichnet er seine geschichtlichen Analysen von Wissensformationen als „Archäologie des Wissens“ (Foucault 1973). Mit der Annahme kontingenter Weiterentwicklungen der Regelstrukturen von Wissen richtet sich Foucault auch gegen Geschichtsphilosophien, die einen linearen und objektiv feststellbaren Fortschritt in den Wissenschaften annehmen (vgl. Keller 2004).

Unter einer „Analyse von Positivitäten“ versteht Foucault das Aufzeigen von Regeln²², nach denen „eine diskursive Praxis Gegenstandsgruppen, Äußerungsmengen, Begriffsbündel und Serien theoretischer Wahlmöglichkeiten bilden kann“ (Foucault 1973: 258). Durch konstruierte Verknüpfungen von Bedeutungen werden Regeln abgeleitet, die Wissen strukturieren, die Wissen von Nichtwissen und „anerkannte Wahrheiten“ von „denunziertem Irrtum“ (Foucault 1973: 258) trennen. Dementsprechend versteht Foucault unter Wissen auch die „Menge von einer diskursiven Praxis regelmäßig gebildeten und für die Konstitution einer Wissenschaft unerlässlichen Elemente“ (Foucault 1973: 259). Wissen ist nach Foucault „das, wovon man in einer diskursiven Praxis sprechen kann“ (Foucault 1973: 259). Foucault nimmt an, dass sich „Wissen durch die Möglichkeiten der Benutzung und der Aneignung, die vom Diskurs geboten werden, definiert“ und dass es „kein Wissen ohne definierte diskursive Praxis [gibt]“ (Foucault 1973: 259).

Diskurse sind also auch für Foucault – gemäß der im Poststrukturalismus vorherrschenden Sicht- keine sprachlichen Abbildungen real existierender Objekte, sondern Praktiken, „die systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen“ (Foucault 1973: 74). Sie sind eine theoretische Kategorie des Regelwerkes. Der Schwerpunkt in Foucaults Arbeit besteht vor allem in der Rekonstruktion der Eigenschaften von Diskursen: Die Entstehung, Verbreitung und

²² Zur Analyse von Formationsregeln schlägt Foucault vor, nach Klassifikationsbedingungen der von Diskursen erzeugten Gegenstände zu fragen, nach dem Zusammenhang zu Subjektpositionen und wie von diesen ausgehend auf einen Diskurs Einfluss genommen wird, sowie nach dem Aufbau von Argumentationsmustern und nach den Außenbezügen eines Diskurses, d.h. danach, wie sich ein Diskurs zu anderen verhält und wie er nicht-diskursive Praktiken beeinflusst (vgl. Keller 2004: 46).

Transformation von Diskursen, bzw. ebenso die Desartikulation und das Verschwinden alternativer Diskurse hängen für Foucault mit Machtwirkungen zusammen. Zur Erklärung der Zusammenhänge zwischen Wissen, Macht und der Formierung von Subjekten und Identitäten hat Foucault eine eigene Analytik entwickelt (siehe Abschnitt 5.5.). In seiner Inauguralvorlesung am Collège de France stellt Foucault klar, dass

"[...] in jeder Gesellschaft die Produktion des Diskurses zugleich kontrolliert, selektiert, organisiert und kanalisiert wird- und zwar durch gewisse Prozeduren, deren Aufgabe es ist , die Kräfte und die Gefahren des Diskurses zu bändigen, sein unberechenbar Ereignishaftes zu bannen, seine schwere und bedrohliche Materialität zu umgehen. In einer Gesellschaft wie der unseren kennt man sehr wohl Prozeduren der Ausschließung [...]." (Foucault 1991: 10-11).

"Diskurs ist nicht bloß das, was die Kämpfe oder die Systeme der Beherrschung in Sprache übersetzt: er ist dasjenige, worum und womit man kämpft; er ist die Macht, deren man sich zu bemächtigen sucht." (Foucault 1991: 11).

Folgende Fragen sind im Rahmen konkreter Untersuchungen zu klären: Wie versuchen einerseits politische Kräfte den hegemonialen Charakter bestimmter Deutungsmuster zu konservieren und sie gegen antagonistische Angriffe zu verteidigen? Wie werden andererseits Diskurse und Teile von Diskursen attackiert, also wie werden einzelne Bedeutungszusammenhänge, aus bestehenden diskursiven Verbindungen gelöst, wie wird versucht, sie neu zusammenzusetzen, welche Kräfte sind dafür verantwortlich und welchen Kräften nützt eine Neuzusammensetzung? (Diese Überlegungen spielen in einem anderen Ansatz eine besonders wichtige Rolle, nämlich in der Hegemonie- bzw. Diskurstheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, siehe Abschnitt 5.6.).

Für den hier erarbeiteten theoretischen Weg ist folgende Überlegung Foucaults von besonderem Interesse: Foucault betont, dass Diskurse stabile Gebilde sind, da den Diskursen selbst Stabilisierungstechniken eingeschrieben sind:

"Es ist immer möglich, daß man im Raum eines wilden außen die Wahrheit sagt; aber im Wahren ist man nur, wenn man den Regeln einer diskursiven Polizei gehorcht, die man in jedem seiner Diskurse reaktivieren muß. Die Disziplin ist ein Kontrollprinzip der

Produktion des Diskurses. Sie setzt ihre Grenzen durch das Spiel einer Identität, welche die Form einer permanenten Reaktualisierung der Regeln hat." (Foucault 1991: 25).

Es ist also notwendig, die dem Diskurs zugrunde liegenden Regeln zu kennen, zu beachten, sowie anwenden zu können und zu dürfen, um in einem Diskurs überhaupt wahrgenommen zu werden. Was wahr oder nicht wahr ist, wird also über den Diskurs bzw. dessen Regelsystem entschieden:

"Innerhalb ihrer Grenzen kennt jede Disziplin wahre und falsche Sätze, [...] der Irrtum kann nur innerhalb einer definierten Praxis auftauchen und entschieden werden. [...] Ein Satz muß also schwierigen und komplexen Erfordernissen [d.h. den Erfordernissen, die durch die Regeln der jeweiligen Disziplin gegeben sind, Anm. S.S.] entsprechen, um der Gesamtheit einer Disziplin angehören zu können. Bevor er als wahr oder falsch bezeichnet werden kann, muß er [...] im Wahren sein." (Foucault 1991: 24).

Foucault betont auch, dass Diskurse durch eine weitere Prozedur, nämlich durch die Selektion der sprechenden Subjekte abgesichert werden. In diesem Fall geht es darum,

"[...] die Bedingungen ihres Einsatzes [gemeint: der Diskurse] zu bestimmen, den sprechenden Individuen gewisse Regeln aufzuerlegen und so zu verhindern, dass jedermann Zugang zu den Diskursen hat: Verknappung diesmal der sprechenden Subjekte. Niemand kann in die Ordnung des Diskurses eintreten, wenn er nicht gewissen Erfordernissen genügt, wenn er nicht von vornherein dazu qualifiziert ist. Genauer gesagt: nicht alle Regionen des Diskurses sind in gleicher Weise offen und zugänglich; einige sind stark abgeschirmt (und abschirmend), während andere fast allen Winden offenstehen und ohne Einschränkungen jedem sprechenden Subjekt verfügbar erscheinen." (Foucault 1991: 27).

In Gramscis Konzeption wären es vor allem die organischen Intellektuellen, die mit bestimmten Qualifikationen und Ermächtigungen ausgestattet sein müssen, um ihre Funktion als Gestalter der Hegemonie ausüben zu dürfen (vgl. Jehle 2004). Nach der Theorie Jessops (siehe oben) wären diese von Foucault beschriebenen Regeln, die „Prozeduren der Ausschließung“, und die Stabilisierungstechniken, etc. (siehe oben),

als Selektivitäten zu analysieren, die darüber entscheiden, welche Interessen welche Kräfte wie privilegiert und welche marginalisiert werden (siehe Abschnitt 4.2.).

Eine exakte und endgültige Definition des Begriffes „Diskurs“ gibt es bei Foucault nicht, seine Bedeutung ist einmal weiter ein anderes Mal enger gefasst (vgl. Foucault 1973). Am ehesten könnte man Diskurse als Menge von Aussagen bezeichnen, die sich nicht nur auf Sachverhalte beziehen, sondern als Praxen die Sachverhalte konstituieren und ordnen. Diskurse haben einen ambivalenten Charakter: Sie sind also sowohl Aussagesysteme als auch deren eigene Strukturierungsprinzipie (vgl. Foucault 1973: 74), ihnen ist also eingeschrieben, mit welcher Wahrscheinlichkeit sie sich wie weiterentwickeln.

5.5. Michel Foucault als Hegemonietheoretiker?

5.5.1. Wissen, Macht und Subjekt

Foucaults beschränkt sich weitgehend auf die analytische Deskription historischer Veränderungen von Wissensordnungen, nach gesellschaftlichen Kausalitäten beginnt er erst Ende der 1960 Jahre zu fragen (vgl. Keller 2004: 44), was gewissermaßen als handlungstheoretischer Schwenk gesehen werden kann:

„[...] nichts kann als Wissenselement auftreten, wenn es nicht mit einem System spezifischer Regeln und Zwänge konform geht – etwa mit dem System eines wissenschaftlichen Diskurses in einer bestimmten Epoche, und wenn es nicht andererseits, gerade weil es wissenschaftlich oder rational oder einfach plausibel ist, zu Nötigungen oder Anreizen fähig ist. Umgekehrt kann nichts als Machtmechanismus funktionieren, wenn es sich nicht in Prozeduren und Mittel-Zweckbeziehungen entfaltet, welche in Wissenssystemen fundiert sind.“ (Foucault 1992 zit. nach Jäger 2001: 150).

Das gültige Wissen übt also Macht aus, indem es Handeln anleitet und so gesellschaftliche Machtverhältnisse strukturiert. Das Handeln (das ebenso eine Machtwirkung hat) muss aber auch im Rahmen des gültigen Wissens als legitim und

richtig erscheinen. Foucault sieht Lücken für Veränderungen, da für ihn „Machtzustände [...] immer lokal und instabil sind“. Die Macht geht nicht von den Beherrschern aus, sondern kommt für Foucault „von unten“, pflanzt sich von dort nach oben fort und produziert „den gesamten Gesellschaftskörper durchlaufende Spaltungen [...]“. Die großen Herrschaftssysteme sind Hegemonie-Effekte, die auf der Intensität all jener Konfrontationen aufruhren“ (Foucault 2002: 115). Macht liegt nicht in den Händen von Subjekten, da Subjekte, bzw. ihre Identitäten, erst durch Diskurse konstituiert werden (vgl. Jäger 2001: 155), der Ausübung von Macht liegen aber sehr wohl Absichten zugrunde. Macht ist nach Foucault „keine negative Instanz, deren Funktion in der Unterdrückung besteht“ (Foucault 1978 zit. nach Jäger 2001: 155), sondern eine gestaltende Kraft, ein produktives Netz.

Das Diskursive ist dafür zuständig, das Verhältnis zwischen Individuen und der Gesellschaft so zu ordnen, dass diese für die Individuen akzeptabel wird. Die sich in Taktiken zu erkennen gebende Machtausübung verkettet sich nach Foucault und breitet sich zu Gesamtdispositiven aus (vgl. Foucault 2002: 113-118). Unter Dispositiv versteht Foucault eine Art von Materialisierung und Institutionalisierung des Diskursiven (vgl. dazu Keller 2004: 50). Auch der Staat ist für Foucault derart zu denken. Er ist zwar eine große Form „negativer Macht“, eine einschränkende Macht, die aber für sich nicht existenzfähig wäre, wenn es nicht eine Art „Über-Macht“ gäbe, die „in einer ganzen Reihe vielfältiger, nicht definierter Machtverhältnisse wurzelt“ (Foucault 1978 zit. nach Jäger 2001: 156).

Foucault denkt in seinen Ausführungen Basis-Überbauvorstellungen von mehreren Richtungen kommend, indem er davon ausgeht, dass der Staat als Überbau von einem darüber stehenden Netz von Machtverhältnissen getragen wird, das aber ihre Wurzeln in alltäglichen Machtbeziehungen hat (die strukturierenden Wirkungen, die vom Staat oder der Über-Macht ausgehen, werden dadurch aber nicht grundsätzlich ausgeblendet). Gewisse Ähnlichkeiten zu Poulantzas Theorie (vgl. Jessop 2005, 2008) sowie zu Gramscis Theorie des erweiterten Staates und seinen Gedanken zum so genannten „Alltagsverstand“ (siehe Kap. 2.) sind in Foucaults (vor allem späteren) Arbeiten nicht von der Hand zu weisen und werden vor allem dann offensichtlich, wenn es bei Foucault um die Auseinandersetzung mit dem Staat und um Fragen der politischen Ökonomie geht (siehe unten und vgl. Jessop 2008: 153).

Foucault behauptet, eine anti-marxistische Haltung einzunehmen. Bob Jessop äußert aber Zweifel, ob Foucaults Arbeit tatsächlich als so radikal antimarxistisch zu bezeichnen ist, wie er selbst behauptet. Jessop unterstellt Foucault etwa, (auf Étienne Balibar verweisend) dass er sich umso mehr Marx annähert, je stärker er sich von diesem distanziert (vgl. Jessop 2008: 142).

„Foucault’s work reveals the paradox of an outspoken opposition to official and vulgar Marxist positions and an implicit appropriation and development of Marxian insights.” (Jessop 2008: 141).

“[...] Marx seeks to explain the why of capital accumulation and state power, Foucault’s analyses of disciplinarity and governmentality try to explain the how of economic exploitation and political domination” (Jessop 2008: 154).

Auch wenn Bob Jessop an anderer Stelle sicherstellt, dass „[...] die foucaultsche Epistemologie mit dem Marxismus in der Tat unvereinbar [ist]“ (Jessop 2005: 4, 2008: 142), findet er auch überzeugende Argumente für die vermutete Nähe Foucaults zu (neo-)marxistischen Theorien. Zwischen den Arbeiten von Poulantzas und Foucault²³ findet Jessop „[i]ndeed some fascinating and surprising convergences [...]“ (Jessop 2008: 142). Die erkannten wechselseitigen Annäherungen führen die Autoren selbst allerdings nicht auf gegenseitige Beeinflussungen²⁴ zurück (vgl. Jessop 2005):

„It is particularly interesting to note how they both developed relational approaches to the state, with Poulantzas putting more emphasis on strategy in his later work compared with the earlier period and Foucault becoming more interested in the institutional codification of power relations in the state compared with his earlier emphasis on the micro-physics of power.” (Jessop 2008: 143).

Vor allem die Konstitution des Subjektes durch Machtwirkungen, den relationalen Zusammenhang zwischen Macht und Strategien, sowie Macht und Widerstand (was bei Poulantzas allerdings an gesellschaftliche Klassen gebunden ist), die Konzeptualisierung von Macht als schöpferische Kraft und nicht ausschließlich als

²³ Vor allem in den am Collège de France gehaltenen Reden zwischen 1975 und 1979 kommt das zum Ausdruck (vgl. Foucault 2001, 2004a, 2004b).

²⁴ Poulantzas setzt sich zwar mit Foucault auseinander, bei Foucault sind (laut Jessop 2005) keine Verweise auf Poulantzas zu finden.

repressiv und die Vorstellung, dass auch kleinere gesellschaftliche Kämpfe sich in größere soziale Transformationsprozesse einschreiben können, sind von Bob Jessop erkannte Konvergenzen (vgl. Jessop 2008: 143-145, Jessop 2005).

5.5.2. *Hegemonie als Zusammenspiel von Herrschaftstechniken und "Techniken des Selbst"*

Hegemonie wird aus der Sicht Gramscis vor allem als von der herrschenden Gruppe organisierter Konsens aufgefasst. Es wird primär danach gefragt, wie es den Herrschenden gelingt „*via Konsens zu herrschen*“ (Anderson 1977: 34), die dazu notwendigen Anstrengungen der Subalternen finden zwar Berücksichtigung, werden aber konzeptionell vernachlässigt (siehe Abschnitt 2. und 3.). Foucault nimmt in den Arbeiten, die in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre entstanden sind, wichtige Korrekturen und Weiterentwicklungen seines theoretischen Schaffens vor. Er setzt sich von dieser Zeit an immer mehr mit der Makrophysik der Macht auseinander (vgl. Lemke 2006: 469). Ins Zentrum seines Interesses rückt vor allem die Frage, was Menschen zu Subjekten macht. Zur Untersuchung benennt Foucault drei Analyseebenen, nämlich Wissensformen, Machttechnologien und Selbstformierungsprozesse, eine so genannte „analytische Trias“ (Lemke 2006: 469). Diese drei Kategorien sind systematisch miteinander verknüpft und konstituieren sich wechselseitig (vgl. Lemke 2006: 469). Während es aber bei Gramsci und seinen „theoretischen Nachkommen“ vor allem um die Beziehung zwischen dominanten von Intellektuellen entwickelte Sichtweisen, Strategien zu Universalisierung partikularer Vorstellungen und der Verankerung dieser im Alltagsverstand (vgl. Jehle 2004: 165) geht, tritt bei Foucault die Formierung der Subjekte stärker in den Vordergrund.

Foucault hat zur Erfassung seiner analytischen Kategorien ein spezielles Repertoire an Begrifflichkeiten entwickelt. Zentral ist der sehr weit gefasste Begriff der *Regierung*, der sowohl die Formen der Selbstführung, Fremdführungstechniken oder auch die politische Regierung im eigentlichen Sinne meint. Der Regierungsbegriff soll eine analytische Basis für die Vermittlung zwischen Macht (im Sinne von staatlicher Macht) und Subjektkonstitution bieten. Auch der Begriff der Führung ist bei Foucault gebräuchlich (vgl. Lemke 2006). Es geht also um das

Zusammenwirken von Selbst- und Fremdführung, bzw. von Herrschaftstechniken und „Techniken des Selbst“ (Foucault 2005). Dabei verliert Foucault aber auch den Zusammenhang zwischen diesen Machttechnologien und den Wissensformen nicht aus den Augen und führt zur theoretischen Bezeichnung der wechselseitigen Beeinflussung den Begriff der Gouvernamentalität ein, der vor allem in Foucaults späten Arbeiten einen zentralen Stellenwert einnimmt (vgl. Lemke 2006).

Die theoretische und für die hier angestellten Überlegungen relevante Besonderheit an der Machtkonzeption Foucaults ist, dass sie sich gegen eine simple Dichotomisierung der Kategorien Konsens und Zwang richtet. Auch wenn Foucault die Existenz von Zwängen, im Sinne der Anwendung von Gewalt, auf der einen Seite und Übereinkünfte zwischen Akteuren auf der anderen Seite, als „*Wirkungen und Instrumente von Machtbeziehungen*“ (Lemke 2006: 478) nicht in Frage stellt, geht er dennoch davon aus, dass die beiden Kategorien Machtbeziehungen nicht ausreichend beschreiben. Für ihn entscheidende Grundlage von Machtbeziehungen, ist die Fähigkeit von Akteuren, auf das Verhalten anderer Einfluss zu nehmen. Macht kann im Sinne Foucaults

„[...] auf breiteste Zustimmung stoßen. Sie kann Leichenberge produzieren und bei allen erdenklichen Drohungen Zuflucht suchen. Aber sie ist nicht als solche eine Gewalt, die sich nur versteckt, oder ein Konsens, der stillschweigend verlängert würde. Sie ist ein Ensemble aus Handlungen, die sich auf mögliches Handeln richten, und operiert in einem Feld von Möglichkeiten für das Verhalten handelnder Subjekte. Sie bietet Anreize, verleitet, verführt, erleichtert oder erschwert, sie erweitert Handlungsmöglichkeiten oder schränkt sie ein, sie erhöht oder senkt die Wahrscheinlichkeit von Handlungen, und im Grenzfall erzwingt oder verhindert sie Handlungen, aber stets richtet sie sich auf handelnde Subjekte, insofern sie handeln oder handeln können. Sie ist auf Handeln gerichtetes Handeln.“ (Foucault 2005: 286).

Macht wird dementsprechend auch ausgeübt, wenn Handlungspotentiale nicht nur eingeschränkt, sondern erst geschaffen werden. Macht ist bei Foucault also konzeptionell etwas Konstruktives. In einer begrifflichen Differenzierung grenzt Foucault Machtbeziehungen von *Herrschaftszuständen* ab, worunter er eine „auf Dauer gestellte und mit ökonomischen, politischen oder militärischen Mitteln institutionalisierte Ausübung von Macht“ (Lemke 2006: 480) versteht, also einen Zustand, der bei Gramsci als materiell verdichtete und durch staatlichen Zwang

abgesicherte Form von Hegemonie verstanden wird, nach Gramscis gradueller Einteilung, würde dieser Zustand als bereits sehr "gereifte" Hegemonie bezeichnet werden können. Eine detailliertere Erörterung der foucaultschen Machtanalytik in all ihren Facetten ist in dieser Arbeit nicht vorgesehen. Besonders wichtig für die hier angestellten Überlegungen ist vor allem Foucaults Auseinandersetzung mit einem Zustand, den Antonio Gramsci und seine Epigonen als „Konsens“ bezeichnen. Für Foucault ist das „Einverständnis der Herrschaftsunterworfenen“ weiter erklärungsbedürftig. Die Fragen lauten: *„[W]elche Techniken gewährleisten, dass Machtbeziehungen akzeptiert werden? Durch welche Verfahren wird der Legitimitätsglaube generiert und stabilisiert?“* (Lemke 2006: 481).

Zur Beantwortung dieser Fragen differenziert Foucault den Begriff der Regierungstechniken in weitere Teilbereiche, wie die sachlichen Techniken zur Manipulation und Umformung von Dingen, oder Techniken zur Erzeugung von Sinn (vgl. Lemke 2006: 483). Diese Überlegungen sind im Zusammenhang mit Foucaults Diskursbegriff zu sehen (siehe oben) und können zur Schärfung des Begriffes „Hegemonie“ beitragen. Während also aus einer v.a. (neo-)gramscianischen Perspektive Konsens eher als Ergebnis von Auseinandersetzungen verschiedener politischer Kräfte oder als Ergebnis der Täuschung der Massen verstanden wird, wird aus der foucaultschen Perspektive stärker das Umlenken der Kräfte in eine von dominanten Akteuren gewollte Richtung ins Visier genommen. Dabei geht es um die Art und Weise, wie auf Denkprozesse, Sichtweisen und Werthaltungen Einfluss genommen und damit Realitäten erst geschaffen werden. Nur unter Bezugnahme auf diese Realitäten, bzw. die gerade gültigen „Wahrheiten“ ist es Akteuren möglich, Projekte zu formulieren, die auch im Diskurs „wahrgenommen“ werden. Aus der Sicht Foucaults basiert die gesellschaftliche Formierung auf einer bestimmten verallgemeinerten Lebensweise, dem ein spezifisches Wissensfeld zugrunde liegt, auf das sich sowohl die Herrschenden als auch die Beherrschten beziehen (müssen). Auf diese Weise werden bestimmte Formen der Fremd- und Selbstregierung erleichtert, andere in ihrer Bedeutung eingeschränkt (vgl. Lemke 2006).

5.6. Laclau und Mouffe: Der Versuch einer anti-essentialistischen Reformulierung marxistischer Theorie

5.6.1. Antagonismen, hegemoniale Kämpfe und die Bedeutung des Politischen

Eine sich auf Gramsci beziehende Theorie wurde von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe entwickelt. Sie treten mit dem Ziel an, alle marxistischen Essentialismen durch eine Theorie des Politischen aufzulösen. Die Ankündigung einer antiessentialistischen Reformulierung marxistischer Theorie und einer Neukonzipierung des Zusammenhangs zwischen Strukturen, Subjekten und Diskursen stößt auch auf großes Interesse unter (neo-)marxistischen Autoren (vgl. Demirovic 2007, Jessop 1990, Scherrer 1995).

Im folgenden Abschnitt werden theoretische Ansichten Laclaus und Mouffes in eigenen Begriffen knapp dargestellt, für diese Arbeit bedeutende Zusammenhänge beschrieben, und an die zuvor angestellten theoretischen Überlegungen angebunden. Erst weiter unten wird kurz auf das spezielle und abstrakte begriffliche Repertoire bei Laclau und Mouffe näher eingegangen:

Laclau und Mouffe zufolge sind modernen Gesellschaften keine Strukturen a priori inhärent, wohl aber Antagonismen, die letztendlich "strukturelle Effekte" zeigen. Sie interessieren sich vor allem für hegemoniale Kämpfe und die damit zusammenhängende (immer nur vorübergehende) Bedeutungsfixierung. Die zentrale Frage ist, wie sich Identitäten in politischen Auseinandersetzungen formieren. Laclaus und Mouffes Antwort darauf ist, dass sie sich in diskursiven Artikulationsprozessen herstellen, nämlich durch einen gemeinsamen Bezug „zu etwas“ (vgl. Laclau 2007).

Gesellschaft wird vollständig aus einer konstruktivistischen Perspektive heraus analysiert. Diskurse umfassen alles soziale Geschehen, das Sinn erzeugt, reproduziert oder modifiziert. So gesehen umfasst der Diskursbegriff *alle* sozialen Handlungen. Eine Analyse von Diskursen bedeutet also eine Untersuchung der Konstruktion von Realität(en). Einzelne diskursive Elemente für sich genommen ergeben keinen Sinn, sondern werden erst in Beziehung zu anderen Elementen sinnhaft. Es gibt (in der Theorie) unzählig viele Möglichkeiten einem speziellen Gegenstand Sinn zu verleihen, je nachdem, wie er in ein Sinngefüge eingegliedert

sein soll und in welches. Die Beziehung der diskursiven Elemente zueinander definiert ihre Bedeutung, eine Veränderung dieser Beziehung verändert daher diese diskursiven Elemente selbst und somit das gesamte Bedeutungsgefüge.

Um den Diskursbegriff theoretisch zu erfassen, werden Diskurse als Differenzsysteme bezeichnet. Die Differenzen der einzelnen Elemente eines Diskurses, also das Prinzip ihrer "Inbeziehungsetzung", kann zwar zeitweise mehr oder weniger erfolgreich stabilisiert werden, letzteres ist aber nie vollständig fixierbar. Außerhalb des Diskurses (Laclau und Mouffe verwenden den Begriff des diskursiven "Außen") gibt es antagonistische Kräfte, welche einzelne Elemente nach anderen Prinzipien in Beziehung setzen wollen, was ein gänzlich anderes Bedeutungsgefüge - eine andere hegemoniale Ordnung - bedeuten würde.

Da bestehende hegemoniale Diskurse also immer bedroht sind und immer die Gefahr besteht, desartikulierte zu werden, gibt es Politik, bzw. "das Politische": In politischen Artikulationsprozessen werden bestehende hegemoniale Ordnungen auch gegen antagonistische Angriffe verteidigt und die durch derartige Angriffe entstandenen Beschädigungen des hegemonialen Diskurses wieder „repariert“. Gegenhegemoniale Kräfte versuchen genau das Gegenteil: Sie versuchen - bildlich dargestellt - das hegemoniale Diskursgefüge zu zerstören und die Elemente freizulegen, um sie neu und ihren Intentionen gemäß zusammenzustellen. Das Politische gibt es also deshalb, weil es keine endgültigen Sinnfixierungen gibt. Machtausübung ist dabei entscheidend, da auf diese Weise festgelegt wird, welche von mehreren Möglichkeiten der Bedeutungszuweisung und Sinnfixierung eines Gegenstandes sich (zumindest höchstwahrscheinlich und temporär) durchsetzen wird (vgl. Stäheli 2006). Durch das Treffen von Entscheidungen, das im Bereich des Politischen mehr oder weniger willkürlich²⁵ geschieht, da getroffene Entscheidungen oft nicht klar und logisch zwingend aus der bereits bestehenden Bedeutungsstruktur abgeleitet werden können (siehe unten), "wird eine neue Sinnbeziehung gestiftet und der Diskurs reartikuliert" (Stäheli 2006: 267). Auf diese Art kann ein (dominanter) Diskurs ständig ausgebaut und verfeinert werden, indem neue Elemente in ein Sinngefüge inkludiert werden. Es wird versucht, "[...] den Diskurs als geschlossene Identität darzustellen und auf diese Weise eine neue Hegemonie zu institutionalisieren" (Stäheli 2006: 267). Durch derartige Veränderungen, wie etwa durch die neue Einbindung diskursiver Elemente, verändert sich der gesamte Diskurs

²⁵ „willkürlich“ bedeutet nicht, dass den Entscheidungen keine Absichten zugrunde liegen.

mitsamt den darin enthaltenen Elementen. Das bedeutet also, dass sich die Elemente zueinander modifizieren. Durch Artikulationen werden bestimmte Sinnmomente mit anderen verbunden. Diese Verbindungen sind also kontingent, da es immer mehrere Möglichkeiten gibt, diskursive Elemente aufeinander zu beziehen (vgl. Laclau 2007), manche Verbindungen sind allerdings wahrscheinlicher, wenn sie von bedeutenderen und mächtigeren Akteuren und Akteursgruppen aufgebaut werden. Für die Herstellung der Verbindungen zwischen den diskursiven Elementen ist in Laclaus und Mouffes Theorie also das Politische zuständig (vgl. Stäheli 2006).

Näher zu klären bleibt die Frage, warum es bei aller Kontingenz, die in dieser Theorie eine besonders wichtige Rolle zur Erklärung des "Politischen" spielt, doch zu Hegemonie, also einem Zustand relativ stabiler Bedeutungszuweisungen, kommen kann. Diese Frage wird bei den AutorInnen mit Verweis auf Macht beantwortet: Dominante Deutungsmuster werden also als "machtgestützte Stabilisierung[en] von Bedeutung" verstanden. Macht ist also "konstitutiv für jede soziale Sinnproduktion" (Stäheli 2006: 266) und die Veränderbarkeit von Diskursen hängt von den gegebenen Machtverhältnissen ab (vgl. Stäheli 2006: 266). Um einen Zusammenhang auf eine für eine bestimmte Gruppe gewünschte Weise in einer Deutungsstruktur zu verankern, ist Macht wichtig. Durch die Anwendung von Macht werden alternative Einbindungsoptionen unterdrückt oder desartikulierte. Der dominante Diskurs ist also als Ausdruck eines bestimmten Machtgefüges zu verstehen bzw. hängt die Art, wie sich ein Diskurs verändert oder erweitert von den gegebenen Machtverhältnissen ab. Die Betonung der Kontingenz besagt also nicht, dass eine bestehende Gesellschaftsstruktur ohne weiteres und willkürlich verändert werden kann, sondern bringt vor allem die Ablehnung eines Rekurses auf eine externe Notwendigkeitslogik zum Ausdruck.

In Laclaus neueren Arbeiten stellt er auch klar, dass es Elemente gibt, die weder in den hegemonialen noch in den anti-hegemonialen Diskurs eingebaut sind. Diese Elemente müssen aber nicht immer frei bleiben, da es vorkommen kann, dass eine Gruppe Interesse an der Eingliederung eines derartigen Elementes entwickelt (vgl. Stäheli 2006: 260). Die Veränderbarkeit hegemonialer Ordnungen, bzw. gesellschaftlicher Wandel kann durch die Idee politischer Deutungskämpfe also folgendermaßen erklärt werden: Da Diskurse stets über ein Außen verfügen, also nicht schließbar sind, besteht auch immer die Gefahr, dass antagonistische Diskurse an Bedeutung gewinnen, indem sie bestehende Bedeutungen aus ihrem bisherigen

Gefüge herauslösen und gemäß des gegnerischen Diskurses neu zusammensetzen. Dementsprechend müssen hegemoniale Sinnbeziehungen immer „gepflegt“, gegen antagonistische Angriffe verteidigt oder reartikuliert werden.

Um den Zusammenhalt eines Differenzsystems "abzustecken", gibt es eine fiktive Gesamtbezeichnung für ein diskursives Gefüge, ein imaginäres Außen, das für die Gesamtheit des diskursiven Gefüges steht, bzw. das seine Identität ("behelfsmäßig", vgl. Stäheli 2006: 261) ausdrückt. Dieses fiktive Gesamtsymbol, wird von Laclau und Mouffe als leerer Signifikant bezeichnet (der Begriff wird aus einer anderen theoretischen Strömung, der lacanschen Psychoanalyse, übernommen). Gemeint sind damit Sammelbegriffe für unterschiedliche Diskurse, wie etwa der Begriff „Freiheit“, der von bestimmten politischen Akteuren und Akteursgruppen verwendet wird, um die kapitalistische Umgestaltung verschiedener Gesellschaften zu bezeichnen (vgl. Stäheli 2006: 261). Ein weiteres Beispiel wäre der Begriff "Entwicklung". Aram Ziai setzt sich mit dem Begriff aus einer diskursanalytischen Perspektive auseinander, der gemäß dieser Theorie ebenso als „leerer Signifikant“, als Ordnungs- und Bezeichnungsprinzip eines diskursiven Gefüges betrachtet werden könnte (vgl. Ziai 2006). Um umfangreiche, komplexe und widersprüchliche Zusammenhänge unter einem Außen zu vereinen, darf der leere Signifikant keine spezielle Bedeutung haben, wenn er die Zusammengehörigkeit, die Äquivalenz unterschiedlicher diskursiver Momente symbolisieren soll (vgl. Stäheli 2006: 262). Anders ausgedrückt: "Der leere Signifikant erfüllt die Aufgabe, mittels einer Partikularität die Universalität des Diskurses zu repräsentieren" (Laclau 1996: 53 zit. nach Stäheli 2006: 262).

"Der leere Signifikant steckt einen Horizont des Systems ab und ermöglicht die [temporäre] Fixierung der Bedeutung von anderen Signifikanten. Indem auf diese Weise eine den Diskurs organisierende Perspektive erzeugt wird, können unterschiedliche Signifikanten aufeinander bezogen werden: was zuvor zusammenhangslos anmutete, kann nun z.B. unter der Freiheitsperspektive als miteinander verknüpft betrachtet werden. Durch seine organisierende Funktion produziert der leere Signifikant die Grenze eines diskursiven Systems. Der so abgesteckte Horizont bestimmt, was gedacht werden kann und was ausgeschlossen ist. Nur wenn ein Außen von einem Innen unterschieden werden kann, nur wenn 'wir' uns von 'den anderen' unterscheiden, können wir von einem Diskurs sprechen." (Stäheli 2006: 262).

Der leere Signifikant steckt also den Diskurs ab und gibt für das Innere des Diskurses dem Außen, dem Unrepräsentierbaren, eine Bezeichnung. Durch ihn ist es möglich, dass ursprünglich kaum zusammenhängende diskursive Elemente aufeinander bezogen und in ein Sinngefüge eingegliedert werden: Um beim obigen Beispiel zu bleiben: Das Außen sind dann "die Anderen", etwa diejenigen, die "Freiheit verhindern wollen", um nochmals auf das von Stäheli (2006: 263) genannte Beispiel zurückzukommen. Durch Bezug auf dieses Außen kann die Identität im Inneren erst existieren, sie wird also über einen antagonistischen Bezug zum Außen hergestellt und Interessen von verschiedenen Gruppen konstituieren sich so erst. "Keine der beiden Konfliktparteien existiert unabhängig von der anderen Seite, sondern bestimmt sich über den Gegner." (Stäheli 2006: 263). Auf diese Weise wird versucht, zu zeigen, dass unterschiedliche Gruppeninteressen im Gegensatz zur marxistischen Sichtweise nicht aus ex-ante vorherrschenden Strukturen, etwa dem Kapitalverhältnis, ableitbar sind, sondern aus den Antagonismen selbst.

Antagonismen und Politik sind in dieser Theorie sehr eng miteinander verknüpft: Aufgrund der Unentscheidbarkeiten in einem Diskurs (der Zusammenhang wird von Laclau als Dislokation bezeichnet, vgl. Stäheli 2006) gibt es Antagonismen und daher auch die Politik, also den Kampf um die gewünschte Einbindung von Sinnelementen in ein Bedeutungsgefüge. Das Politische wird verstanden als „Ensemble jener Entscheidungen, die auf einem unentscheidbaren Terrain getroffen worden sind, d.h. einem Terrain, für welches Macht konstitutiv ist.“(Laclau 1996: 103 zit. nach Stäheli 2006: 265).

5.6.2. Der Subjektbegriff bei Laclau und Mouffe

Eine Frage, die bislang noch nicht aufgeworfen wurde, ist, wer in dieser Theorie für die Reproduktion von Diskursen zuständig ist, oder "wer das Subjekt hegemonialer Prozesse" (Stäheli 2006: 268) ist. Bei Laclau und Mouffe stehen den verschiedenen Diskursen, bzw. den verschiedenen Einbindungsvarianten (diskursiver) Gegenstände in zusammenhängende Deutungsstrukturen, ebenso eine Vielfalt an Subjektpositionen gegenüber, die nicht eindeutig mit den Diskursen korrelieren: "Kein Subjekt kann auf eine dieser Positionen reduziert werden, sondern nimmt z.B.

gleichzeitig mehrere ein." (Stäheli 2006: 268). Das Subjekt ist in dieser Theorie dafür zuständig, Unentscheidbarkeiten aufzulösen und Elemente in eine diskursive Struktur einzubinden. Das geschieht aber mehr oder weniger kontingent, das Handeln wird also nicht in Bezug auf eine externe Rationalität gedacht. Subjekte werden also in theoretischer Übereinstimmung zur Unentscheidbarkeit, die das Politische erst ermöglicht, konzipiert. Subjektpositionen sind nur im Spannungsgefüge zwischen der Identifikation mit einer diskursiv erzeugten Identität und ihrer permanenten Unabschließbarkeit, ihrer Umkämpftheit, zu denken. Anders formuliert: Wenn die Stabilisierung von Bedeutung ein für alle Mal gelänge, würde es keine Politik und keine Subjekte mehr geben, da diese dann überflüssig wären. Wenn es überhaupt keine auch nur temporäre Sinnfixierung gäbe, gäbe es keine Diskurse, keine Identitäten und ebenso keine Subjekte. Der Subjektbegriff ist also nur korrespondierend mit dieser Konzeption, mit der machtgestützten und nur temporären Stabilisierbarkeit von Bedeutungen, zu denken (vgl. Laclau/Mouffe 1991: 61). Subjekte sind also dafür zuständig, durch ihr Handeln Bedeutungskonstellationen zu reproduzieren, zu erweitern, oder zu modifizieren.

5.6.3. Erklärung wichtiger Begriffe und Zusammenhänge

Bei der Auseinandersetzung mit der Theorie ist es wichtig, zu berücksichtigen, dass die AutorInnen die Bedeutungen ihrer Begriffe aus ihrer eigenen Argumentation her ableiten: Laclau nimmt, eine - wie er es nennt, „Ambiguität im marxistischen Geschichtsverständnis“ (Laclau 2007: 25) zum Ausgangspunkt für seine theoretischen Auseinandersetzungen. Diese glaubt er in der Unverträglichkeit der objektiven „Notwendigkeitslogik“ der auf den Systemen der Produktionsverhältnisse beruhenden marxistischen Geschichtstheorie mit der Klassenkampftheorie, der Überlegung also, dass die Geschichte als Resultat des Ergebnisses von Klassenkämpfen zu begreifen sei, zu sehen (vgl. Laclau 2007).

Die „Krise des Marxismus“ resultiere dementsprechend aus der Unvereinbarkeit beider Sichtweisen. Die Konsequenz daraus ist eine radikale Ablehnung der externen Notwendigkeitslogik des Marxismus und aller essentialistischen Festsetzungen. Diese Verwerfung argumentiert Laclau, indem er

auf die theoretischen Ungereimtheiten der Arbeitswerttheorie verweist und die in ihren Ausführungen nicht eindeutig begründbare „Komplexität gesellschaftlicher wie politischer Identitäten“ als Indiz für den Widerspruch zu der „engen klassenbasierten Perspektive“ (Laclau 2007: 26) des Marxismus sieht. Eine Gesellschaftstheorie, die auf der marxistischen Dialektik beruht ist aus ihrer Sicht abzulehnen; nicht aber die „zweite [marxistische] Sichtweise, die der rigiden Vorstellung gesellschaftlicher Beziehungen die Zentralität gesellschaftlicher Antagonismen – in Marx' Begriffen: den Klassenkampf – entgegenstellt“ (Laclau 2007: 26). Allerdings geht es Laclau und Mouffe nicht primär darum, den Klassenkampf in der marxistischen Theorie aufzuwerten. Ihr theoretischer Anspruch liegt vielmehr darin, sämtliche *essentialistische Apriorismen* (vgl. Laclau/Mouffe 1991: 241) zurückzuweisen. Als solchen lehnen sie die marxistische Vorstellung ab, die politische Identität und das Handeln sozialer Akteure wären auf externe Strukturen rückführbar. Also muss auch die Idee der in der marxistischen Theorie a-priori existenten Klasse „anti-essentialistisch“ reformuliert werden. Das geschieht quasi über eine "Aufwertung" der Bedeutung von Diskursen zur Strukturierung der Gesellschaft: Die Idee des „Klassenkampfes“ wird abstrahiert und *die Klasse* nicht als objektive Tatsache aufgefasst (Laclau 2007: 26), sondern als antagonistische „Relation, in der sich die Grenzen jeder Objektivitätskonstituierung anzeigen“ (Laclau 2007: 26). Antagonismen werden also als „konstitutiv und nicht als abgeleitet“ betrachtet (Laclau 2007: 27). Die gesamte Theorie Laclaus und Mouffes wird um die Idee der Objektivitätskonstituierung und seiner Grenzen angelegt: Antagonismen werden als Grenzen der Objektivität betrachtet (vgl. Laclau 2007: 27). Das Hauptanliegen der AutorInnen besteht darin, diese „antagonistische Relation“ theoretisch und ontologisch zu begründen. Eine Konsequenz daraus ist die Sichtweise, dass sich die Logik der Geschichte durch die Antagonismen selbst entfalten müsse, wenn es schon keine objektiven Strukturen (dahinter) gäbe. Laclau und Mouffe zufolge sind Antagonismen also nicht als reale widersprüchliche Beziehungen etwa zwischen als real gedachten begrifflichen Objekten, sondern als Grenzen der „Objektivitätskonstituierung“ (Laclau 2007: 26) zu denken, wobei eine Grenze des Bedeutungssystems gleichbedeutend mit der Grenze der Repräsentierbarkeit durch dieses System sein muss. Dieses Gedankenmodell wird von den AutorInnen folgendermaßen beschrieben: Alles, was außerhalb der Grenzen der „Objektivitätskonstituierung“ liegt, kann mit dem Signifikationssystem im System

selbst nicht erfasst werden, was gleichbedeutend mit einer Grenzziehung zwischen Systemen ist. Anders ausgedrückt, wäre es keine Grenze, wenn das was außerhalb dieser Grenze ist, durch das im Inneren der Grenze wirkende „Signifikationssystem“ „begrifflich fassbar“ (Laclau 2007: 28) wäre, denn dann würde es sich um keine „radikale Grenze“ handeln, sondern nur um eine interne Differenzierung zwischen äquivalenten Elementen (vgl. Laclau 2007, Laclau/Mouffe 1991).

Die Elemente im Inneren eines Bedeutungssystems müssen zwar voneinander verschieden sein, da sie sonst keine eigene Identität hätten, sie müssen aber zueinander in einer äquivalenten Relation stehen, durch die auch die Grenze des Bedeutungssystems abgesteckt wird. Mit dieser Grenze muss also auch das Signifikationssystem, das innerhalb der Grenze wirkt, also die Entität selbst, aufhören zu wirken (vgl. Laclau 2007). Die Beziehung zwischen Elementen wird durch artikulatorische Praxen so etabliert, dass am Ende die Identität der Elemente modifiziert wird. Als Diskurs wird die „aus der artikulatorischen Praxis hervorgehende strukturierte Totalität“ (Laclau/Mouffe 1991: 155) bezeichnet. Der Diskurs ist Ausdruck der aus den Antagonismen resultierenden Differenzierung (seiner Elemente) (vgl. Laclau 2007: 29). Laclau betont, dass ein Signifikationssystem nur funktionstüchtig ist, wenn es geschlossen werden kann und geschlossen wird es dann, wenn das, was sich jenseits der Grenze befindet (das Nicht-Repräsentierbare) aus dem Inneren des Signifikationssystems heraus auch benannt werden kann, was von den AutorInnen als „leerer Signifikant“ (Laclau 2007: 30) bezeichnet wird. Da aber das, was sich „jenseits der Grenze“ befindet, von anderer Art ist, nämlich von der „Art eines Exkludierten“ (Laclau 2007: 30) kommt es zu einem unüberwindbaren Widerspruch: Das Ausgeschlossene wird quasi ins System hereingeholt, damit dieses geschlossen wird, bzw. eine Totalität bildet, was aber bedeutet, dass es nichts Ausgeschlossenes mehr gibt:

Die „Totalität [ist] also ein Gegenstand, der zugleich unmöglich und notwendig ist. Unmöglich: insofern die Spannung zwischen Äquivalenz und Differenz unüberwindbar ist, gibt es kein Objekt, das dieser Totalität unmittelbar entspricht. Notwendig: ohne ein solches Objekt gäbe es überhaupt keine Signifikation. Folgerung: Das unmögliche Objekt muss repräsentiert werden, jedoch wäre diese Repräsentation wesentlich verzerrt und figürlich“ (Laclau 2007: 30).

Da das Exkludierte, der leere Signifikant, nicht strukturell einbezogen sein kann, wird es durch eine Benennung einbezogen, um die Einheit des diskursiven Terrains herzustellen. Unter *radikalem Investment* verstehen die AutorInnen die Wertzuweisung an ein quasi übergeordnetes Strukturelement, die nicht aufgrund seines Platzes in einer Struktur erfolgt (da das zu benennende ja außerhalb der Struktur liegt). Ergo erfolgt die Zuweisung radikal von außerhalb. Von Bedeutung ist die Konsequenz dieser theoretischen Überlegungen nämlich insofern, dass dadurch erklärt wird, dass „strukturelle Effekte möglich sind, ohne dass sie jedoch strukturell determiniert sind“ (Laclau 2007: 34). Darauf basierend schlussfolgern Laclau und Mouffe, dass „jede strukturelle Konfiguration Existenzbedingungen [hat], die nicht schon an sich gegeben sind.“ (Laclau 2007: 34).

Für das Kapitalverhältnis und die Produktionsweise bedeutet das, ihrer Logik folgend, dass die beiden Zusammenhänge „Teil eines artikulierten Ganzen“ sind und „nicht das Resultat einer wie auch immer gearteten Determination in letzter Instanz. [...] Aus diesem Grund muss das Konzept der Produktionsweise durch das der hegemonialen Formierung ersetzt werden“. (Laclau 2007: 34).

5.6.4. *Fazit und Kritik*

Es ist nicht das Ziel dieses Absatzes, die Theorie von Laclau und Mouffe in all ihren theoretischen Facetten zu analysieren und möglichst vollständig die vorgebrachten Einwände aufzulisten (für eine umfassende Kritik vgl. etwa Demirovic 2007). Es geht vor allem darum, abzuschätzen, ob die so genannte „anti-essentialistische“ Konzeption dazu beitragen kann, die Gesellschaft nicht nur mit ihren Widersprüchen und deren Bearbeitungsformen sondern auch mit ihren relativ kohärenten Tendenzen zu erfassen.

Laclau sieht den Ertrag seiner Arbeit darin, mit seinem Konzept die Ausbreitung, Reproduktion und Resistenz hegemonialer Diskurse und schließlich ihrer strukturellen Effekte zu erklären. Die Theorie leistet einen wichtigen Beitrag zum besseren Verständnis konkreter hegemonialer Kämpfe. Die Idee politischer Auseinandersetzungen um Bedeutungen, wird noch erweitert um die Idee der Kontingenz: Jeder Aspekt menschlichen Handelns, erlangt erst dadurch Bedeutung,

dass er in einen Diskurs integriert, bzw. eher sogar, „eingepasst“ wird, genauso gut könnte aber ein und derselbe Gegenstand diskursiv anders eingegliedert werden, was schließlich die Gesamtheit des diskursiven Systems ändern würde.

Schlüsselgedanken zum Verständnis der Hegemonietheorie sind also die Annahme der Konstruktion von Sinn, die Idee der Unentscheidbarkeit, die über das Politische (und - damit zusammenhängend - über den Einsatz von Macht) temporär aufgelöst wird und die Notwendigkeit, ein hegemoniales Projekt durch eine Benennungsstrategie zu kennzeichnen und damit von gegnerischen Diskursen abzugrenzen. Diese Überlegungen tragen zum besseren Verständnis hegemonialer Kämpfe bei.

Es wird mit der hier beschriebenen Theorie ein Beitrag zur Klärung der Frage geleistet, wie es immer wieder gelingt, Widersprüche des kapitalistischen Systems zu überwinden um bestandsbedrohende Legitimationskrisen zu verhindern.

Allerdings kommen aus vielen theoretischen Richtungen auch gravierende Bedenken, was Laclaus und Mouffes Theorie betrifft (vgl. Demirovic 2007, Jessop 1990: 29). Der wichtigste Einwand gegen den Theorieentwurf betrifft das aus Sicht der Kritiker nicht eingelöste Versprechen alle Essentialismen zu beseitigen. Theorieintern wird etwa bemängelt, dass Laclau und Mouffe zwar die Reduktion des Politischen auf das Ökonomische oder andere „letzte Fundierungen“ des Marxismus dekonstruieren, „aber nicht Rechenschaft über die Kontingenz des eigenen Theorieunternehmens ablegen [können]“ (Stäheli 2006: 276). Wichtige Einwände gegen die Theorie kommen vor allem aus neo-marxistischer Richtung, die Kritik ist konstruktiv (und nicht etwa als Rettungsversuch orthodox-marxistischer Standpunkte oder dergleichen abzuurteilen):

Nicht die „Aufgabe der Klassentheorie“ in einem traditionell marxistischen Sinn oder der mangelnde Bezug etwa zu Produktionsverhältnissen des Kapitalismus per se werden als problematisch erachtet. Alex Demirovic etwa hat Laclaus und Mouffes Ansatz einer genauen Überprüfung unterzogen und konnte aus der von Laclau und Mouffe selbst präsentierten Logik heraus zahlreiche Inkonsistenzen ableiten: Kritisiert wird etwa die unreflektierte Verbindung der Begriffe Gesellschaft und Diskurs, die nicht weiter begründet, sondern von Laclau und Mouffe so „gesetzt“ wird und auf diese Art den Charakter einer substantiellen Notwendigkeit erhält (Demirovic 2007: 64). Ähnlich verhält es sich mit der Logik der Differenz und Äquivalenz, über die sämtliche Zusammenhänge gedeutet werden. Außerdem wird die über den Diskurs

produzierte Identität von Subjektpositionen ebenso unreflektiert angenommen (Demirovic 2007: 66). Aus ihrer Theorie heraus können Laclau und Mouffe nicht erklären, welche Bedingungen für die Formierung von sich verändernden Differenzsystemen bedeutend sein sollen. Stattdessen „wird auf ein eher triviales modernisierungstheoretisches oder kapitalismustheoretisches Deutungsschema zurückgegriffen“, das per se nicht „Gegenstand der Theoriebildung“ (Demirovic 2007: 67) ist, sondern einfach unreflektiert übernommen wird, um in der Theorie selbst liegende Inkonsistenzen zu überdecken. Ebenso kritisiert Demirovic die Besonderheit, die der Politik in der Theorie zugewiesen wird: Das Politische wird „als universelle und überhistorische Kategorie konstituierenden Handelns“ (Demirovic 2007: 69) begriffen, anstatt sie der eigenen Theorie entsprechend als selbstkonstitutive Praxis zu verstehen (Demirovic 2007: 69).

Generell scheinen auch die Ansprüche und thematischen Bezüge traditionsbedingt bei neo-marxistischen AutorInnen andere zu sein: Während in dem diskutierten Konzept auf die Formierung von Identitäten und die Artikulation politischer Projekte eingegangen wird, werden die politische Institutionen, etwa als strukturelle Effekte dieser Antagonismen, nicht genau genug untersucht: Bob Jessop etwa fehlt die Thematisierung der Rolle und der Funktion des Staates in dem Zusammenhang (vgl. Jessop 1990: 29).

Die Gesellschaft wird in Laclaus und Mouffes Theorie über den Begriff des Diskurses als temporäre Fixierung von Bedeutungen erfasst. Die Frage nach relativ kohärenten gesellschaftlichen Zuständen wird letztlich damit erklärt, dass hegemoniale Äquivalenzbildungen eben zum Totalitarismus neigen (vgl. Demirovic 2007: 77). Offensichtlich gibt es besonders widerstandsfähige hegemoniale Knotenpunkte. Warum das so ist, kann aus der Theorie nicht genau genug erklärt werden (vgl. Demirovic 2007: 69). Hegemonie wird verstanden als

„[...] politischer Typus von Beziehungen, eine Form, wenn man so will, von Politik, aber keine bestimmbare Stelle innerhalb einer Topographie des Gesellschaftlichen. In einer gegebenen Gesellschaftsformation kann es eine Vielzahl hegemonialer Knotenpunkte geben“ (Laclau/Mouffe 1991: 198).

Die Knotenpunkte gibt es offensichtlich in verschiedenen „Starrheitsgraden“ und durch Zwänge gepanzerten Verbindlichkeitsgraden: Auf jeden Fall bedarf es einer aus einer historischen Perspektive heraus geführten Auseinandersetzung mit den Hintergründen und Prozessen, die für die unterschiedlichen Starrheitsgrade derartiger struktureller Verfestigungen verantwortlich sind: Die Frage, warum sich bestimmte Knotenpunkte durch verschiedene Krisen hindurch immer wieder im Zentrum einer sich permanent reorganisierenden Gesellschaftsformation einnisten und andere nicht, wird in dieser Theorie durch den Einsatz von Macht beschrieben: Durch die Anwendung von Macht werden bestimmte diskursive Verbindungen privilegiert und mögliche Alternativen unterdrückt oder desartikuliert. Zwar ist es plausibel, dass es mächtigen Akteuren leichter fällt, ihre Positionen durchzusetzen, vor allem wenn sie über bedeutende Druckmittel, etwa große (v.a. ökonomische) Ressourcen, verfügen können. Strategien, wie in Aussicht gestellte ökonomische Vorteile für andere Gruppen unter der Voraussetzung der Kooperation mit den ökonomisch Mächtigen, oder umgekehrt, die Androhung von Nachteilen bei Nichtkooperation, sind machtvollere Waffen in konkreten politischen Kämpfen. Das liefert zwar eine Erklärung für die Schlagkraft und auch die politische Absicherungsfähigkeit der Positionen ökonomisch Mächtiger in konkreten politischen Kämpfen. Allerdings bedarf es einer exakteren theoretischen Erklärung, für die relativ kohärente Zielrichtung hegemonialer Sichtweisen insgesamt (Laclau/Mouffe 1991: 198).

Es ist zu klären, wie Bedeutungen stabilisiert und über längere Zeit abgesichert werden können. Dazu könnten Diskurse qualitativ untersucht werden: Es gibt offensichtlich *qualitative* Unterschiede was die Kraft von diskursiven Verbindungen betrifft: Sie haben vor allem dann eine besondere Durchsetzungskraft, wenn sie in bestimmten Formen präsent sind, wenn sie sich etwa auf Deutungen beziehen, die als (nicht hinterfragbare) Wahrheiten im „Alltagsverstand“ (siehe Abschnitt 2.) präsent sind, oder wenn sie auf etablierte („nicht zur Diskussion stehende“) politische Regelungen verweisen können. Auf diese Weise strukturieren sie die weiteren daran anschließenden Diskurse zwangsläufig selektiv vor und beeinflussen insgesamt die Reproduktion und Modifikation des zukünftigen politischen Projektes: Denn alle weiteren politischen Auseinandersetzungen, alle Strategien, die auf eine Weiterentwicklung oder Veränderung abzielen, müssen Akteure dann in Bezug auf den bereits bestehenden

durch Zwänge und Verbindlichkeiten untermauerten dominanten Diskurs formulieren (vgl. dazu Abschnitt 5.4.). Diskurse sind also strategisch selektiv (vgl. Jessop 2008) und tragen die Richtungen ihrer Weiterentwicklung bis zu einem gewissen Grad in sich (vgl. auch Foucault 1973,1991), umso besser Argumentationsmuster zu diesem dominanten Wissensbestand passen, umso größer ist die Chance, dass sie weitreichendere Bedeutungen erlangen. Aus der Sicht der hier diskutierten Diskurstheorie können solche diskursiven Verbindungen als *besonders* verfestigte Knotenpunkte bezeichnet werden. Es gibt also verschiedene Qualitäten von diskursiven Verbindungen, die genauer zu erklären sind.

6. Zusammenfassung

Für Antonio Gramsci stand fest, dass Hegemonie nur zu erreichen ist, wenn es den Herrschenden gelingt, die aktive Zustimmung der breiten Masse, insbesondere auch der Beherrschten zu erlangen (siehe Abschnitt 2.): Weder ein (vereinfacht gedachter) Kompromiss zwischen den unterschiedlichen Klassen noch die Anwendung von Gewalt lieferten für ihn eine ausreichende Erklärung für diesen Zustand. Von Bedeutung ist die Fähigkeit, einer (der „hegemonialen“²⁶) Gruppe, auf die Interesseninformationsprozesse der subalternen Gruppen einzuwirken (vgl. Scherrer 2007: 73, Candeias 2007). Hegemonie ist dann zu erreichen, wenn sich die Bedürfnisse und Interessen der unterworfenen Subjekte so redefinieren lassen, dass sie zu („echten“) Interessen der Beherrschten werden. Das setzt voraus, dass es der führenden Gruppe gelingt, ihre Partikularinteressen zu universalisieren, das heißt, die eigenen Interessen, Deutungsmuster, und Sichtweisen so zu verallgemeinern, dass sie von den Subalternen nicht nur akzeptiert, sondern sogar als alternativlos hingenommen werden. Gramsci beschäftigt sich mit dem Prozess des hegemonialen Aufstiegs einer Gruppe und ihres gesellschaftlichen Projektes. Hegemonie nimmt ihren Ursprung in zivilgesellschaftlichen Hegemonialapparaten. Hier versuchen die gesellschaftlichen Gruppen, die Anspruch auf Hegemonie erheben, ihre partikularen Positionen zu universalisieren und gesamtgesellschaftliche Konformität zu erzeugen. Es muss ihnen also gelingen, die Interessen auch anderer gesellschaftlicher Gruppen (diskursiv) in ein kohärentes Deutungssystem zu integrieren und zwar so, dass es von diesen Gruppen, bzw. der breiten Masse generell, akzeptiert wird. Wenn das gelingt, kann das in der Zivilgesellschaft entwickelte hegemoniale Projekt schließlich die universelle Ebene des Staates erreichen und mit staatlichem Zwang „gepanzert“ werden (Gramsci 1991: Heft 6: 783).

Von Bedeutung ist die Idee, dass die Hegemonialwerdung eines politischen Projektes nicht nur als Verdienst der dominanten gesellschaftlichen Gruppen zu bewerten ist, sondern dass dafür auch Anstrengungen vonseiten der Beherrschten erforderlich sind. Sie müssen aktiv zur Reproduktion von Hegemonie beitragen, indem sie ein Selbstverständnis entwickeln, das dafür sorgt, dass das hegemoniale Projekt für sie auch hinnehmbar ist.

²⁶ Gemäß der ursprünglichen Bedeutung aus dem Altgriechischen: vorangehen, führen (vgl. Candeias 2007: 19).

In Gramscis Konzept spielen die Intellektuellen eine wichtige Rolle. Sie sind - quasi als Architekten der Hegemonie - dafür zuständig, das hegemoniale Projekt zu entwerfen und zu formulieren, Wahrheiten und Deutungsmuster zu konstruieren, und diese in der Gesellschaft zu verankern, bzw. einen „neuen Alltagsverstand [...] [zu] prägen“ (vgl. Demirović/Jehle 2004: 1269). Alle politischen Gruppen brauchen ihre (organischen) Intellektuellen, wenn sie Anspruch auf gesellschaftliche Führung erheben. Gegnerische Kräfte arbeiten dann daran, das hegemoniale Projekt zu desorganisieren, hegemoniale Diskurse zu desartikulieren, und gegen-hegemoniale Deutungsmuster und Weltsichten in der Gesellschaft zu verankern.

Zu klären ist, inwieweit eine Übertragung einer Hegemoniekonzeption im Sinne Gramscis auf die internationale Ebene angesichts der gestiegenen Komplexität, Intensität und der veränderten Reichweiten politischer und ökonomischer Austauschprozesse (über den Nationalstaat hinaus) überhaupt möglich und sinnvoll ist. Die hegemonietheoretischen Fragen können jedenfalls auch in Bezug auf die internationale Ebene in den Begriffen Gramscis formuliert werden: Wie kann es der herrschenden Gruppe gelingen, ihre Interessen als die der Allgemeinheit darzustellen und wie wird dabei auf Interessensformationsprozesse der subalternen Gruppen Einfluss genommen. Außerdem wird gefragt, bis zu welchem Grad das hegemoniale System flexibel für die Integration antagonistischer Positionen ist und wie unter den gegebenen Umständen ein aktiver Konsens zu erreichen ist. Die Frage, die ebenso zu klären ist, lautet, wer die Architekten der Hegemonie auf der internationalen Ebene sind: Die Klassen sind im Internationalen nicht mehr so einfach zu erkennen, wie in der primär auf den Nationalstaat bezogenen Konzeption Gramscis und es gibt auf internationaler Ebene auch keine mit dem Staat vergleichbare politische Autorität. Daher steht fest, dass es für ein neogramscianisches Forschungsprogramm zur Analyse internationaler Politik einer transnationalen Reformulierung der gramscianischen Hegemoniekonzeption und der damit zusammenhängenden begrifflichen Kategorien bedarf.

Statt der traditionellen „Klassen“ als Subjekte der Kämpfe werden in neogramscianischen Ansätzen soziale Akteure zu internationalen Klassenfraktionen, wie etwa der transnationalen Manager-Klasse, zusammengefasst (siehe Abschnitt 3.). Auf diese Weise wird versucht, Gramscis Kategorie der Zivilgesellschaft auf die internationale Ebene zu übertragen. Mit den transnationalen Regulierungsformen wird schließlich versucht ein internationales Pendant zur gramscianischen Kategorie

der politischen Gesellschaft zu konzipieren. Dennoch ist keine einfache Übertragung möglich, da auf internationaler Ebene die Konsens- und Zwangselemente anders funktionieren, als in der auf den Nationalstaat bezogenen Konzeption Gramscis. Die Übertragungsversuche gramscianischer Überlegungen auf die internationale Ebene haben zu Kontroversen und einer größeren Bandbreite von theoretischen Bestimmungen und Schwerpunktsetzungen bei den jeweiligen AutorInnen der neogramscianischen Schule geführt: Während die einen den Kräften des Marktes und der Zivilgesellschaft eine größere Bedeutung für die Universalisierung des hegemonialen Projektes beimessen, sehen andere Staaten und Staatenblöcke als die bedeutenderen Akteure für die Gestaltung globaler Hegemonie. Die meistgenannten Einwände gegen neogramscianische Ansätze beziehen sich auf die mangelnde Vermittlung zwischen Klassen- und Staatenperspektive. Etwa die Rückführung jeglicher sozialer Prozesse auf das Wirken von Kapitaleliten, während der Staat eher als passiver Transmissionsriemen oder Opfer internationaler Entwicklungen gesehen wird, stößt auf Kritik (vgl. Brand/Görg/Wissen 2007: 219).

Kritisiert wird zu Recht, dass man sich in den prominenten (neo-)gramscianischen Ansätzen theoretisch zu wenig um die Rolle und die Funktionen der (internationalen) Staaten, sowie internationaler Staatsapparate und Regime kümmert. Es wird betont, dass vor allem bedeutende Nationalstaaten bzw. staatliche Akteure in der Gestaltung internationaler Politik eine entscheidende Rolle spielen. Bei Entscheidungsprozessen auf internationaler Ebene sind es also vor allem VertreterInnen von Staaten, die (je nachdem welchen Staat sie vertreten) über besondere (v.a. auch diskursive, siehe Abschnitt 5.) Machtmittel verfügen. Staaten sind also nicht einfach direkte Vollstrecker von Kapitalinteressen (vgl. Brand 2007, Brand/Görg/Wissen 2007, Abschnitt 3.). Ihre Positionen²⁷ sind das Ergebnis komplexer politischer Auseinandersetzungen im Inneren der jeweiligen Staaten, in denen sich allerdings tendenziell bestimmte (mit dem hegemonialen Projekt kompatiblere) Anliegen eher durchsetzen können als andere (siehe Abschnitt 4.2.).

Diese Arbeit beschäftigt sich mit der Entwicklung eines Rahmens zur theoretischen Erfassung dieser hegemonialen Kämpfe um die Universalisierung einer Weltsicht und um die hegemoniale Verankerung und Stabilisierung dieser Weltsicht. Eine wichtige Rolle spielen dabei (auch im Internationalen) die Intellektuellen (etwa

²⁷ Wie „die Position“ eines Staates zustande kommt, ist eine sehr bedeutende Frage, die im Rahmen konkreter politikwissenschaftlicher Untersuchungen analysiert werden kann.

Wissenschaftler verschiedener Organisationen oder Institutionen). Sie sind wichtige Architekten einer verschiedene Akteure und Positionen einbindenden Klassenidentität. Die Intellektuellen sind wesentlich an der globalen Universalisierung hegemonialer Positionen und Praktiken, an der Instandhaltung und Reparatur des hegemonialen Diskurses, aber auch an dessen Umgestaltung und Erweiterung beteiligt. Aber nicht nur das Handeln der Eliten ist zu untersuchen, sondern auch die Frage nach den Bedingungen, die zu einer erfolgreichen Verankerung hegemonialer Positionen im „Alltagsverstand“ (vgl. Jehle 2004: 161) der breiten Massen führen.

Generell scheinen zur Beantwortung dieser Fragen die Eingliederungen jeglicher Phänomene unter ein gramscianisches Begriffsraster oft auch hinderlich: Ein Kritikpunkt bezieht sich auf den statisch gedachten Hegemoniebegriff in neogramscianischen Ansätzen. Hegemonie wird dort eher als theoretischer Endzustand eines Hegemoniewerdungsprozesses verstanden. Mit Blick auf die vielen hegemonialen Kämpfe wäre es allerdings wirkungsvoller, die (mehr oder weniger erfolgreichen) Annäherungsprozesse an diesen theoretischen Zustand „Hegemonie“ zu untersuchen und nicht diesen selbst (siehe Abschnitt 3.3.). Hegemonie drückt sich vor allem in den permanenten Verteidigungsprozessen von gerade gültigen Universalitäten gegenüber Versuchen ihrer Entlarvung als Partikularinteressen aus. Eine prozesshafte Hegemoniekonzeption passt zu den hier erarbeiteten diskurstheoretischen Einsichten besser: Ein hegemoniales Projekt muss ständig verteidigt und gewartet werden, damit es seine Stabilität bewahren kann, dadurch verändert es sich aber auch permanent bis zu einem gewissen Grad.

Ein weiteres Problem neogramscianischer Ansätze ist eine zu undifferenzierte Vorstellung des Zwangscharakters bürgerlicher Herrschaft. In vielen Fällen ist der Einsatz von typischen Zwangselementen im Sinne Gramscis in der Praxis nicht (oder nicht allein²⁸) für die Reproduktion hegemonialer Konstellationen verantwortlich. Das Fehlen offensichtlichen Widerstands gegen hegemoniale Vorstellungen und gegen diejenigen Akteure, die es unterstützen, wird mit der Annahme erklärt, dass konsensuale Praktiken erfolgreich wären. Statt einer theoriegeleiteten Unterscheidung in die Kategorien Konsens und Zwang, sollte in politikwissenschaftlichen Untersuchungen die Art der Herrschaftsausübung qualitativ

²⁸ Dass etwa politische Druckmittel hegemonialer Kräfte (z.B. die Androhung von Sanktionen, etc.) bei der Reproduktion des hegemonialen Projektes eine wichtige Rolle spielen, wird selbstverständlich nicht in Abrede gestellt.

untersucht werden: Es soll ergründet werden, wie eine allumfassende hegemoniale Weltsicht alternative Projekte desorganisiert, wie alternative Diskurse desartikuliert werden, wie die hegemonialen Kräfte sich (aus einer foucaultschen Betrachtung heraus) die „Subalternen“ erziehen und wie auf deren Handeln und Sichtweisen Einfluss genommen wird.

Bevor theoretisch auf die Frage eingegangen wird, wie ein hegemoniales Projekt stabilisiert und gegen antagonistische Angriffe verteidigt werden kann, wird in der Arbeit die Frage gestellt, wie gesellschaftliche Strukturen und soziales Handeln überhaupt zusammenhängen. Es müssen Annahmen über das Wesen der sozialen Welt getroffen werden. Die (neo-)gramscianischen Ansätze unterscheiden sich in der Art und Weise, wie sie den Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Strukturen und Akteurshandeln beurteilen: In der hier erarbeiteten gesellschaftstheoretischen Perspektive wird eine Sichtweise abgelehnt, die von einem ahistorischen essentialistischen Strukturierungsprinzip der Gesellschaft (einer a-priori gesetzten Kapitallogik) ausgeht. Eine derartige Betrachtung würde soziale Akteure nur als „Träger von Strukturen“ erfassen, was mit einem gramscianischen Hegemoniebegriff nicht vereinbar ist: Gramsci hebt zwar die Bedeutung gesellschaftlicher Strukturen hervor, diese sind für ihn aber durch Auseinandersetzungen hindurch veränderbar. Diese Sichtweise wird auch von den meisten der oben vorgestellten (neo-)gramscianischen Ansätze geteilt. Allerdings gelingt es nicht, die Existenz und das Wesen gesellschaftlicher Strukturen überzeugend aus einer handlungstheoretischen Perspektive heraus zu erfassen: Folglich entsteht der Eindruck, die Akteure könnten mehr oder weniger frei handeln. Es kann aber nicht zufriedenstellend erklärt werden, warum die sozialen Kämpfe eine relativ kohärente Tendenz aufweisen und eher zu einer Reproduktion des kapitalistischen Systems führen, anstatt zu einem „Kollaps, der in Barbarei mündet“ (Jessop 2008: 34). Die Konsequenz daraus ist, dass den Kapitaleliten dann die Rolle der Architekten des Kapitalismus zugeschrieben wird, die alleine durch ihr strategisches Handeln dafür sorgen, die kapitalistische Gesellschaft zu stabilisieren, zu reproduzieren und weiterzuentwickeln. So entsteht der Eindruck, „die Nachkriegsgeschichte wäre gemäß den Plänen dieser Eliten verlaufen“ (Scherrer 1998a: 169).

Bob Jessop nimmt sich in seiner Arbeit dieses Problems an und entwickelt unter Zuhilfenahme theoretischer Überlegungen aus unterschiedlichen Theorieansätzen eine sehr genaue Vorstellung von gesellschaftlichen Strukturen,

deren Wesen und Existenz er aus einer handlungstheoretischen Perspektive heraus begründet (siehe dazu Abschnitt 4.). Für Jessop sind die Eigenschaften des Staates eine Voraussetzung dafür, dass eine relativ stabile gesellschaftliche Ordnung erreicht werden kann. Der Staat bietet ein geordnetes Terrain für die Austragung gesellschaftlicher Konflikte und für die Erarbeitung eines Kompromisses zwischen Gruppierungen mit unterschiedlichen Interessen. Das Resultat ist „ein Kompromiss“ von besonderer Materialität und Stabilität, da er als gesamtgesellschaftlicher Kompromiss gilt und als solcher von der gesamten in einem Staat lebenden Bevölkerung anerkannt zu werden hat. Allerdings ist der Staat nicht für alle politischen Forderungen und Anliegen gleichermaßen offen. Die Staaten privilegieren bestimmte, mit dem bereits bestehenden hegemonialen Projekt eher kompatible Interessen, während andere tendenziell marginalisiert werden: „Indeed, the common interest or generell will is always asymmetrical, marginalizing or defining some interests at the same time as it privileges other.“ (Jessop 2008: 11). Diese Selektivitäten sind aber nicht als endgültig fixierte Zugangsbestimmungen zur staatlichen Macht zu verstehen, sondern müssen in hegemonialen Auseinandersetzungen immer wieder aufs Neue erkämpft und verteidigt werden. Es ist auch möglich, dass sie sich durch soziale Kämpfe hindurch verändern und dadurch anderen Kräften und Ideen zu besseren Zugangschancen zu staatlicher Macht verhelfen. Für Jessop beeinflusst die Strukturierungsmacht des bereits Bestehenden, die Entwicklung des Zukünftigen auf strategisch selektive Weise. Die einzelnen Teilbereiche der Gesellschaft und des Staates, wie die Ökonomie und die Kultur (in der Sprache der Systemtheorie²⁹ werden sie als Subsysteme bezeichnet) haben ihre über lange Zeiträume gewachsenen Regeln und Diskurse und sind relativ widerstandsfähig gegen Veränderungsversuche durch auf sie einwirkende politische Kräfte. Auf diese Weise wird die Idee der relativen Autonomie des Staates (siehe Abschnitt 4.) präziser erfasst.

Die Vorstellung „strategischer Selektivitäten“ wird also zum Vermittler zwischen gesellschaftlichen Strukturen und individuellem Handeln: Die Akteure richten ihr Handeln strategisch kalkulierend am bestehenden hegemonialen Projekt aus. Strategien, die zum hegemonialen Projekt besser passen, haben eine größere Chance gesamtgesellschaftliche Bedeutung zu erlangen.

²⁹ Jessop übernimmt Überlegungen aus der Luhmannschen Systemtheorie (siehe Abschnitt 4.)

Das auf die Selektivitäten reagierende Handeln der einzelnen Akteure trägt wiederum zur strukturellen Verstetigung des hegemonialen Projektes bei. Dennoch besteht in Jessops Ansatz immer auch die Chance auf gesellschaftliche Veränderungen: „[...] structures are strategically rather than structurally selective, there is always scope for actions to overflow or circumvent structural constraints“ (Jessop 2008: 47). Der Ansatz hat aufgrund seiner Fokussierung auf gesellschaftliche Strategien das Potential, eine theoretische Grundlage zur Erklärung der relativ kohärenten Zielrichtung kapitalistischer Vergesellschaftung *generell* zu bieten (siehe Abschnitt 4.2.).

Jessop beschäftigt sich mit dem kapitalistischen Staat. Erklärungskraft hat der Ansatz aber nicht nur in Bezug auf den (National-)Staat im engeren Sinn. Der Ansatz kann auf alle politischen Terrains (wie Internationale Staatsapparate und Regime etc.) angewendet werden, über die es möglich ist, gesamtgesellschaftliche Verbindlichkeiten zu erwirken.

Zur konkreten Analyse konkurrierender Strategien und Deutungsmuster ist es sinnvoll, Einsichten aus anderen sozialwissenschaftlichen Theorien, nämlich aus den Diskurstheorien, zu nutzen. Da mit dem Diskursbegriff in den Sozialwissenschaftler ein sehr feines und durchdachtes Instrumentarium zur Analyse politischer Kämpfe um Bedeutungen entwickelt wurde, ist es sinnvoll, den Begriff (als wissenschaftliche Kategorie) einzuführen und genauer zu erklären. Mithilfe diskurstheoretischer Überlegungen können konkrete (hegemoniale) Kämpfe also präziser erfasst werden.

Von Bedeutung ist die Annahme, dass Diskurse keine passiven und sprachlichen Widerspiegelungen der *einen* realen Welt sind, sondern artikulatorische Praxen, welche die soziale Welt aktiv konstituieren und organisieren (vgl. Jäger 2001: 23). Diskurse stellen also „Materialitäten sui generis“ (Jäger 2001: 144) dar. Um derartige Annahmen über die soziale Wirklichkeit treffen zu können, ist es notwendig eine eng gedachte realistische Perspektive (im philosophischen Sinn) zu überwinden. Eine Sichtweise, die in vielen jüngeren kritischen gesellschaftstheoretischen Ansätzen ebenfalls Anerkennung findet (wie etwa bei Bob Jessop und Stephen Gill, vgl. Jessop 2008, Gill 1993, siehe Abschnitt 5.).

Die für diese Arbeit angestellten theoretischen Überlegungen beziehen sich vor allem auf die Arbeiten Michel Foucaults, und die Diskurs- und Hegemonietheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe.

Foucault interessiert sich für das Aufspüren von Regelstrukturen innerhalb von Wissensordnungen. Die Regelsysteme legen fest, was in einem gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Bereich richtig oder falsch, denkbar oder undenkbar, sagbar oder nicht sagbar ist, bzw. was von wem wie gesagt oder nicht gesagt werden darf. Sie sind innerhalb einer historischen Epoche (mehr oder weniger) stabil, grundsätzlich aber in historisch kontingenter Form veränderbar. Diese Veränderungen hängen mit Machtwirkungen zusammen: Die Produktion und Transformation von Diskursen wird gesellschaftlich „kontrolliert, selektiert, organisiert und kanalisiert“ (Foucault 1991: 10). Für Foucault ist, gemäß der oben getroffenen Annahme, ein Diskurs nicht bloß eine sprachliche Manifestation politischer Kämpfe, sondern gleichzeitig das Medium und das Objekt der Kämpfe: „er [der Diskurs] ist dasjenige, worum und womit man kämpft, er ist die Macht, deren man sich zu bemächtigen sucht“ (Foucault 1991: 11). Entscheidend ist, dass eine Aussage in einem Diskurs erst wahrgenommen wird, wenn sie unter Einhaltung der diesem Diskurs zugrunde liegenden Regeln formuliert wird. Das bedeutet, dass die Inhalte der Diskurse durch die Diskurse selbst selektiv vorstrukturiert werden. Diskurse sind sowohl Aussagesysteme als auch deren eigene Strukturierungsprinzipie (vgl. Foucault 1973: 74). Außerdem werden Diskurse durch die Selektion (die „Verknappung“, Foucault 1991: 27) der sprechenden Subjekte gezügelt. Um im Diskurs überhaupt sprechen zu dürfen, muss man dazu qualifiziert sein, also eine entsprechende Position bekleiden. Aus Sicht Jessops könnte man die Ausschluss- und Stabilisierungstechniken der Diskurse als Selektivitäten betrachten, die darüber entscheiden, welche Kräfte wie privilegiert und welche marginalisiert werden. Macht liegt für Foucault nicht (auf triviale Weise) in den Händen von Subjekten, da Subjekte, bzw. ihre Identitäten, erst durch Diskurse konstituiert werden (vgl. Jäger 2001: 155 und Abschnitt 5.4.), die Subjekte haben aber sehr wohl bestimmte Absichten, die ebenso ihrer Identität entsprechen. Macht wird von Foucault nicht primär als einschränkend und negativ, sondern als gestaltend konzipiert, das bedeutet aber nicht, dass es keine Machtausübung geben kann, die über Unterdrückung funktioniert. Das Diskursive ordnet das Verhältnis zwischen Individuen und der Gesellschaft so, dass diese für die Individuen akzeptabel wird.

Trotz Foucaults Behauptung, eine anti-marxistische Haltung einzunehmen, folgen auch (neo-)marxistische Autoren der Einladung Foucaults, seine Werke als „kleine Werkzeugkisten“ (Foucault 1976: 53) zu sehen, aus denen man sich

bedienen kann, um damit „Machtsysteme kurzzuschließen, zu demontieren oder zu sprengen“ (Foucault 1976: 53).

Besonders Foucaults Überlegungen zu den Fähigkeiten bestimmter Akteure, auf die Sichtweise und das Verhalten Anderer Einfluss zu nehmen, sind eine Bereicherung für die hegemonietheoretische Konzeption. Für Foucault ist das „Einverständnis der Herrschaftsunterworfenen“ nämlich weiter erklärungsbedürftig. Die Fragen lauten: *„[W]elche Techniken gewährleisten, dass Machtbeziehungen akzeptiert werden? Durch welche Verfahren wird der Legitimitäts Glaube generiert und stabilisiert?“* (Lemke 2006: 481). Mit der Analyse von Herrschaftstechniken und "Techniken des Selbst" will Foucault das Umlenken politischer Kräfte in eine von dominanten Akteuren gewollte Richtung exakter erfassen.

Einen unter (neo-)marxistischen Autoren zwar umstrittenen (vgl. Demirovic 2007, Jessop 1990, Scherrer 1995), für die Analyse diskursiver Kämpfe und die damit zusammenhängende (temporäre) Fixierbarkeit von Bedeutungen aber sehr hilfreichen Beitrag liefern die PhilosophInnen Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Ausgangspunkt für ihre Theorie ist die radikale Ablehnung der auf eine externe Notwendigkeitslogik verweisenden marxistischen Geschichtstheorie. Ihr Bezug zu Marx wird über die Idee des Klassenkampfes hergestellt. Da aber die marxistische Vorstellung abgelehnt wird, die politische Identität und das Handeln sozialer Akteure wären auf externe Notwendigkeiten rückführbar, lehnen sie auch den Begriff einer a-priori existenten „Klasse“ ab: Die Klasse, bzw. eine Klassenidentität, ist dementsprechend ebenso das Resultat von politischen Kämpfen um Bedeutungen (siehe Abschnitt 5.6.). Ihre zentrale Frage ist also, wie sich Identitäten in politischen Auseinandersetzungen formieren. Laclaus und Mouffes Antwort darauf ist, dass sie sich in diskursiven Artikulationsprozessen herstellen. Grundgedanke ihrer Theorie ist, dass einzelne diskursive Elemente für sich genommen keinen Sinn ergeben und erst die Beziehung der diskursiven Elemente zueinander ihre Bedeutung und somit das gesamte (zusammenhängende) Bedeutungsgefüge, den Diskurs, definiert. Diskurse werden als Differenzsysteme aufgefasst, die Zusammengehörigkeit ihrer Elemente wird durch einen gemeinsamen Bezug „zu etwas“ hergestellt (vgl. Laclau 2007). Es wird versucht "[...] den Diskurs als geschlossene Identität darzustellen“ (Stäheli 2006: 267). Um die Einheit eines zusammengehörigen Differenzsystems zu symbolisieren, wird eine fiktive Gesamtbezeichnung dafür gewählt, die von Laclau und Mouffe als leerer Signifikant bezeichnet wird (siehe Abschnitt 5.6). Dieser soll die Identität des

Diskurses - seinen inneren Zusammenhang ("behelfsmäßig", vgl. Stäheli 2006: 261) – ausdrücken und ihn dadurch vom diskursiven Außen trennen (siehe dazu Abschnitt 5.6.). Da der leere Signifikant aber verschiedene komplexe und auch widersprüchliche Zusammenhänge unter einem Außen vereinen soll, darf er keine spezielle Bedeutung haben. Außerhalb des Diskurses gilt das im Inneren des Diskurses wirksame Prinzip der "Inbeziehungsetzung" der einzelnen diskursiven Elemente zueinander also nicht mehr. Allerdings kann durch Bezug auf dieses Außen die Identität im Inneren erst existieren, sie wird also über einen antagonistischen Bezug zum Außen hergestellt und Interessen von verschiedenen Gruppen konstituieren sich so erst.

Antagonistische Kräfte versuchen also, diskursive Elemente nach anderen (ihren) Prinzipien in Beziehung zu setzen, um ein anderes Bedeutungsgefüge,- bzw. einen anderen Diskurs (etwa einen Gegendiskurs) - zu konstruieren und gesellschaftlich zu verankern. Hegemoniale Diskurse sind also immer bedroht und es besteht immer die Gefahr, dass sie von anderen politischen Gruppen desartikulierte werden. Daher gibt es Politik, bzw. "das Politische". In politischen Auseinandersetzungen wird um die von den jeweiligen politischen Kräften angestrebten diskursiven Verbindungen gerungen. Eine Hegemoniale Ordnung ist zwar temporär stabilisierbar aber nie endgültig fixierbar: Sie muss ständig gegen antagonistische Angriffe verteidigt werden und die durch derartige Angriffe entstandenen Beschädigungen des hegemonialen Diskurses müssen „repariert“ werden. Das Politische gibt es also deshalb, weil es keine endgültigen Sinnfixierungen gibt. Durch derartige Veränderungen, wie etwa durch neue Einbindungen diskursiver Elemente, verändert sich der gesamte Diskurs mitsamt den darin enthaltenen Elementen. Auf diese Weise reartikulierte, modifiziert oder erweitert sich ein (hegemonialer) Diskurs ständig. Die Macht, über die die jeweiligen Akteure verfügen, entscheidet – gemäß dieser Theorie - darüber, welche von mehreren Möglichkeiten der Bedeutungszuweisung und Sinnfixierung eines Gegenstandes sich (zumindest höchstwahrscheinlich und über einen gewissen Zeitraum) durchsetzen wird (vgl. Stäheli 2006, Laclau 2007). Dieser Punkt spielt in den diskutierten theoretischen Ansätzen eine wichtige Rolle: Aus Sicht Jessops würden sich diejenigen Verbindungen, die zum hegemonialen Projekt besser passen, eher durchsetzen, als andere. Für Foucault üben Diskurse selbst Macht aus, da ihnen (bis

zu einem gewissen Grad) ihre eigenen Strukturierungs- und Stabilisierungstechniken (vgl. Foucault 1973: 74) eingeschrieben sind (siehe Abschnitt 5.4.).

Mit einem sich an Laclau und Mouffe orientierenden Verständnis von Diskursen, können aktuelle hegemoniale Kämpfe, als Kämpfe um Bedeutungshoheit und temporäre Sinnfixierungen plausibel erfasst werden. Nicht überzeugend zu klären ist aus dieser Theorie heraus die Frage, warum es bei aller Kontingenz, die in Laclaus und Mouffes Theorie eine besonders wichtige Rolle zur Erklärung des "Politischen" spielt, doch zu Hegemonie, also einen Zustand relativ stabiler Bedeutungszuweisungen, kommen kann. Die AutorInnen begründen diesen Zustand, indem sie auf den Einsatz von Macht verweisen: Durch die Anwendung von Macht werden bestimmte diskursive Verbindungen privilegiert und mögliche Alternativen unterdrückt oder desartikuliert. Die Art, wie sich ein Diskurs verändert oder erweitert hängt also von den gegebenen Machtverhältnissen ab. Kontingenz bedeutet also nicht, dass eine bestehende Gesellschaftsstruktur ohne weiteres und willkürlich verändert werden kann. Mächtige Akteure sind, was die Universalisierbarkeit, die politische Absicherungsfähigkeit, bzw. generell die (hegemoniale) Durchsetzungschancen ihrer Positionen betrifft natürlich im Vorteil und mächtige Akteure können über ihre Strategien auf das Handeln der Anderen Einfluss nehmen³⁰. Dennoch erklärt das nicht ausreichend die relativ kohärente Zielrichtung eines sich immer wieder reorganisierenden (hegemonialen) Gesellschaftsprojektes: Es wird in diesem Ansatz nicht zufriedenstellend erklärt, warum es „hegemoniale Knotenpunkte“ (Laclau/Mouffe 1991: 198) in verschiedenen „Starrheitsgraden“ und durch Zwänge gepanzerten Verbindlichkeitsgraden gibt. Für diese Frage sind folgende Überlegungen hilfreich: Zunächst bedarf es einer qualitativen Beschreibung von Diskursen hinsichtlich ihrer „Kraftpotentiale“: Diskurse, die etwa zur Untermauerung ihrer Argumentationsstruktur auf etabliertes Wissen, auf politische Verbindlichkeiten (auf nationale und internationale Regeln und Gesetze, etc.) verweisen können sind von grundsätzlich anderer Qualität (siehe dazu Abschnitt 5.6.4.) als andere: Diskurse sind also strategisch selektiv: Diejenigen Argumente, die besser zur dominanten Deutungslogik passen, erscheinen plausibler und für sie

³⁰ Etwa über in Aussicht gestellte ökonomische Vorteile für andere Akteure unter der Voraussetzung der Kooperation mit ihnen, oder umgekehrt, die Androhung von Nachteilen bei Nichtkooperation, um ein Beispiel zu nennen.

besteht eine größere Chance, dass sie sich (wieder) in den dominanten Diskurs einschreiben. Auf diese Weise strukturiert ein dominanter Diskurs seine eigene Weiterentwicklung selektiv vor: Alle an eine bestehende dominante Deutungslogik anschließenden politischen Auseinandersetzungen - alle Strategien, die auf eine Weiterentwicklung oder Veränderung des hegemonialen Systems abzielen - müssen Akteure in Bezug auf den bereits bestehenden dominanten Diskurs formulieren, wenn sie im Diskurs „wahrgenommen“ werden wollen. Eine sich an Jessops Theorie anlehrende Vorstellung von (diskursiven) Selektivitäten (siehe oben) kann dazu beitragen, die in Laclaus und Mouffes Hegemonietheorie zu verortenden Mängel in der Erfassbarkeit der Kohärenz hegemonialer Projekte zu beseitigen.

Literatur³¹

- Anderson, Perry (1977): Antonio Gramsci: Eine kritische Würdigung. Berlin.
- Bieling, Hans-Jürgen (2006): Die politische Theorie des Neo-Marxismus: Antonio Gramsci. In: Brodocz, André/Schaal, Gary S. (Hg.): Politische Theorien der Gegenwart. Opladen. S. 435-467
- Bieling, Hans-Jürgen (2007): Die Konstitutionalisierung der Weltwirtschaft als Prozess hegemonialer Verstaatlichung. In: Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas (Hg.): Hegemonie gepanzert mit Zwang – Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis. Baden-Baden. S. 143-160
- Bieling, Hans-Jürgen/ Deppe, Frank (1996): Gramscianismus in der Internationalen Politischen Ökonomie.
<http://www.trend.infopartisan.net/trd0699/t020699.html>
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph/Wissen, Markus (2007). Verdichtung zweiter Ordnung. Die Internationalisierung des Staates aus einer neo-poulantzianischen Perspektive. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Heft 147. Münster. S. 217-234
- Brand, Ulrich (2007): Die Internationalisierung des Staates als Rekonstitution von Hegemonie. Zur staats-theoretischen Erweiterung Gramscis. In: Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas (Hg.): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis. Baden-Baden. S. 161-180
- Brand, Ulrich (2009): Herrschaft und Befreiung. Global Governance und emanzipatorisches Handeln im sich globalisierenden Kapitalismus. In: Roithner, Thomas (Hg.): Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung: Globale Armutsbekämpfung - ein Trojanisches Pferd? S. 287-302
- Bohle, Dorothee (2005): Neogramscianismus. In: Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Maria (Hg.): Theorien der europäischen Integration. Wiesbaden. S. 197-222
- Borg, Erik (2001): Projekt Globalisierung: Soziale Kräfte im Konflikt um Hegemonie. Hannover.
- Borg Erik (o.J): Steinbruch Gramsci. Hegemonie im internationalen politischen System.
<http://www.sopos.org/aufsaetze/3bbdcd9ea0c9f/1.html>
- Buci-Glucksmann, Christine (1981): Gramsci und der Staat: für eine materialistische Theorie der Philosophie. Köln.

³¹ Die angegebenen Internetquellen wurden, sofern in der Literaturangabe kein anderes Datum angegeben ist, am 14.11. 2011 überprüft.

- Candeias, Mario (2007): Gramscianische Konstellationen. Hegemonie und die Durchsetzung neuer Produktions- und Lebensweisen. In: Merken, Andreas (Hg.): Mit Gramsci arbeiten: Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis. Hamburg. S. 15-32
- Cox, Robert (1987): Production, power, and world order: Social forces in the making of history. New York.
- Cox, Robert (1993): Gramsci, hegemony and international relations. An essay in method In: Gill, Stephen (1993): Gramsci, historical materialism and international relations. Cambridge. S. 49-66
- Cox, Robert/ Sinclair, Timothy J. (1996): Approaches to world order. Cambridge.
- Demirović, Alex/Jehle, Peter (2004): Intellektuelle: In: Haug, Wolfgang Fritz (Hg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Hamburg: S. 1267-1286
- Demirović, Alex (2007): Hegemonie und die diskursive Konstruktion der Gesellschaft. In: Nonhoff, Martin (Hg.): Diskurs - radikale Demokratie - Hegemonie: Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Bielefeld. S. 55-85
- Foucault, Michel (1973): Archäologie des Wissens. Frankfurt am Main.
- Foucault, Michel (1976): Mikrophysik der Macht. Über Strafjustiz, Psychiatrie und Medizin. Berlin.
- Foucault, Michel (1991): Die Ordnung des Diskurses: Inauguralvorlesung am Collège de France - 2. Dezember 1970. Frankfurt am Main.
- Foucault, Michel (2001): Verteidigung der Gesellschaft: Vorlesungen am Collège de France 1975 - 1976. Frankfurt am Main.
- Foucault, Michel (2002): Sexualität und Wahrheit. Der Wille zum Wissen. Frankfurt am Main.
- Foucault, Michel (2004a): Geschichte der Gouvernementalität. Band 1: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung: Vorlesung am Collège de France 1977 – 1978. Frankfurt am Main.
- Foucault, Michel (2004b): Geschichte der Gouvernementalität. Band 2: Die Geburt der Biopolitik: Vorlesung am Collège de France 1978 – 1979. Frankfurt am Main.
- Foucault, Michel (2005): Subjekt und Macht. In: François Ewald und Daniel Defert (Hg.): Band 4. Schriften in vier Bänden. Dits et écrits. Frankfurt am Main.
- Gill, Stephen (1993): Gramsci and global politics: towards a post-hegemonic research agenda. In: Gill, Stephen (Hg.): Gramsci, historical materialism and international relations. Cambridge. S. 1-18
- Gill, Stephen/Law, David (1993): Global hegemony and the structural power of capital. In: Gill, Stephen (Hg.): Gramsci, historical materialism and international relations. Cambridge. S. 93-124
- Gill, Stephen (2000): Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse der europäischen Integration. In: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (Hg.):

- Die Konfiguration Europas: Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster. S. 23-50.
- Gill, Stephen (2003): Power and resistance in the new world order. Basingstoke.
- Gill, Stephen (1992): The Emerging World Order and European Change.
<http://www.socialistregister.com/index.php/srv/article/download/5613/2511>
- Gramsci, Antonio (1991): Gefängnishefte: kritische Gesamtausgabe. Heft 1. Band 1:
 Hg. vom Deutschen Gramsci-Projekt unter der wissenschaftlichen Leitung von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug. Hamburg.
- Gramsci, Antonio (1992): Gefängnishefte: kritische Gesamtausgabe. Heft 6-7. Band 4:
 Hg. vom Deutschen Gramsci-Projekt unter der wissenschaftlichen Leitung von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug. Hamburg.
- Gramsci, Antonio. Antonio Gramsci: Auszüge aus den Gefängnisheften.
http://www.gramsci.at/fileadmin/user_upload/gramsci/Auszuege_GH.pdf
 (1.03.2011)
- Hall, Stuart (1989): Ideologie, Kultur, Medien, Neue Rechte, Rassismus. Ausgewählte Schriften. Hamburg.
- Haug, Wolfgang Fritz (2004): Hegemonie. In: Haug, Wolfgang Fritz (Hg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Hamburg: S. 1-26
- Jäger, Siegfried (2001): Kritische Diskursanalyse: eine Einführung. Duisburg.
- Jehle, Peter (2004): Alltagsverstand. In: Haug, Wolfgang Fritz (Hg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Hamburg. S. 162-167
- Jessop, Bob (2008): State power: A Strategic-Relational Approach. Cambridge.
- Jessop, Bob (2007): Kapitalismus, Regulation und Staat: ausgewählte Schriften.
 Herausgegeben von Bernd Röttger. Hamburg. S. 283-298
- Jessop, Bob (2005): Macht und Strategie bei Poulantzas und Foucault. Hamburg.
 S. 45-51
- Jessop, Bob (2003): The future of the capitalist state. Cambridge.
- Jessop, Bob (1990): State theory: putting the capitalist state in its place. Cambridge.
- Kebir, Sabine (1991): Antonio Gramscis Zivilgesellschaft: Alltag, Ökonomie, Kultur, Politik. Hamburg.
- Keller, Reiner (2001): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. Wiesbaden.
- Keller, Reiner (2003): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 2: Forschungspraxis. Wiesbaden.
- Keller, Reiner (2004): Diskursforschung: Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. Wiesbaden.
- Keller, Reiner (2005): Wissenssoziologische Diskursanalyse: Grundlegung eines Forschungsprogramms. Wiesbaden.

- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1991): Hegemonie und radikale Demokratie: zur Dekonstruktion des Marxismus. Wien.
- Laclau, Ernesto (2007): Ideologie und Post-Marxismus. In: Nonhoff, Andreas (Hg.): Diskurs radikale Demokratie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Bielefeld. S. 24-39
- Lemke, Thomas (1997): Eine Kritik der politischen Vernunft: Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität. Hamburg.
- Lemke, Thomas (2006): Die politische Theorie der Gouvernementalität: Michel Foucault. In: Brodocz, André/Schaal, Gary S. (Hg.): Politische Theorien der Gegenwart. Opladen. S. 467-499
- Marchart, Oliver (2007): Gramsci und die diskursanalytische Hegemonietheorie. Ein fragmentarisches ABC. In: Merken, Andreas (Hg.): Mit Gramsci arbeiten: Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis. Hamburg. S. 175-189
- Merken, Andreas/Diaz, Victor Rego (2007): Vorwort der Herausgeber. In: Merken, Andreas/Diaz, Victor Rego (Hg.): Mit Gramsci arbeiten: Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis. Hamburg. S. 7-14
- Nonhoff, Martin (2007): Diskurs , radikale Demokratie, Hegemonie - Einleitung: In: Martin Nonhoff (Hg.): Diskurs - radikale Demokratie – Hegemonie: zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Bielefeld. S. 7-24
- Poulantzas, Nicos (1978): Staatstheorie: politischer Überbau, Ideologie, sozialistische Demokratie. Hamburg.
- Perspektiven-online. Magazin für linke Theorie und Praxis.
<http://www.perspektiven-online.at/2008/02/22/rezensionen-nr4/>
- Redl, Jakob/ Strasser, Stephan (2010): Verhandlungen und Positionsfindungen im Rahmen der CBD aus strategisch-relationaler Perspektive. Das Beispiel der Europäischen Union. In: Brand, Ulrich: Globale Umweltpolitik und Internationalisierung des Staates: Biodiversitätspolitik aus strategisch-relationaler Perspektive. Münster.
- Röttger, Bernd (2007): Passive Revolutionen und Gewerkschaften: Aufstieg und Niedergang korporatistischer Politik. In: Merken, Andreas (Hg.): Mit Gramsci arbeiten: Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis. Hamburg. S. 54-70
- Röttger, Bernd (2004): Integraler Staat. In: Haug, Wolfgang Fritz (Hg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Hamburg. S. 1254-1266
- Röttger, Bernd (1998): Gramsci und die Kritik des hegemonialen Neoliberalismus. In: Gramsci-Perspektiven: In: Uwe Hirschfeld (Hg.): Gramsci-Perspektiven. Berlin und Hamburg. S. 134-155

- Scherrer, Christoph (2007): Hegemonie: empirisch fassbar? In: Merken, Andreas (Hg.): Mit Gramsci arbeiten: Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis. Hamburg. S. 71-84
- Scherrer, Christoph (2005): Eine diskursanalytische Kritik der Regulationstheorie. In: Prokla 25(3). Heft 100. S. 457-482.
- Scherrer, Christoph (1998a): Neo-gramscianische Interpretationen internationaler Beziehungen. In: Uwe Hirschfeld (Hg.): Gramsci-Perspektiven. Berlin und Hamburg. 160-174.
- Scherrer, Christoph (1998b): Neo-gramscianische Interpretationen internationaler Beziehungen.
<http://www.uni-kassel.de/fb5/globalization/pdf/Neo-gramscianische%20IB.pdf>.
- Stäheli, Urs (2006): Die politische Theorie der Hegemonie: Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. In: Brodocz, André/Schaal, Gary S. (Hg.): Politische Theorien der Gegenwart. Opladen. S. 253-284
- Ziai, Aram (2006): Zwischen Global Governance und Post-Development: Entwicklungspolitik aus diskursanalytischer Perspektive. Münster.

Abstract

In dieser Arbeit wird eine theoretische Basis zur Erfassung hegemonialer Kämpfe in der aktuellen globalisierten Gesellschaft entwickelt. Hegemoniale Kämpfe sind immer Kämpfe um Bedeutungshoheit, bzw. um die Universalisierung einer Weltsicht. Hegemonie steht – anders als etwa in realistischen Ansätzen - für ein universales und sämtliche gesellschaftliche Bereiche und Gruppen einbindendes Deutungssystem. Die Frage, mit der sich diese Arbeit theoretisch befasst, lautet, wie sich eine hegemoniale Deutungslogik –trotz Krisen und Widersprüchen – immer wieder reproduzieren und (zumindest zeitweise) stabilisieren kann. Zu hinterfragen ist vor allem, wie die relativ kohärente Zielrichtung hegemonialer Argumentations- und Deutungsmuster zu begründen ist und wie das strategische Handeln politischer Akteure dazu beiträgt. Dabei ist folgende Überlegung von besonderer Bedeutung: Interessen und Forderungen haben unterschiedlich hohe Chancen, gesamtgesellschaftlich bedeutsame Veränderungen zu erwirken, je nachdem von wem sie lanciert werden und in welchem Verhältnis sie zur bestehenden hegemonialen Deutungslogik stehen: Anliegen, die mit etablierten Argumentations- und Deutungsstrukturen kompatibler sind, erscheinen in der Öffentlichkeit plausibler und haben daher eine größere Durchsetzungskraft in politischen Kämpfen. Das bedeutet, dass sie sich auch in Zukunft eher in ein sich über politische Auseinandersetzungen reartikulierendes Gesellschaftssystem einnisten, als diejenigen Anliegen, die etwa eine bestehende hegemoniale Ordnung in einem tiefgreifenderen Sinn in Frage stellen. Akteuren, die eine zum hegemonialen Deutungssystem besser passende Positionen vertreten, gelingt es also eher, ihre Sichtweisen und Anliegen zu universalisieren und strukturell zu verstetigen, als anderen. Das hegemoniale System trägt Selektivitäten in sich, die es stabilisieren und seine eigene Weiterentwicklung bis zu einem gewissen Grad beeinflussen, aber nicht vollständig determinieren:

Die Arbeit beschäftigt sich vor allem mit der Entwicklung eines Rahmens zur theoretischen Erfassung hegemonialer Kämpfe um Deutungen und um die Universalisierung eines Deutungssystems, sowie um die hegemoniale Verankerung und Stabilisierung dieses Systems: Dazu werden Einsichten aus unterschiedlichen gesellschaftstheoretischen Ansätzen herangezogen und aufeinander bezogen:

Die Arbeit beginnt mit einer Diskussion des von Antonio Gramsci geprägten Hegemoniebegriffs und einer Auseinandersetzung mit (neo-)gramscianischen Arbeiten, in denen versucht wird, die Hegemoniekonzeption Gramscis transnational zu reformulieren. Ein Defizit dieser Ansätze besteht in einem zu statisch gedachten

Hegemoniebegriff und in der mangelnden theoretischen Vermittlung zwischen gesellschaftlichen Strukturen und Akteurshandeln: Zwar wird in den hier diskutierten Ansätzen eine Sichtweise abgelehnt, die ein essentialistisches Strukturierungsprinzip der Gesellschaft annimmt, es gelingt aber nicht, die Existenz und das Wesen gesellschaftlicher Strukturen überzeugend aus einer handlungstheoretischen Perspektive heraus zu erklären: Unter Zuhilfenahme eines von Bob Jessop entwickelten Konzeptes werden gesellschaftliche Strukturen als verstetigte (über politische Formen abgesicherte) Manifestationen vergangener Strategien erfasst: Die relativ kohärente Zielrichtung kapitalistischer Vergesellschaftung mit ihren strukturellen Verstetigungen wird mit der Annahme von Selektivitäten begründet: Das bestehende hegemoniale System privilegiert bestimmte, mit dem hegemonialen Projekt³² eher kompatible Anliegen und begünstigt ihre Universalisierung, während es andere tendenziell marginalisiert.

Ein weiteres Problem neogramscianischer Ansätze besteht darin, dass sie über ein unzureichendes Instrumentarium zur Erfassung des Zwangscharakters globaler Herrschaft verfügen: Die traditionellen gramscianischen Kategorien „Konsens und Zwang“ liefern keine ausreichende Begründung für die globale Durchsetzungskraft hegemonialer Deutungsmuster. Der Zwangscharakter globaler Herrschaft drückt sich vor allem auch in der Fähigkeit hegemonialer Kräfte aus, auf Sichtweisen anderer politischer Akteure Einfluss zu nehmen, konkurrierende politischer Projekte zu desorganisieren und alternative Argumentations- und Deutungsmuster zu desartikulieren. Zur theoretischen Erfassung politischer Kämpfe um hegemoniale Sichtweisen und Deutungen, werden Einsichten aus den sozialwissenschaftlichen Diskurstheorien genutzt. Diskurse werden in Anschluss an Michel Foucault, als eigene Materialitäten konzipiert: Sie sind keine passiven sprachlichen Abbildung der einen realen Welt, sondern artikulatorische Praxen, welche die soziale Welt aktiv konstituieren und organisieren (vgl. Jäger 2001: 23). Einen wichtigen Beitrag zum Verständnis diskursiver Kämpfe um hegemoniale Deutungen liefern - trotz Einwände gegen den Theorieentwurf (die in der Arbeit ebenso diskutiert werden) - die TheoretikerInnen Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Sie erklären theoretisch, wie sich in politischen Kämpfen Identitäten formieren, wie um die gewünschte Einbindung diskursiver Elemente in eine hegemoniale Ordnung gerungen wird, wie alternative Deutungsvarianten desartikuliert werden und wie sich der innere Zusammenhang einer hegemonialen Deutungslogik über eine Abgrenzung zu einem diskursiven „Außen“ herstellt.

³² Der Begriff wird in der Arbeit genau erklärt.

LEBENS LAUF

Persönliche Angaben

- Name: Stephan Strasser
- geboren am: 04. August 1977 in Ried im Innkreis
- Staatsbürgerschaft: Österreich
- Eltern: Josef Strasser und Hermine Strasser

Ausbildung

- 1988 - 1996: Bundesgymnasium Ried im Innkreis
- Juni 1996: Matura
- 1996 - 1997: Präsenzdienst
- 1997 - 2005: Studium der Geographie & Wirtschaftskunde und Mathematik an der Universität Wien
- 2004: Immatrikulation an der "Universidad de la Habana"
- Mai 2005: Studienabschluss
Titel der Diplomarbeit: Entwicklung der Stadt Havanna unter veränderten Rahmenbedingungen - Sozialräumliche Auswirkungen der sozioökonomischen Transformationen der 1990er Jahre
- 2005 - 2011: Studium der Sozioökonomie an der Wirtschaftsuniversität Wien und der Politikwissenschaft an der Universität Wien
- seit 2006: Doktoratsstudium
Arbeitstitel der Dissertation: „Die Poverty Reduction Strategies der Internationalen Finanzinstitutionen und deren Bedeutung zur Reorganisation globaler Hegemonie“
- 2006 – 2007: Forschungsaufenthalt in Nicaragua (Feldforschung für die Dissertation)
- Juni 2007: Abschluss des interdisziplinären Lehrganges für Höhere Lateinamerika-Studien mit dem Titel Akademischer Lateinamerikanist

Schwerpunkte im Studium

- Internationale Politik und Politische Ökonomie
- Staats- und Gesellschaftstheorie
- Regionale Entwicklung und räumliche Transformationsforschung
- Sozial – und Wirtschaftsgeographie
- Qualitative Sozialforschung (Diskursanalyse)

Besondere Interessen und Kenntnisse

- Gesellschaftstheorie
- sozialräumliche Transformationsprozesse, Stadtentwicklung
- Entwicklungspolitik

Spezielle Qualifikationen und Berufserfahrung

- seit 1997: diverse Auslandsaufenthalte (in Mexiko, Venezuela, Kuba, Nicaragua, Costa Rica, Panama, Honduras) und verschiedene Ferialpraktika
- 2004: Forschungsaufenthalt in Kuba
- 2005 - 2006: Absolvierung des Unterrichtspraktikums für die Fächer Geographie-Wirtschaftskunde und Mathematik
- 2006 - 2007: Studienassistent am Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien
- 2006: Mitarbeit an einem literarischen Projekt („Havanna: Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft“)
- seit 2006: Beschäftigungen im Bereich der Erwachsenenbildung (Mathematik und Geographie/Wirtschaftskunde) an diversen Instituten (BFI, Wiener Volkshochschulen, WIFI, Abendgymnasium)

Sprachkenntnisse

- Spanisch
- Englisch
- Italienisch
- Französisch

Mitgliedschaften

- Österreichische Geographische Gesellschaft (ÖGG)
- Arbeitsgemeinschaft Österreichische Lateinamerikaforschung (OELAF)

Publikationen von Stephan Strasser

- 2010: (gem. mit Redl, Jakob): Verhandlungen und Positionsfindungen im Rahmen der CBD aus strategisch-relationaler Perspektive. Das Beispiel der Europäischen Union. In: Brand, Ulrich: Globale Umweltpolitik und Internationalisierung des Staates: Biodiversitätspolitik aus strategisch-relationaler Perspektive. Münster.
- 2007: Der alte Mann und die Stadt – In: Drekonja, Gerhard (Hrsg.): Havanna: Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft. Wien.
- 2007: Die Zunahme sozialräumlicher Polarisierung in Havanna seit der Wirtschaftskrise der 1990er Jahre. In: Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft. Band 148. Wien.
- 2006: Die ERCERP -Maßnahmen in Nicaragua zwischen Anspruch und Wirklichkeit - Strategien zur Armutsbekämpfung oder politische Täuschungsmanöver? In: Boletín Nr.17. Arbeitsgemeinschaft Österreichische Lateinamerikaforschung. Wien.
- 2005: Neue lokale Aktionsformen und raumwirksame Akteure in Kuba – Die *Talleres de Transformación Integral*. In: Boletín Nr.16. Arbeitsgemeinschaft Österreichische Lateinamerikaforschung. Wien.
- 2005: Entwicklung der Stadt Havanna unter veränderten Rahmenbedingungen. Sozialräumliche Auswirkungen der sozioökonomischen Transformationen der 1990er Jahre. Diplomarbeit an der Universität Wien.
- 2004: Die politische und ökonomische Situation Kubas. Drei Jahrzehnte Neoliberalismus in Lateinamerika. Bilanz und Perspektiven. In: Lateinamerika-Studien Online. [<http://www.lateinamerika-studien.at>]